

B|W|P

Berufsbildung
in Wissenschaft
und Praxis

Zeitschrift des
Bundesinstituts
für Berufsbildung

W. Bertelsmann Verlag

Heft 1 / 1993

Januar / Februar

1 D 20155 F

Stand und Entwicklung
der dualen
Berufsausbildung •

Aufwendungen für
die betriebliche Aus-
und Weiterbildung •

Kommentar

- HERMANN SCHMIDT
01 Kurzfristige Kostenüberlegungen gefährden langfristige Personalentwicklung

Fachbeiträge

- TIBOR ADLER, GISELA DYBOWSKI, HERMANN SCHMIDT
03 Kann sich das duale System behaupten?

- FRITZ SCHAUMANN
11 Gleichwertigkeit von Berufs- und Allgemeinbildung

- ROLF ARNOLD
20 Das duale System der Berufsausbildung hat eine Zukunft

- LASZLO ALEX, UTA LANDSBERG
28 Forschungsseminar zu den Herausforderungen an die duale Ausbildung

- EDITH GAWLIK
32 Aufwand für berufliche Aus- und Weiterbildung

- HERMANN BENNER, DENNY GLASMANN
36 Umweltschutz in den Berufsfeldern Metall- und Elektrotechnik

Diskussion

- DIETRICH PUKAS
40 Berufsschule in Nöten — Hilfen erforderlich!

Nachrichten und Berichte

- 42** Kommunale Bildungs- und Weiterbildungsberatung
43 Nachholbedarf bei kaufmännischen Berufen
44 Diskussionspapiere der Enquete-Kommission
45 Ausbildung und Umschulung Behinderter
46 Entwicklung und Erprobung eines Qualifikationstransfers
47 Neuordnungsverfahren Kaufmann/Kauffrau
47 Tagungen/Kongresse/Seminare

Arbeit des Hauptausschusses

- 48** Kurzbericht über die Sitzung 3/92 des Hauptausschusses

Rezensionen

- 49** Rezensionen
52 Impressum, Autoren

Dieser Ausgabe liegen bei:
Jahresinhaltsverzeichnis 1992 mit Sachregister
und Rahmenstoffplan für die Ausbildung
der Ausbilder,
Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin

Kurzfristige Kostenüberlegungen gefährden langfristige Personalentwicklung

Hermann Schmidt

Die Flaggschiffe des dualen Systems der Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland, die als Schaustücke für ausländische Besucher im wesentlichen zu seiner internationalen Reputation beigetragen haben, sind die Aus- und Weiterbildungseinrichtungen der Großindustrie (neben den mit moderner Technik ausgestatteten überbetrieblichen Lehrwerkstätten des Handwerks). Seit Anfang der 70er Jahre haben die Großunternehmen in Deutschland ihr Engagement in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung enorm gesteigert. Die Ausbildungsquote (Anteil der Auszubildenden an der Gesamtzahl der Beschäftigten) wurde von 3,5 Prozent auf 5,2 Prozent in den letzten 20 Jahren erhöht. Die Durchschnittskosten für einen Ausbildungsplatz pro Jahr liegen je nach Branche und Anteil der arbeitsplatzbezogenen Ausbildung zwischen 25 000 und 45 000 DM. Der Anstieg der Weiterbildungsaufwendungen der Großunternehmen dürfte den für die Ausbildung 1991 überholt haben. Ein Beitrag in diesem Heft, der die Ergebnisse einer Auswertung von Geschäftsberichten deutscher Großunternehmen dokumentiert, belegt eindrucksvoll die enormen Qualifizierungsanstrengungen der Großunternehmen.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat diese Entwicklung in den letzten 17 Jahren vielfältig dokumentiert. Wir haben sie als das Ergebnis einer modernen Personalentwicklungsstrategie der Großunternehmen gewürdigt, die das hohe Engagement für Ausbildung als Bestandteil einer neuen Corporate Identity begreift, deren Herzstück die überwiegende Eigenausbildung der Facharbeiter- und Fachangestelltenschaft und ihre (arbeits-)lebenslange Pflege durch Weiterbildung ist. Der Grund für diese veränderte Personalrekrutierungsstrategie war nicht nur die Einsicht, daß für die größeren Betriebe wegen der anders gearteten Qualifikationsanforderungen die früher geübte Praxis des Anheuerns kleinbetrieblich ausgebildeter Facharbeiter nicht mehr ausreichen wür-

de. Unter dem Druck der drastisch steigenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und einer sehr kontrovers geführten politischen Diskussion über eine Umlagefinanzierung, hatten die Großunternehmen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre begonnen, „erheblich über Bedarf“ auszubilden. Als die — entgegen den eigenen ursprünglichen Planungen — so geschaffenen Qualifikationen Anfang der 80er Jahre verfügbar waren, stellte sich heraus, daß sie den Facharbeiter- und Fachangestelltenbedarf bei anspringender Konjunktur deckten. Seither haben wir uns an steigende Aus- und Weiterbildungsausgaben der Betriebe so sehr gewöhnt, daß sogar gewaltige Neuinvestitionen in Aus- und Weiterbildung, wie sie in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in zahlreichen neugeordneten Ausbildungsberufen ausgelöst wurden, wie eine Normalität behandelt wurden. In der internationalen Berufsbildungsdebatte wurde dies als Nachweis dafür angeführt, daß die deutschen Unternehmer kurzfristiges Kostenkalkül zumindest im Personalbereich zugunsten langfristiger strategischer Überlegungen aufgegeben haben.

Diese Annahme kann aufgrund von Erfahrungen in der jüngsten Konjunkturentwicklung kaum noch gehalten werden. Es häufen sich die Meldungen über drastische Einschränkungen der Aus- und Weiterbildungsaufwendungen von Großbetrieben. In der von der weltweiten Rezession besonders hart getroffenen Maschinenbaubranche denken einige Unternehmen sogar daran, die Ausbildung vorübergehend einzustellen.

Bei allem Verständnis für die in Bedrängnis geratenen Unternehmen halte ich ein solches Vorgehen für kurzsichtig und auch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten für fragwürdig. Bei drastischen Mittelkürzungen für die betrieblichen Berufsbildungsbereiche wird übersehen, daß man die betriebsinternen Aus- und Weiterbildungskapazitäten in einer künftigen Aufschwungphase eben nicht beliebig wieder

herauffahren kann. Dies gilt insbesondere für hochqualifiziertes Aus- und Weiterbildungspersonal. Kurzfristige Einsparungsbeschlüsse vernichten vielmehr auf längere Sicht eine jahrelange Aufbauarbeit und eine dadurch erworbene Professionalität. Selbst wenn man, was durchaus betriebswirtschaftlich sinnvoll und vernünftig ist, im Sinne eines Lean-Managements die „Spitzenlast“ des Unternehmensbedarfs an Aus- und Weiterbildung auf außerbetriebliche Bildungsträger verschiebt, kann die „Grundlast“ langfristig am kostengünstigsten nur vom Unternehmen selbst bereitgestellt werden. Sicher können Kostensenkungen auch dadurch erzielt werden, daß die arbeitsplatzbezogene Aus- und Weiterbildung wieder stärker berücksichtigt wird. Auf die ganze Volkswirtschaft bezogen, würde ein Wegbrechen großbetrieblicher Aus- und Weiterbildungsstrukturen einen qualitativ negativen Einschnitt in unser Berufsbildungssystem verursachen, der insbesondere mit Blick auf die weiter sinkenden Schulabgängerzahlen in seiner Negativwirkung kaum überschätzt werden kann. International gesehen wären diese Auswirkungen noch weit schlimmer. Vor allen Dingen die osteuropäischen Staaten, die vor der notwendigen Umstrukturierung ihrer Berufsbildungssysteme stehen, schauen zur Zeit fast ausschließlich auf das weltweit hochgelobte duale System der Berufsausbildung in Deutschland. Es wäre fatal, wenn wir über dessen Konjunkturabhängigkeit nicht Herr werden könnten.

Man weiß jedoch, daß politische und die ganze Volkswirtschaft betreffende Argumente in der einzelbetrieblichen Kostendiskussion wenig gelten. Deshalb muß auch über Finanzierungsformen gesprochen werden, die der betrieblichen Berufsbildung eine gewisse Unabhängigkeit vom Auf und Ab der Konjunktur sichern. Dies kann nicht heißen, die alten Schlachten neu zu schlagen. Es gilt, fachlich fundierte Argumente zusammenzutragen, um die betriebliche Berufsbildung nicht nur als bildungspolitisch wünschenswert, sondern auch als betriebswirtschaftlich notwendig zu begründen und zu verstetigen.

Die nunmehr 20jährigen Erfahrungen Frankreichs mit einem Gesetz zur Sicherung der innerbetrieblichen Qualifizierung sollten hierbei nicht außer acht bleiben. Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten sind dort verpflichtet, mindestens 1,4 Prozent, ab 1993 1,5 Prozent ihrer Bruttolohn- und -gehaltssumme für Aus- und Weiterbildung aufzuwenden. Der Nachweis wird in der Steuererklärung geführt. Damit ist zumindest eine „Grundlast“ innerbetrieblicher Qualifizierung gesichert, weil ein Herunterfahren auf Null keine Kostenentlastung, sondern eine Zahlung in entsprechender Höhe an einen Fonds zur Folge hätte.

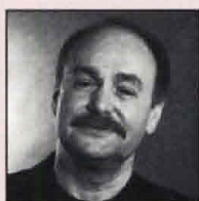
Es ließe sich auch über Rückstellungen für Aus- und Weiterbildungskosten nachdenken, die den Unternehmen in Zeiten der Hochkonjunktur steuerliche Vergünstigungen einbrächten, wenn sie — in Verbindung mit einer nachzuweisenden „Grundlast“ an Aus- und Weiterbildungskosten — für schwächere Konjunkturphasen Vorsorge trafen.

Großbetriebe, die jetzt Einschnitte in ihren Bildungsetat vornehmen, müssen bedenken, daß sie den bereits für die kommenden Jahre erwarteten wachstumsgefährdenden Mangel an Facharbeitern und Fachangestellten für sich selbst zusätzlich verschärfen oder mit hohen Sachinvestitionen wettmachen müssen. Mit dem Eintritt in den Europäischen Binnenmarkt ist ein zusätzlicher Bedarf an Fachkräften zu erwarten, dessen Deckung für die Zukunftssicherung der Großunternehmen entscheidender sein wird als alle anderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Wenn antizyklisches Verhalten in der Personalplanung je von Bedeutung war, dann jetzt. Auch Großbetriebe müssen erinnert werden: Die Zukunft flüstert, während die Gegenwart brüllt.

Kann sich das duale System behaupten? — Argumente für eine zukunftsorientierte Berufsausbildung

Tibor Adler



Diplompolitologe, Leiter der Abteilung „Naturwissenschaftliche Berufe, Umweltschutz, Behinderte“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin

Gisela Dybowski



Dr. rer. pol., Diplomsoziologin, Leiterin der Abteilung „Lehr- und Lernprozesse in der Berufsausbildung“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin

Hermann Schmidt



Dr. rer. pol., Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung

In der bildungspolitischen Diskussion um die Attraktivität des dualen Systems kristallisieren sich derzeit drei Momente heraus, die mit Blick auf seine Überlebenschancen und künftige Effizienz eine zunehmend stärkere Bedeutung erhalten. Die Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung, die Notwendigkeit zur Schaffung neuer Karrierewege und Innovationen im System der beruflichen Bildung werden im folgenden skizziert und einer vorläufigen Wertung unterzogen.

Tendenzen der Entwicklung des dualen Systems

Zu den entscheidenden Vorzügen des deutschen Systems beruflicher Bildung gehört das Angebot an differenzierten Bildungswegen. Ihnen wird mit Blick auf die Prinzipien pluralistischer Gesellschaft ein hohes Maß an Produktivität zuerkannt und konsequenterweise für deren Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung plädiert. Allerdings ist das deutsche Bildungssystem bis heute von einem Gegensatz zwischen „Bildung“ und „Berufsbildung“ geprägt, dessen substantieller Gehalt vor allem in historisch verwurzelten und zutiefst differierenden pädagogischen Grundfiguren auszumachen ist.

Während die Allgemeinbildung in der gymnasialen Oberstufe auf die Studierfähigkeit ihrer Absolventen ausgerichtet und daher

nach wie vor bestrebt ist, wissenschaftliches Arbeiten nach Maßgabe einer Wissenschaftspropädeutik zu vermitteln und auf Berufe mit dispositiven Aufgaben vorzubereiten, hatte die Berufsbildung traditionell die Funktion, für eine relativ spezialisierte Tätigkeit in ausführenden Berufen zu qualifizieren und orientierte sich daher eher an praktischen didaktischen Ansätzen und Problemlösungen.¹

Diese Grenzen zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung sind neuerdings fließender geworden: die zunehmende Berufsbedeutung von Sprachen, Mathematik, Naturwissenschaften, Politik und Sport sowie die unbestrittene Bedeutung von Technik und Wirtschaft als integrale Bestandteile einer modernen allgemeinen Bildung, haben vielfältige Verflechtungen beider Bildungssphären in zahlreichen Bildungsgängen bewirkt. Sie haben zu einer Verschiebung der jeweiligen Einseitigkeiten in den Bildungsgängen beigetragen, die einer der Persönlichkeit angemesseneren Bildungsentwicklung durchaus förderlich waren. Trotz zunehmender Gemeinsamkeiten haben berufliche und allgemeine Bildungsgänge ihr unterschiedliches Profil gewahrt und an unterschiedlichen Zielsetzungen festgehalten.

Indes haften den unterschiedlichen Profilen von Berufs- und Allgemeinbildung bis heute grundlegende gesellschaftliche Ungleichheiten an, insoweit Allgemeinbildung, vor allem gymnasiale Bildung immer noch die entscheidende „Zuteilungsapparatur“ von Sozialchancen ist, während die Berufsbildung

seit gut 150 Jahren darum kämpft, ihren Absolventen vergleichbare Chancen und Perspektiven zu eröffnen.

Diese Bemühungen sind bislang jedoch wenig erfolgreich gewesen. Zwar ist aufgrund übereinstimmender Zielsetzungen, der ganzheitlichen Persönlichkeitsbildung, der Grad der Gemeinsamkeiten zwischen den Bildungsgängen beider Systeme erheblich größer als früher. Darüber hinaus werden von allen gesellschaftlichen Gruppen die Leistungen des dualen Systems gewürdigt. Insbesondere wird hervorgehoben, daß dieses Ausbildungssystem der Wirtschaft erhebliche Standort- und Wettbewerbsvorteile verschafft hat und in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten in der Lage war, auf quantitative Probleme der Ausbildungsplatzversorgung flexibel zu reagieren.

Doch seit einiger Zeit mehren sich die Anzeichen, daß das duale System den Erwartungen junger Menschen nicht mehr uneingeschränkt entspricht. Deutlicher Beleg hierfür sind Einbrüche am Lehrstellenmarkt in einzelnen Wirtschaftszweigen, vor allem im gewerblich-technischen Bereich, von denen auch Großunternehmen nicht verschont bleiben. Auch sprechen quantitative Entwicklungen wie veränderte Schülerströme (weniger Hauptschüler, mehr Realschüler und Abiturienten) und gestiegene Studienneigung dafür, daß das duale System an Attraktivität eingebüßt hat.

Indikatoren für die Attraktivität von beruflichen Bildungsgängen werden in der öffentlichen Diskussion vielfach aus Signalen des Beschäftigungssystems abgeleitet: Auf mangelnde Verwertungschancen von Qualifikationen, die im dualen System erworben wurden, weist das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hin. So sind Beschäftigungsrisiken von Akademikern trotz ständig beschworener Akademikerarbeitslosigkeit deutlich geringer als die für die Absolventen des dualen Systems. Akademiker beziehen

nicht nur ein erheblich höheres Einkommen, sondern nehmen gegenüber Absolventen des dualen Systems auch die besseren sozialen Positionen ein und haben ein geringeres Beschäftigungsrisiko. Es ist also Jugendlichen und ihren Eltern nicht zu verdenken, wenn sie sich eher für weiterführende Bildungsgänge entscheiden, solange diese auch zu besseren Karrierechancen, höherem Einkommen und besserem Schutz vor Arbeitslosigkeit führen.²

Notwendig ist ein neues Selbstverständnis von beruflicher Bildung, das auf die Förderung „junger Erwachsener“ ausgerichtet ist

Ähnliche Momente machen BUTTLER und STOOSS³ für die Attraktivitätsverluste dualer Berufsbildung geltend. Zwar bestätigen sie den hohen Stellenwert, den das duale System in der deutschen Öffentlichkeit genießt, konstatieren jedoch zugleich dessen unzureichende Durchschlagskraft auf die marktmäßige Bedeutung und das Sozialprestige der damit typischerweise erreichbaren beruflichen Positionen. Hervorgehoben wird von beiden Autoren überdies die veränderte Zusammensetzung der Auszubildenden nach Altersjahrgängen, angesichts derer sich Lehrlingsausbildung heute kaum mehr als Schutzfunktion für Minderjährige begreifen kann. Notwendig sei vielmehr ein neues Selbstverständnis von beruflicher Bildung, das auf die Förderung „junger Erwachsener“ ausgerichtet ist, dem es jedoch bislang sowohl in den Betrieben wie in den Berufsschulen an entsprechenden Voraussetzungen mangle.

Zunehmend wird darüber hinaus das Förderungs- und Einstellungsverhalten von Betrieben problematisiert. Gesucht werden zwar nach wie vor qualifizierte Fachkräfte,

die über Berufsroutine verfügen und einschlägiges Produktions- und Verfahrenswissen beherrschen. Solche Qualifikationen erfordern jedoch einen Prozeß, durch den die in der Ausbildung erworbenen Elemente nach der Ausbildung vertieft, erweitert und partiell neu strukturiert werden müssen. Diese Phase — so die Kritik von BUTTLER und STOOSS — ist jedoch bislang nur unzureichend ausgestaltet und bleibt weithin in das Belieben der einzelnen Betriebe gestellt.

Welche Folgen dies für die mangelnden Beschäftigungsperspektiven in Facharbeiterberufen zeitigt, bedarf sicherlich noch eingehender Untersuchungen. Alarmierend sind jedoch die von LUTZ⁴ markierten Tendenzen im Einstellungsverhalten vieler Betriebe, die für verantwortungsvolle Positionen in der Produktion und Fertigung zunehmend mehr auf Absolventen des allgemeinen Bildungssystems zurückgreifen und dadurch auf längere Sicht das Selbstverständnis und die Bedeutung des dualen Systems als Berufs- und Beschäftigungsperspektive für Facharbeiter und -angestellte unterlaufen.

Angesichts dieser Entwicklungstendenzen tun sich Befürworter der dualen Berufsbildung zunehmend schwerer, die Vorteile dieses Systems deutlich zu machen, zumal die Situation in den neuen Bundesländern, in der das Entstehen des dualen Systems durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vieler Betriebe stark behindert wird, zusätzliche Erklärungsdefizite schafft. Weitere Irritationen erzeugt der Schritt zum EG-Binnenmarkt 1993, der das duale System mit Ausbildungssystemen in Wettbewerb bringt, die in der Mehrzahl der EG-Länder schulischen Berufsbildungsmöglichkeiten den Vorrang einräumen.

Ist das duale System also ein auslaufendes Modell, wie vielfach zu hören ist? Sind Forderungen zur Steigerung seiner Attraktivität „nur Ablenkungsmanöver zum Zwecke der Konservierung etablierter Verhältnisse“, weil

in Wirklichkeit „die Substanz inhaltlicher Positionen, die das duale System stützen, immer brüchiger und immer ideologischer“ wird?⁵ So und ähnlich wird die Kritik am dualen System in pointierter Form vorgetragen. Überzeugende Alternativen oder systembezogene Lösungsansätze haben diese Kritiker kaum geboten. Selbst die bis zu Beginn der 80er Jahre vielfach präferierte Alternative der „Verschulung“ hat mittlerweile ihren Reiz verloren, nicht zuletzt wegen des enormen Kostendrucks, der dadurch auf die öffentlichen Haushalte gewälzt worden wäre.

Gleichwohl erfordern die zuvor beschriebenen Probleme eine „dramatische Gegensteuerung“, um die dem dualen System zweifellos innewohnenden Qualitäten beruflicher Bildung gegenüber anderen Formen der Berufsbildung in vergleichbaren Industrienationen zu behaupten. Doch liegen die zukünftigen Herausforderungen dualer Berufsbildung nicht allein in Fragen seiner Konkurrenzfähigkeit, der Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Technik begründet. Immer wichtiger werden vielmehr „personenbezogene Faktoren“, die sich aus den Werthaltungen und Einstellungsveränderungen junger Menschen, „den Steuerungs-, Motivations- und Demotivationseffekten innerhalb des Bildungssystems und den Bildungspräferenzen der Eltern“⁶ ergeben. Hierzu gehören Fragen der Bildungs- und Arbeitsmotivation, des Verhältnisses von Arbeit und Freizeit, des sozialen Engagements, des Umgangs mit natürlichen Ressourcen und technischen Neuerungen sowie des Verhältnisses der beiden Geschlechter zueinander. Darüber hinaus müssen sich berufliche Bildungsprozesse auch an die steigenden Bildungsvoraussetzungen und -erwartungen der Jugendlichen sowie deren erhöhtes Eintrittsalter in die Berufsausbildung anpassen. Der Trend zu allgemeiner Höherqualifizierung, die wachsende Heterogenität und der Einstellungswandel der Auszubildenden sowie die Bedeutung von Frauen in Ausbildung und Beruf erfordern neue inhaltliche und didaktische Kon-

zepte und neue Anforderungen an die Qualifikation des Bildungspersonals.

Entscheidend wird jedoch die Bereitschaft und Fähigkeit der Unternehmen selbst sein, bei der Organisation beruflicher Bildungsprozesse die Lernchancen in der Arbeitswelt intensiv zu nutzen und überzeugende Antworten auf berechtigte Fragen der Jugendlichen nach Entwicklungsperspektiven und Weiterbildungsmöglichkeiten, dem Niveau der Arbeitsplätze und dem erreichbaren Einkommen zu geben.

Argumente zur Attraktivitätssteigerung beruflicher Bildungsgänge

Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung

In der öffentlichen Diskussion konzentrieren sich Forderungen zur Steigerung der Attraktivität des dualen Systems in erster Linie auf die Öffnung von Sackgassen am Arbeitsmarkt und im Bildungssystem. Dies bedeutet, wie BUTTLER und STOOS und andere fordern, daß die in der Lehre erworbenen Qualifikationen systematisch genutzt, erweitert und vertieft, die Aufstiegsmöglichkeiten transparent und kalkulierbar gemacht werden müssen. Zur Beseitigung bestehender Sackgassen im Bildungssystem gehört deshalb in erster Linie, den Absolventen des dualen Systems den Zugang zu den Hochschulen zu ermöglichen.

Diese Forderung ist nicht neu. Bereits vor acht Jahren haben die Vertreter der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, des Bundes und der Länder im Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung Empfehlungen zur „Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung“ beschlossen, die für eine Gleichstellung beruflicher Abschlüsse mit solchen der allgemeinbildenden Schulen (als

Voraussetzung alternativer Studienzugangsmöglichkeiten) warben. Damals haben die Adressaten jener Empfehlung, vor allem die Kultusminister der Länder, daraus nur zögernd Konsequenzen gezogen. Die Folge war, daß Schüler und Eltern sich in den vergangenen Jahren weiterhin und verstärkt für gymnasiale Bildungsgänge entschieden, um sich so attraktive Berufs- und Karrierewege offenzuhalten. Heute, angesichts eines anhaltenden und alarmierenden Rückgangs der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen bei weiter steigenden Bewerbungen um Studienplätze, gewinnt diese Forderung mehr denn je bildungspolitische Attraktivität. Diskutiert werden dabei vor allem erweiterte Wege des Hochschulzugangs für Absolventen beruflicher Aus- und Weiterbildung, die als „prinzipielle Optionen“ — und nicht wie bisher als Ausnahmeregelungen — einen Durchstieg ins Studium ermöglichen und damit zugleich neue Impulse für das Bildungswahlverhalten setzen sollen.

Die Bandbreite derartiger Überlegungen und Realisierungsansätze reicht dabei von neuen, generalisierten Zugangsregelungen in Form von Eingangsprüfungen für alle Studieninteressenten, den Ausbau von doppelqualifizierenden Bildungsangeboten in Berufsschulen und Betrieben bis hin zur Forderung einer formellen Gleichstellung beruflicher Bildungsabschlüsse mit den vorhandenen Formen der Studienberechtigung.

Ein demonstrativer Schritt auf dem Wege zur Realisierung dieser Forderungen wurde durch den Vorstoß der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft Anfang 1992 mit einem gemeinsamen Positionspapier „Leistung, Differenzierung, Begabung“ getan. Die dort vorgestellten Initiativen beinhalten Überlegungen, künftig das Studium nach einer qualifizierten Berufsausbildung ohne die vorherige Erlangung einer Fachhochschul- oder Hochschulreife zuzulassen.⁷ Weniger originell sind allerdings die bildungspolitischen Implikationen, die die Spitzenverbände an

diese Überlegungen knüpfen. Solange der Zugang zum Hochschulstudium für beruflich Qualifizierte weiterhin an Hochschuleingangsprüfungen gebunden bleiben soll, stellt der berufliche Weg zur Hochschule nach wie vor ein „Hindernisrennen“⁸ dar.

Allerdings wurden die bildungspolitischen Überlegungen der Wirtschaft in einem im Juli 1992 der Öffentlichkeit vorgelegten Papier des DIHT konkretisiert.⁹ Vorgestellt wird ein Rahmenmodell, das unter dem Titel „Duale Berufsausbildung im Verbund“ eine aufeinander aufbauende und curricular abgestimmte Kombination von dualer Berufsausbildung, Weiterbildung und Fachhochschulbildung ausweist — vorwiegend für den technischen Bereich, aber auch mit entsprechenden Transfermöglichkeiten für den kaufmännischen Sektor.

Unbestritten ist, daß derartige Alternativen nicht nur bildungspolitisch notwendig sind, sondern auch substantielle Ansätze beinhalten, um mit einer Auffassung zu brechen, in der traditionell die berufliche gegenüber der allgemeinen Bildung unterlegen war und die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung über die unzureichenden Durchstiegsmöglichkeiten zu Studium und Hochschulabschluß lange Zeit konterkariert wurde.

Doch erfordert die Herstellung der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung darüber hinaus ganz konkrete Schritte in mindestens zwei Bereichen:

- Zum einen müssen durch eindeutige politische Setzungen die Abschlüsse der beruflichen denen der allgemeinen Bildung so weit gleichgestellt werden, daß über ungleichartige Bildungsinhalte die gleichen Bildungsziele erreicht werden können.
- Zum anderen sind in Verhandlungen der Sozialpartner und über gesetzliche Regelungen die Bildungsgänge so zu gestalten, daß die für das Erreichen der akademischen Bildungsstufen unabdingbaren Mindestvoraus-

setzungen aus dem traditionellen Bildungskanon (Sprache, Mathematik, Naturwissenschaften, Kultur, Sport) im Rahmen der beruflichen Bildung erreicht werden können. Fraglich ist jedoch, ob solchen Initiativen und Modellen tatsächlich die von Wirtschaft und Politik erhoffte Wirkung beschieden sein wird, eine Trendumkehr im Bildungswahlverhalten von Jugendlichen und Eltern zu bewirken.

Politik und Wirtschaft sind gefordert, Berufsausbildung so attraktiv zu gestalten, daß sie gleichwertig neben das Studium zu treten vermag

Denn

- massiver Widerstand seitens der Hochschulen macht sich schon jetzt gegenüber dem zu erwartenden Andrang an die ohnehin überfüllten Hochschulen breit, obwohl die Wirtschaft gerade betont, daß solche Modelle keinen zwangsläufigen Durchstieg zum Studium beinhalten und nur eine Minderheit der Berechtigten ein Hochschulstudium aufnehmen wird;
- Opposition mobilisiert sich auch bei zahlreichen standespolitischen Vertretungen, die darin eine Abwertung der „höheren Bildung“ sehen und gegen die Minderung ihrer Exklusivität Sturm laufen;
- ferner werden allenfalls sehr selbstsichere und langfristig planende Jugendliche sich für eine dreijährige Lehre mit anschließender Berufstätigkeit zwecks späterer Aufnahme eines Studiums entscheiden. Das Bildungswahlverhalten wird sich kurz- und mittelfristig nur schwer ändern lassen;
- wer dennoch diese Möglichkeiten abwägt, wird zudem schnell merken, daß der Aufstieg über den Beruf weiter mit vielen Hürden verbunden ist. Weder berechtigten die in Aussicht gestellten Möglichkeiten si-

cher zum Studium, noch wird man auf dem ausgewiesenen Weg besser auf das Studium vorbereitet.¹⁰

Zur Behebung des Lehrlings- und Fachkräftemangels dürften neue Perspektiven des Hochschulzugangs daher wenig beitragen, zumal der Wert einer Bildungsstufe in hohem Maße von dem Rang bestimmt wird, der ihr gesellschaftlich zugeteilt wird. Es genügt also nicht, mit Hilfe der beruflichen Bildung weiterführende Bildungsgänge in den akademischen Sektor zu öffnen, wenn die über berufliche Bildung allein erreichbaren Stufen in den betrieblichen und staatlichen Hierarchien erheblich niedriger bewertet werden als jene, die über schulische und akademische Bildungsgänge erreicht werden. Akademische Bildung ist nun einmal in unserer Gesellschaft generell privilegiert, sei es durch höheres Einkommen, größeres Sozialprestige und mehr Sicherheit gegenüber arbeitsmarktpolitischen Turbulenzen.¹¹ Und dies gilt im öffentlichen Dienst noch konsequenter als in der Wirtschaft.

Mehr denn je sind daher Politik und Wirtschaft gefordert, Berufsausbildung so attraktiv zu gestalten, daß sie gleichwertig neben das Studium zu treten vermag. Zwingender als zuvor sind innerbetriebliche Maßnahmen zu ergreifen, um Absolventen des dualen Systems attraktive Berufsperspektiven und überzeugende Karrieremöglichkeiten anbieten zu können.

Gestaltung neuer Karrierewege — Verbesserung der Bedingungen im Beschäftigungssystem

Vorrangige und entscheidende Bedeutung haben deshalb Maßnahmen, die Wirtschaft und Verwaltung unternehmen, um die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung substantiell und materiell zu untermauern. Richtungsweisend erscheinen Strategien, die — wie die des DIHT — Position für

eine stärkere Verzahnung beruflicher Bildungsaktivitäten mit Personal- und Personalentwicklungsmaßnahmen in Unternehmen beziehen.¹²

Vieles spricht dafür, daß ein wesentliches Charakteristikum von Facharbeit in der Vergangenheit auf den Chancen eines beruflichen Aufstiegs beruhte. Angesichts zunehmender Konkurrenz durch Seiteneinsteiger und einer vermehrten Rekrutierung des betrieblichen Nachwuchses aus Absolventen höherer Bildungsgänge sind diese Perspektiven und damit zugleich die Attraktivität von Facharbeit jedoch entscheidend beschnitten worden. Gelänge es in Zukunft, Facharbeitspositionen und duale berufliche Bildungswege aus ihrer sozialen Sackgasse zu befreien, dann könnten sie vermutlich auch wieder für qualifizierte Bewerber interessant werden. Eine langfristige Personalentwicklungsarbeit der Unternehmen, die für Fachkräfte neue Berufskarrieren und Aufstiegschancen eröffnet, wird daher für die Zukunftschancen des dualen Systems von erheblicher Bedeutung sein.

Viele Betriebe haben erkannt, daß das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen und damit für das Wirtschaftswachstum insgesamt ist. Doch diesen Einsichten müssen Taten folgen, und Betriebe müssen mehr noch als in der Vergangenheit bereit sein, tatsächlich in die berufliche Bildung zu investieren. Angesichts des Nachwuchsmangels in kleinen und mittleren Betrieben und vor allem im Handwerk werden solche Investitionen für viele Unternehmen mehr existentiellen Charakter haben. Doch Bildungsinvestitionen allein zeigen wenig Wirkung, wenn sie nicht eingebunden sind in eine Unternehmensstrategie und langfristige Maßnahmen der Personalentwicklung, die für Arbeitnehmer interessante berufliche Perspektiven aufzeigen und ihnen die gleichen Chancen im Wettbewerb um „mittlere“ Positionen bieten wie Bewerber,

deren Berufsausbildung an Hochschulen erfolgt ist.

Berufliche Aus- und Weiterbildung müssen in Zukunft stärker miteinander verzahnt und in neue, transparente Karrierewege gefaßt werden, die den Berufswählern eine rationale Entscheidung ermöglichen. Anders als bisher, müssen bereits beim Eintritt in die Ausbildung und/oder den Betrieb bestimmte Karrieren beschrieben werden, die vor allem auch in Klein- und Mittelbetrieben möglich sind. In diese Richtung zielen Entwürfe, die das BIBB gemeinsam mit dem Tischlerhandwerk entwickelt hat und die als Wege des „Übergangs“ auf eine gestufte, aber insgesamt als Einheit konzipierte berufliche Laufbahn hin orientiert sind und die vom Lehrling über den Gesellen, die mittlere Führungsebene bis hin zum Meister und darüber hinaus zum Techniker reichen.¹³ Weitere Beispiele und Modelle, wie die Möglichkeit der Qualifizierung zum „Betriebswirt des Handwerks“, Fortbildungsmöglichkeiten zum Betriebsassistenten¹⁴, Servicetechniker im Kfz-Handwerk¹⁵, zeigen, daß Betriebe allmählich beginnen, neue Möglichkeiten der innerbetrieblichen Weiterentwicklung für ihre Fachkräfte zu schaffen.

Ähnliche Herausforderungen stellen sich für den öffentlichen Dienst. Auch hier ist dringend ein Umdenken erforderlich, das zu mehr Flexibilität im Laufbahnrecht führt, eine Neubewertung beruflicher Qualifikationen vornimmt und Fachkräften vielfältigere Wege des Aufstiegs anbietet. Denn die Tatsache, daß im öffentlichen Dienst weniger nach Leistung und Bedarf als nach einem antiquierten und starren Laufbahnrecht befördert wird, das Nicht-Akademikern den Aufstieg in den „höheren“ Dienst verwehrt und beruflich Qualifizierte vornehmlich in der Einstufung des „mittleren“ Dienstes beläßt, zeugt bislang wenig von der Bereitschaft, die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung anzuerkennen. Die Novellierung des Laufbahnrechts ist deshalb zen-

trale Aufgabe einer Politik, die bildungspolitisch neue Akzente setzen will.

Allerdings reicht die Qualität erweiterter beruflicher Karrierewege allein nicht aus. Neuere Untersuchungen, wie u. a. eine Befragung von „Ausbildungs-Abbrechern“ durch das BIBB, belegen, daß es sich bei der immer bedrohlicheren Facharbeiterlücke auch um eine Frage der Wertschätzung handelt, die gewerblich-technische Berufe bei den Jugendlichen genießen. Leistungsfähige Jugendliche wählen solche Berufe zunehmend mehr als „Durchgangsstation“ zur Fachhochschule oder Hochschule, weil sie das von vornherein so beabsichtigen und/oder weil die ihnen angebotenen Arbeitsplätze mit dem veränderten Niveau der Ausbildung nicht Schritt halten.¹⁶

Eine höhere Akzeptanz von Facharbeit setzt daher auch veränderte Produktions- und Arbeitskonzepte voraus, die eine deutlich höhere Bewertung produktiver Arbeit und eine stärkere Verlagerung von Verantwortung und Entscheidungsbefugnis vor Ort beinhalten. Der schrittweise Abbau von Arbeitsteilung zugunsten stärkerer Autonomie in ausführender Tätigkeit und die Aufhebung hierarchisch-bürokratischer Kontrollstrukturen versprechen hier durchaus gangbare Wege, um auch Facharbeitertätigkeiten wieder attraktiver zu machen.

Gebunden ist dies allerdings zugleich an wesentliche Veränderungen in den Einkommens- und Besoldungsstrukturen von beruflichen Aspiranten. Betriebe wie Verwaltungen müssen, um qualifizierte Auszubildende in Mangelberufen zu gewinnen, sowohl über vorhandene Einkommensdiskrepanzen zwischen gewerblich-technischen und kaufmännischen Berufen nachdenken als auch einem weiteren Auseinanderfallen in den Einkommensverhältnissen zwischen beruflich und schulisch-akademisch Qualifizierten entgegenwirken. Denn das soziale Image und der Wunsch, einen bestimmten Beruf zu ergrei-

fen, sind nach wie vor maßgeblich an die zukünftigen Verdienstmöglichkeiten gebunden. Was also sollte Jugendliche veranlassen, eine berufliche Ausbildung einer akademischen vorzuziehen, wenn letztere langfristig einen deutlich höheren materiellen Nutzen verspricht? Um berufliche Karrieren und Arbeitsbedingungen für Facharbeiter und Fachangestellte wieder attraktiver zu machen, sind deshalb deutliche Umschichtungen zwischen der Honorierung beruflicher und akademischer Qualifikationen erforderlich.

Innovationen im System beruflicher Bildung

Erfolgsversprechende Schritte, um Schulabgänger in ihrem Bildungswahlverhalten zu beeinflussen und verstärkt für eine duale Ausbildung zu gewinnen, erfordern darüber hinaus grundlegende Innovationen im System beruflicher Ausbildung selbst. Angesichts eines wachsenden Trends zu höheren Schulabschlüssen bei den Jugendlichen, heterogeneren Voraussetzungen der Auszubildenden, komplexeren Qualifikationsanforderungen im Beschäftigungssystem sowie der Tendenz zu stärker individualisierten Erwerbsbiographien und Lebensentwürfen, sind neue inhaltliche, organisatorische und didaktische Konzepte für die berufliche Erstausbildung gefragt, um diesen Umbruchprozessen und Herausforderungen zu begegnen. Eine Weiterentwicklung der beruflichen Ausbildung wäre besonders unter den Aspekten der Überarbeitung alter und der Schaffung neuer Ausbildungsberufe sowie der Individualisierung und Differenzierung der Ausbildung erforderlich:

Überarbeitung alter und Schaffung neuer Ausbildungsberufe

Der Hinweis auf die hohe Innovationsfähigkeit des dualen Systems, die in den letzten Jahren vor allem mit den neugeordneten Ausbildungsberufen in der Metall- und Elek-

troindustrie gern belegt wird, darf nicht den Blick für die Notwendigkeit weiterer attraktiver Ausbildungsberufe verstellen. Dabei bietet das duale System mit seiner Einbettung in das Beschäftigungssystem günstige Voraussetzungen, damit Veränderungen der Qualifikationsanforderungen an Arbeitskräfte unmittelbar in die Ausbildung der Jugendlichen Eingang finden.

Die Attraktivität des Systems „lebt“ von der Aktualität und den Verwertungsmöglichkeiten der zu vermittelnden Qualifikationen. Die Überprüfung der Bewährung neugeordneter Ausbildungsberufe in der Praxis sollte daher ebenso wie die kontinuierliche in angemessenen Zeitabständen erfolgende Überarbeitung der Ausbildungsinhalte zur Selbstverständlichkeit werden. Eine wesentliche Voraussetzung hierzu wäre, daß Neuordnungen vom „Stigma des Jahrhundertwerks“ befreit würden.¹⁷

Die jahrelangen vergeblichen Bemühungen des Bundesinstituts für Berufsbildung um eine Modernisierung der kaufmännischen Berufe, deren veraltete Ausbildungsordnungen aus den 70er Jahren stammen, zeigen deutlich die Versäumnisse sowohl der Sozialparteien als auch des Verordnungsgebers bei der wichtigen Aufgabe, das duale System attraktiv zu erhalten. Oder sollte der in den vergangenen Jahren sich verstärkende Zulauf von Jugendlichen in den „Weiße-Kragen-Berufen“ ursächlich für die Vernachlässigung der Ordnungsmittel in diesen Berufen sein?

Neben der ständigen Aktualisierung der Ausbildungsinhalte sollte sich die Ausbildungsordnungspolitik verstärkt am Strukturwandel der Tätigkeitslandschaft orientieren und eine Erweiterung des Spektrums dualer Ausbildungsberufe anstreben.

Moderne Ausbildungsberufe sind in allen Wirtschaftsbereichen erforderlich. Beispielsweise stellen sich neue Anforderungen an Ausbildungsberufe der industriellen Produktion und Fertigung durch die verstärkte An-

wendung der Informations- und Kommunikationstechniken, die Verwendung neuer Werkstoffe und den Einsatz neuer umwelttechnischer Verfahren. Auch in Bereichen, in denen eine starke Verringerung der Anzahl der Beschäftigten — wie z. B. in der Textil- und Druckindustrie — festzustellen ist, hat sich eine Konsolidierung der Qualifikationsanforderungen auf einem hohen Niveau vollzogen; un- und angelernte Arbeitskräfte werden in diesen Bereichen zunehmend durch Fachkräfte ersetzt.

Die Konsequenz hieraus ist, daß in allen Wirtschaftsbereichen „ein ausreichendes, differenziertes und qualitativ hochwertiges Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten und Weiterbildungsangeboten von der Bildungspolitik zur Verfügung gestellt werden muß“.¹⁸

Darüber hinaus sollte jedoch besonderes Gewicht auf die Schaffung neuer Ausbildungsberufe in den stark expandierenden Dienstleistungsbereichen gelegt werden, wie etwa im Verkehrs- und Nachrichtenwesen, in privaten und öffentlichen Diensten, im Umweltschutz und im Tourismus. Besondere Schwierigkeiten, das Spektrum dualer Ausbildungsberufe zu erweitern, bestehen im Bereich der Gesundheit und Sozialpflege, weil ein Großteil dieser Berufe nicht durch das Berufsbildungsgesetz geregelt wird. Da in diesem Bereich mit einer starken Zunahme des Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften zu rechnen ist und für viele bestehende Berufe die Berufsausbildung bereits heute in einer der dualen Ausbildung analogen Form erfolgt, sollte eines der wesentlichen berufsbildungspolitischen Ziele darin bestehen, diese Berufe für das Spektrum dualer Ausbildungsberufe zu erschließen.

In den vergangenen Jahrzehnten sind in der Bundesrepublik relativ wenige neue Ausbildungsberufe entstanden. Oft verbirgt sich jedoch unter einer „alten“ Berufsbezeichnung ein völlig neues Anforderungsprofil. Qualitativ vollzieht sich die Veränderung so, daß

durch neugeordnete Ausbildungsberufe nicht nur Fachkenntnisse vermittelt werden: Berufliche Handlungskompetenz kann nur erreicht werden, wenn neben Fachkenntnissen zugleich der Erwerb sozialer und personaler Kompetenzen gesichert wird und wenn neben den berufsbezogenen zunehmend berufsübergreifende Fähigkeiten und Fertigkeiten gefördert werden.

In neugeordneten Ausbildungsberufen haben analysierende, planende, steuernde und kontrollierende, aber auch gestaltende Ausbildungsziele einen beachtlichen Anteil. Entscheidend ist, daß soziale und personale Kompetenzen als abstrakte Fähigkeiten allein nicht existieren können, sondern an „stoffliche Qualifikationen“ sowohl in der Aneignung als auch in der Anwendung gebunden sind. Hierfür hat sich die Verbindung von Arbeiten und Lernen als überlegene Vermittlungsform erwiesen.

Zur Schaffung attraktiver Ausbildungsberufe und zur Erweiterung des Ausbildungsberufsspektrums bedarf es einer vorausschauenden und aktiven Berufsbildungspolitik der Bundesregierung und der Kultusminister der Länder. Beide müssen über den Gestaltungswillen und die -fähigkeit verfügen, im Dialog mit den Sozialparteien nötige Konsequenzen aus der technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu ziehen. Dabei ist die Einbindung der verantwortlichen gesellschaftlichen Gruppen in die bildungspolitischen Entscheidungs- und Zielfindungsprozesse, die seit Beginn der 70er Jahre zur hohen Innovationsfähigkeit des dualen Systems beigetragen hat, auch künftig von wesentlicher Bedeutung.

Die Berufsschule und ihre Lehrpläne werden jedoch bislang in diesen Prozeß nur auf dem Wege einer nachträglichen Abstimmung einbezogen. Um diesen Mißstand — ein „Strukturdefekt“ des dualen Systems — zu beheben, müßten zumindest die Kultusminister im Hauptausschuß des Bundesinstituts für

Berufsbildung vertreten sein. Dadurch könnte die bildungspolitische „Beteiligung aller von Anfang an“ gesichert sein, und eine „Curriculumentwicklung aus einem Guß“ — unter Wahrung beiderseitiger Zuständigkeiten — erfolgen.

Individualisierung und Binnendifferenzierung der Ausbildung

Im Rahmen der Weiterentwicklung dualer Ausbildung ist auch über erweiterte Ansätze ihrer Individualisierung nachzudenken. Innovationen in diesem Bereich würden nicht allein den komplexen Anforderungen des Beschäftigungssystems entgegenkommen. Aus heutiger Perspektive erscheinen sie vielmehr auch notwendig, um wesentliche Qualitäten des dualen Systems beruflicher Bildung und zentrale Voraussetzungen für eine längerfristige Attraktivität zu sichern. Seine strukturelle Homogenität und Fähigkeit, schulische Differenzierungen zumindest bis zu einem gewissen Grad flexibel auszugleichen, hat in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, die berufliche Ausbildung als Einheit zu sehen und dadurch ihre soziale Akzeptanz aufrechtzuerhalten.¹⁹

Jugendliche, die heute einen Ausbildungsberuf ergreifen, sind indes nicht nur in ihrer Mehrzahl erheblich älter als früher. Vielmehr hat sich auch die Spannweite schulischer und motivationaler Voraussetzungen (Lernverhalten, Lernpotentiale, Sozialverhalten) seit den 80er Jahren erheblich vergrößert. Im Interesse einer Bildungspolitik, die Ausgrenzungen bei den Lernschwachen entgegensteuern und andererseits darauf hinwirken will, daß für schulisch besser Vorqualifizierte die Berufsausbildung eine reale Alternative zum Studium bieten könnte, ist daher

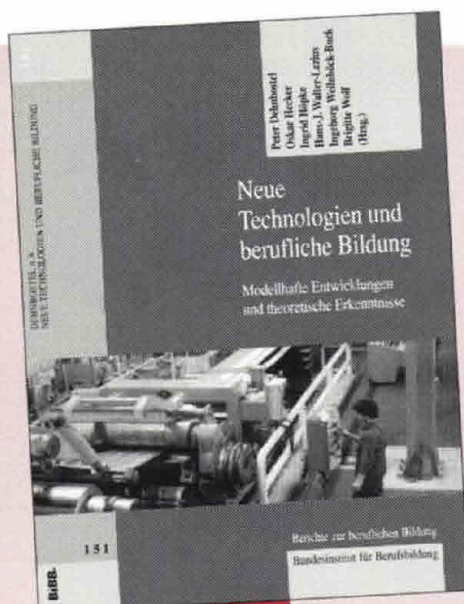
- über eine weitere Aufgliederung von Lernprozessen und -sequenzen in zeitlicher, sachlicher und inhaltlicher Hinsicht nachzudenken, die es ermöglicht, gezielter als bisher auf die individuellen Lernvoraussetzun-

gen und -neigungen der Auszubildenden einzugehen.

- Darüber hinaus sind vermehrt Ausbildungsmaßnahmen und -angebote zu schaffen, die über die für Bewerber aus allen Schularten offenen Mindeststandards der Ausbildungsordnungen hinaus zugleich Bausteine für berufsergänzende und berufsübergreifende Qualifikationen enthalten.

Daß Betriebe — insbesondere mittlere und größere Betriebe — über spezifische Potentiale verfügen, um Schwankungen in den Bewerberjahrgängen, vor allem aber Unterschiede in den Vorqualifikationen und Begabungen jedes Jahrgangs abzufangen, hat die Ausbildungspraxis in der Vergangenheit gezeigt. Möglichkeiten, diese Potentiale in Zukunft gezielt auf die Voraussetzungen leistungsschwächerer oder leistungsstärkerer Jugendlicher hin zu modifizieren und weiterzuentwickeln, scheinen daher durchaus gegeben zu sein: sie sind in den letzten Jahren auch ansatzweise wahrgenommen worden. Dies betrifft vor allem Bemühungen, über ein wachsendes Angebot an Zusatzqualifikationen auf technischem und kaufmännischem Gebiet den individuellen Neigungen und Begabungen der Jugendlichen entgegenzukommen und über entsprechend konzipierte Ausbildungsbausteine die individuellen Entscheidungsspielräume und Entfaltungsmöglichkeiten zu erweitern. Modelle einer solchen Modularisierung der Ausbildung — ihrer flexiblen Kombination von theoretischen und praktischen Anteilen und Modulen verschiedener Bereiche — wären überdies vermehrt für eine vollwertige Ausbildung auch solcher Lerngruppen zu nutzen, die traditionell eher über den praktisch-sinnlichen Lernweg einer beruflichen Ausbildung motiviert werden konnten. Vorstellbar sind dabei u. a.

- Formen der Zusammenfassung betrieblich-praktischer Lernsequenzen in einem zeitlichen Block am Anfang der Ausbildung, um schulentmutigte Jugendliche an das Lernen heranzuführen;



Peter Dehnhostel, Oskar Hecker

NEUE TECHNOLOGIEN UND BERUFLICHE BILDUNG

MODELLHAFTE ENTWICKLUNGEN UND THEORETISCHE ERKENNTNISSE

BERICHTE ZUR BERUFLICHEN BILDUNG, HEFT 151
Berlin, 1992, 272 Seiten, 25,00 DM;
ISBN 3-88555-503-4

Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe können heute nicht mehr allein über technische Innovationen und veränderte Arbeitsorganisation befördert werden - von gleichgroßer Bedeutung ist die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Studie dokumentiert Beiträge, die im Rahmen des BIBB-Forschungsprojekts "Neue Technologien und berufliche Bildung - Ergebnisse und Perspektiven aus Modellversuchen" entstanden sind. Im ersten Teil werden die Qualifikations- und Technologieannahmen untersucht, der zweite Teil hat u.a. didaktische Ansätze, Bildungspersonal, Verbindung von Aus- und Weiterbildung sowie den Transfer von Modellversuchsergebnissen zum Thema.

Sie erhalten diese Veröffentlichungen beim
Bundesinstitut für Berufsbildung - K3/Vertrieb
Fehrbelliner Platz 3
1000 Berlin 31
Telefon: 030-86 43-25 20/25 16
Telefax: 030-86 43-26 07

- ausbildungsbegleitende Hilfen während der Ausbildung in Gestalt von Stütz- und Förderkursen, um individuelle Defizite und Lernschwächen auszugleichen, wie z. B. in dem erfolgreichen BMW-Programm für benachteiligte Jugendliche;

- neue Lernarrangements in der Arbeit, die eine eigenständige Bewältigung von Aufgaben und Problemstellungen sowie die Übernahme von Verantwortung fördern.

In den genannten Perspektiven stehen dem Berufsbildungssystem durchaus noch nicht mobilisierte organisatorische und curriculare Innovationspotentiale zur Verfügung, deren Nutzung und phantasievolle Weiterentwicklung die duale Ausbildung nicht nur in vielfältiger Weise aufwerten könnte. Vielmehr böten die gestiegene Komplexität von Ausbildungsstrukturen gleichermaßen wie die Möglichkeiten einer stärkeren Individualisierung und Binnendifferenzierung von Ausbildungswegen auch Chancen, diesem Modell wieder ein attraktiveres und zukunftsgerichtetes Profil zu geben.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Bojanowski, A.; Brater, M.; Dederich, H.: Qualifikationsbedarf des Beschäftigungssystems und individuelle Bildungsansprüche aus berufspädagogischer Sicht, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Berufsbildung und Allgemeinbildung im Kontext technischer und soziokultureller Entwicklung und Veränderungen. Gutachten für die Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000“ des Deutschen Bundestages. Bonn 1989, S. 1f.

² Vgl. Tessaring, M.: Indikatoren zur Attraktivität der Ausbildung. Thesenpapier für das Kontaktseminar der Berufs- und Berufsbildungsinstitute deutschsprachiger Länder vom 19. bis 22. 2. 1992 beim Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin. Vervielfältigtes Manuskript, S. 2f.

³ Vgl. Buttler, F.; Stoß, F.: Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung. Thesen für eine Fachtagung des Bundesministers für Wissenschaft. Juli 1992. Vervielfältigtes Manuskript.

⁴ Vgl. Lutz, B.: Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik. In: Die Rolle der beruflichen Bildung und Berufsbildungsforschung im internationalen Vergleich. Internationale wissenschaftliche Tagung zur beruflichen Bildung am 25. und 26. Oktober 1990 in Berlin. Tagungsdokumentation des Bundesinstituts für Berufsbildung. Berlin und Bonn 1991

⁵ Geißler, K. H.: Perspektiven der Weiterentwicklung des Systems der dualen Berufsausbildung in der Bundesrepublik. In: Die Rolle der beruflichen Bildung und Berufsbildungsforschung im internationalen Vergleich, a. a. O., S. 102

⁶ Lutz, B.: Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik, a. a. O., S. 29

⁷ Vgl. Bundesverband der Deutschen Industrie, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutscher Industrie- und Handelstag, Hauptverband des Deutschen Einzelhandels, Zentralverband des Deutschen Handwerks, Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, Bundesverband der Freien Berufe, Deutscher Bauernverband (Hrsg.): DIFFERENZIERUNG; DURCHLÄSSIGKEIT; LEISTUNG; Strukturmaßnahmen zur Weiterentwicklung des Bildungssystems, Bildungspolitische Position der Spitzenverbände der Wirtschaft, Köln und Bonn Januar 1992

⁸ Gruschka, A.; Kiewet, F.; Rüdell, G.; Schenk, B.: Die Zukunft des dualen Systems. Eine Auseinandersetzung mit dem Bildungsplan der Deutschen Arbeitgeberverbände „DIFFERENZIERUNG; DURCHLÄSSIGKEIT; LEISTUNG“ vom Januar 1992, Institut für Pädagogik und Gesellschaft (Hrsg.). Wetzlar 1992, S. 27

⁹ Vgl. Bildungsausschuß des DIHT (Hrsg.): Modellkonzept „Duale Berufsbildung im Verbund“. Bonn 1992

¹⁰ Vgl. Gruschka, A.: Die Aussicht auf „Bewährungsaufstieg“ - (keine) Lösung für den Facharbeitermangel? In: Die Mitbestimmung 38(1992)3, S. 30

¹¹ Vgl. Pütz, H.: Berufliche und allgemeine Bildung sind gleichwertig. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 21(1992)4, S. 44ff.

¹² Vgl. Bildungsausschuß des DIHT (Hrsg.): Modellkonzept „Duale Berufsbildung im Verbund“, a. a. O.

¹³ Vgl. Kau, W.; Schiemann, M.; Grimm, W.: Szenario 2000 des Qualifikationsbedarfs im Tischlerhandwerk; Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 150, Berlin/Bonn 1992

¹⁴ Vgl. Brüggemann, W.: Fortbildungsmöglichkeiten im Handwerk. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 61 v. 13. 3. 1992

¹⁵ Vgl. Kfz-Technik pur - eine Herausforderung für den Kfz-Service-Techniker. Wirtschaftsgesellschaft des Kfz-Gewerbes (Hrsg.), Bonn 1992

¹⁶ Vgl. Alex, L.: Warum Lehrlinge ihre Ausbildung abbrechen. In: Handwerk/Magazin/Beruf und Bildung, 1991, Heft 4, S. VI-VIII

¹⁷ Stiller, I.: Stand der Ordnungsarbeit in der kaufmännisch verwalteten Berufsausbildung. Vervielfältigtes Manuskript, Berlin 1992, S. 12

¹⁸ Pütz, H.: Anforderungen des Arbeitsmarktes. In: Lammer, N. (Hrsg.): Persönlichkeitsbildung und Arbeitsmarktorientierung. Grundlagen und Perspektiven christlich-demokratischer Bildungspolitik. Baden-Baden 1992, S. 226

¹⁹ Vgl. Drexel, I.: Gewerbliche Unternehmen als Bildungsträger. Beitrag zum Symposium anlässlich des 80. Geburtstages von Friedrich Edding. Hrsg. vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Berlin 1989, S. 28

Gleichwertigkeit von Berufs- und Allgemeinbildung — Zukunftschance der beruflichen Bildung

Fritz Schaumann

*Dr. paed., Staatssekretär
im Bundesministerium für
Bildung und Wissenschaft*



Das duale System ist für rund 70 Prozent der Jugendlichen nach der Schule Ort der persönlichen und beruflichen Vorbereitung auf das Erwerbsleben. Es ist verantwortlich für den vergleichsweise reibungslosen Übergang der nachwachsenden Generation in die Arbeitswelt.

Sowohl die geringe Jugendarbeitslosigkeit als auch die mit der Berufsausbildung erworbene berufliche Handlungskompetenz der Nachwuchskräfte sind Aspekte einer wachsenden internationalen Beachtung des deutschen dualen Systems.

Zur Zukunft des dualen Systems

Zunehmend warnen aber Experten vor einer Erosion der beruflichen Bildung, vor allem der beruflichen Ausbildung in Deutschland.¹ LUTZ sieht in der dualen Berufsausbildung ein Auslaufmodell, das im Verlauf des rapiden technologischen Wandels und des Wandels der Sozialstrukturen an Bedeutung verliert. Ausgelöst wird diese Entwicklung nach seiner Auffassung von einer „meritokratischen Logik“ in unserer Gesellschaft, nach der die Zuweisung von sozialem Status und gesellschaftlicher Stellung primär von schulischen Zertifikaten abhängig gemacht wird² und in der die Berufsausbildung zwangsläufig an Wert verlieren müßte.

GEISSLER vergleicht das duale System gar mit der bedrohten Stadt Venedig, da beide ihre ehemals innovative Funktion verloren und damit auch ihre Zukunft hinter sich hätten.³ Konsequenterweise sieht GEISSLER bereits das „Verfallsdatum“ des dualen Systems nahen.

Alle diese Beispiele — die Liste ähnlicher Aussagen ließe sich übrigens noch weiter fortsetzen — beantworten mehr oder weniger pessimistisch eine Fragestellung, die Öffentlichkeit, Wissenschaft, aber auch Politik seit geraumer Zeit beschäftigt: Ist das duale System noch zeitgemäß, kann es die an sie gestellten Anforderungen noch bewältigen, und gibt es Wege aus dieser vermuteten Krise der beruflichen Ausbildung?

Ausgelöst wurde die Diskussion unter anderem durch die in den letzten Jahren immer deutlicher aus der Balance geratene Entwicklung von Ausbildungsplatznachfrage und Ausbildungsstellenangebot in den alten Bundesländern. In vielen Ausbildungsbereichen, vor allem der gewerblichen Wirtschaft, bleiben Ausbildungsstellen unbesetzt. Nachdem 1990 erstmals mehr Studenten als Auszubildende gezählt wurden, war dies für manche Anlaß, einen bedrohlichen Bedeutungsverlust der beruflichen Ausbildung zu konstatieren.

„Wir haben zu viele ‚Mundwerker‘ und zu wenig Handwerker“ ist sicherlich eine der prägnantesten Formulierungen zur befürchteten Schieflage von Qualifikationsstrukturen in unserem Land. Steht das duale System tatsächlich „vor dem Ruin“?⁴

Bildungsströme

Die statistischen Fakten⁵ sprechen auf den ersten Blick für die These, daß die Nachwuchslücke im Fachkräftebereich wächst und unter wirtschaftlichen Belangen als Wachstumsbremse wirken könnte:

- Die Auszubildendenzahlen sind in den alten Bundesländern von einem Höchststand im Jahre 1985 (1,83 Mio.) auf rd. 1,48 Mio. Auszubildende im Jahre 1990 zurückgegangen; das ist ein Rückgang von rd. 350 000 Auszubildenden.

- Die Zahl der neuen Ausbildungsverträge hat im gleichen Zeitraum etwa um rund 150 000 abgenommen.

- Zeitgleich ist die Zahl der Studienanfänger um 70 000 gewachsen, die der Studenten insgesamt sogar um rd. 250 000. 1990 waren an den Hochschulen in den alten Ländern 1,59 Mio. Studenten immatrikuliert.

- Immer mehr Studienanfänger bringen eine Berufsausbildung mit und haben die Berufsausbildung lediglich als „Durchgangsstation“ genutzt; 1985 waren dies 21 Prozent, 1990 bereits 29 Prozent der Studienanfänger; unter den Fachhochschulanfängern hat mehr als jeder zweite schon eine Lehre abgeschlossen.

Die hier schlaglichtartig dargelegten Trends sind Folgen von demographischen Entwicklungen, aber auch von Veränderungen im Bildungsverhalten. Beide Faktoren werden in den Entwicklungen der Schulabgängerzahlen der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen besonders deutlich:

- Zwischen 1980 und 1990 haben sich die jährlichen Schulabgängerzahlen um über 300 000 oder 29 Prozent verringert.

- Von 1980, dem Jahr mit der höchsten Schulabgängerzahl aus den Hauptschulen,

bis 1990 hat sich die Zahl der Absolventen mit und ohne Hauptschulabschluß jedoch nahezu halbiert (von 500 800 auf 253 500).

- Der Höchststand der Realschulabgänger oder Abgänger entsprechender Abschlüsse (einschließlich 20 Prozent aus beruflichen Schulen) wurde 1983 mit 443 200 Absolventen erreicht; 1990 lag die Absolventenzahl bei rund 284 000 oder um gut ein Drittel unter dem Höchststand.

- Im Jahr 1983 verließen mit 305 700 Schülern (einschließlich 30 Prozent aus beruflichen Schulen) bislang auch die meisten Studienberechtigten die Schulen; 1990 lag ihre Zahl bei 274 700 oder lediglich rund zehn Prozent unter dem Wert von 1983.

Der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen hält an

Hinter diesen Entwicklungen stehen nachhaltige Veränderungen in der Schul- und Bildungsstruktur. 1990 bringen 33,8 Prozent (1980: 19,4 Prozent) der Schulabgänger eine Studienberechtigung mit, 35 Prozent (1980: 36,9 Prozent) einen Realschulabschluß oder gleichwertigen Schulabschluß und lediglich 24,6 Prozent (1980: 34,2 Prozent) haben mit Beendigung der Vollzeitschulpflicht einen Hauptschulabschluß, 6,6 Prozent (1980: 9,6 Prozent) verlassen die Schule ohne diesen Abschluß.⁶

Vieles spricht dafür, daß dieser Trend zu höheren Bildungsabschlüssen auch künftig anhalten wird.

Bildungspräferenzen

Befragungen von Eltern⁷ belegen, daß der Wunsch nach einem möglichst hohen allgemeinbildenden Abschluß für ihr Kind unge-

brochen ist: 53 Prozent der Schülereltern möchten, daß ihr Kind in der allgemeinbildenden Schule eine Studienberechtigung erwirbt; 36 Prozent der Eltern wollen zumindest einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluß; lediglich elf Prozent zielen mit ihren Bildungswünschen auf einen Hauptschulabschluß.

Diese Bildungspräferenz, die im übrigen auch in den neuen Ländern nachweisbar ist, hat nachhaltige Auswirkungen für die Bewertung der Berufsausbildung: Besteht neben der Berufsausbildung die Alternative, weiter zur Schule zu gehen und sie mit einer Studienberechtigung abzuschließen, entscheiden sich mehr als zwei Drittel der befragten Eltern für den schulischen Bildungsweg. Auch nach dem Erwerb der Studienberechtigung wird das Studium mehrheitlich der Berufsausbildung vorgezogen.

Hinter diesen Urteilen stehen eindeutige Wertzuweisungen von Eltern für die mit den Schulabschlüssen verbundenen Beschäftigungsoptionen. Das Abitur ist für 60 Prozent der Eltern die beste Voraussetzung, einen Arbeitsplatz zu bekommen; 35 Prozent glauben, daß der Realschulabschluß die beste Beschäftigungsbasis vermittelt. Lediglich fünf Prozent der Eltern halten einen Hauptschulabschluß noch für ausreichend.

Auswirkungen des Bildungsverhaltens

Die gestiegene Wertschätzung der gymnasialen Bildung wird den derzeit erkennbaren Trend zur höheren Allgemeinbildung und zur Akademisierung des Nachwuchses eher noch beschleunigen. Hierfür spricht auch, daß Hochschulabsolventen vergleichsweise hohe Beschäftigungschancen besitzen, ihr Berufseinstieg häufig durch spezielle Maßnahmen, wie zum Beispiel Trainee-Programme, erleichtert wird, ihr Lebenseinkommen trotz des späteren Eintritts in das Erwerbs-

leben zumeist überdurchschnittlich ist und sie vergleichsweise anspruchsvolle und interessante Tätigkeiten, die zudem mit einem hohen sozialen Prestige verbunden sind, ausüben.

Unter diesen Bedingungen wird diese Bildungspräferenz auch zu Lasten des dualen Systems gehen, dessen Angebot offenbar in der Wertschätzung der Eltern und deren Kinder lediglich einen nachrangigen Stellenwert einnimmt.

Eine Bewertung dieser Entwicklung muß unter zwei Aspekten erfolgen: zum einen aus der Sicht der Jugendlichen und ihrer Eltern, zum anderen unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Bedarfsentwicklung nach beruflichen Qualifikationen.

Bildungsentscheidungen von Jugendlichen und ihren Eltern

Die Trends der Bildungsorientierung Jugendlicher und ihrer Eltern lassen sich heute schlagwortartig als „Streben nach möglichst ‚hohen‘ Abschlüssen“ charakterisieren. Der Grund liegt in der begründeten Vermutung, daß solche Abschlüsse günstige Optionen für den weiteren Bildungsweg eröffnen und ausichtsreiche Berufskarrieren versprechen. Faktisch eröffnet allein das Abitur sämtliche Optionen des Zugangs zu allen Bildungswegen, auch im berufsbildenden Bereich. Mit allen anderen Schulabschlüssen sind mehr oder weniger große Einschränkungen der Berufswahl und der persönlichen Entfaltung verbunden.

Unser Berufsbildungssystem ist nicht wirklich durchlässig in dem Sinne, daß die Vielfalt von Entfaltungsmöglichkeiten auch dann noch besteht, wenn erst einmal gewählt wurde. Eltern wollen für ihre Kinder das „Beste“ und das sehen sie am ehesten gesichert, wenn sie einen Bildungsweg wählen, der alle Optionen offenhält.

Die Abwägung zwischen Aufwand und Ertrag von Bildung orientiert sich damit immer häufiger am höheren Nutzen eines möglichst hohen allgemeinbildenden Abschlusses und deshalb auch nicht immer an der Leistungsfähigkeit oder der Begabung des Kindes. Daß solche Bildungsentscheidungen offensichtlich nicht immer unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Eignungs- und Fähigkeitsprofile von Jugendlichen getroffen werden, zeigen u. a. auch die Abbruchquoten an den Hochschulen.⁸

Leistungsfähige werden dringend in nicht-akademischen Berufen gebraucht

Vor diesem Hintergrund scheint die Berufsausbildung aus zwei Gründen reformbedürftig: Einerseits, weil sie ungünstigere Optionen für jene bereithält, die sich für den berufspraktischen Bildungsweg entschieden haben oder entscheiden und weil damit auch Präferenzen von Eltern vernünftig werden, ihre Kinder — solange es eben geht — den „Königsweg“ der Schule gehen zu lassen; andererseits, weil hierdurch Qualifikationspotentiale für die Berufspraxis verlorengehen, die von einer Berufsausbildung dann angesprochen wären, wenn sie gleiche Optionen für weitere Bildungs- und Berufswege bereithalten würde.

Mir ist bewußt, daß die berufliche Bildung von vielen noch als „Sackgassen“-Bildung empfunden wird, die häufig nur dann gewählt wird, wenn andere Bildungs-Alternativen ausgeschöpft sind oder für das Studium und für den Übergang ins Berufsleben nach dem Studium von Vorteil ist. Dieses schiefe Bild wollen und müssen wir ändern.

Ich stimme mit LUTZ überein, wenn er feststellt, daß ein Jugendlicher mit mindestens

durchschnittlicher Begabung unter den gegebenen Bedingungen kaum motiviert werden kann, ein Facharbeiter zu werden, wenn ihm lediglich gesagt wird, daß Betriebe ihn mit dieser Qualifikation bräuchten.⁹ Für die Berufswahl sind Aufstiegs-, Einkommens- und Prestigeerwartungen entscheidender.

Ich vertrete nachdrücklich die Auffassung, daß jeder, der über die entsprechende Eignung verfügt, den schulischen Weg bis zum Abitur oder zum Studium gehen soll, wenn er das wünscht. Genauso nachdrücklich vertrete ich aber auch die Auffassung, daß wir Leistungsfähige nicht nur an den Hochschulen brauchen, sondern genauso dringend in nichtakademischen Berufen. Wir sollten nachhaltig versuchen, den Trend ins Gymnasium und in die Hochschulen zu korrigieren, insbesondere wenn er als Reaktion auf vermeintlich oder tatsächlich schlechtere berufliche und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten der beruflichen Bildung begründet ist.

Qualifikationsbedarf der Wirtschaft

Die komplexer gewordene Arbeitswelt, die Verbreitung neuer Techniken und Arbeitsorganisationen sowie die damit verbundenen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte haben dazu geführt, daß der Anteil an qualifiziertem und hochqualifiziertem Personal in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich gewachsen ist, und zwar deutlich zu Lasten „Ungelernter“. Nach einer Berechnung des IAB¹⁰ hat sich zwischen 1975 und 1988 der Anteil der Erwerbstätigen mit Abschluß einer Berufsausbildung von 58 Prozent auf 68 Prozent (Berufsfachschule: 2,7 Prozent, betriebliche Lehre: 56,6 Prozent, Meister und Techniker: 8,2 Prozent) erhöht; der Anteil mit Hochschulstudium ist von sieben Prozent auf zwölf Prozent (Fachhochschule: 4,0 Prozent, Universität: 7,6 Prozent) gewachsen. Parallel hierzu reduzierte sich der Ungelerntenanteil von 35 Prozent auf rund 21 Prozent.

Neuere Trendprojektionen¹¹ belegen, daß sich die Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen auch künftig zugunsten qualifizierter und hochqualifizierter Kräfte verändern wird. Für das Jahr 2010 wird unter Berücksichtigung tätigkeitsspezifischer Trends eine Qualifikationsstruktur prognostiziert, nach der der Bedarf an Arbeitskräften mit einem Hochschulabschluß am deutlichsten steigen wird (um rund 50 Prozent gegenüber 1990); hierbei fällt die Veränderung des Bedarfs an Erwerbstätigen mit einem Fachhochschulabschluß höher aus als mit einem Universitätsabschluß. Der Anteil des Bedarfs an Fachkräften mit beruflicher Bildung von knapp 70 Prozent im Jahre 2010 — gemessen am Bedarf aller Beschäftigten — ist dabei auch auf eine Ausweitung des Bedarfs an Meister- und Technikerqualifikationen zurückzuführen. Nach diesen Trendprojektionen wird der Anteil an Ungelernten (an nicht formal Qualifizierten) auf rund 13 Prozent zurückgehen.

Auch wenn davon ausgegangen werden kann, daß Qualifikation und Technik in unterschiedlichen Organisationsformen kombinierbar sind und der Anteil der beruflich Qualifizierten auch davon abhängen wird, wie dem Problem einer etwa 50prozentigen Berufswechslerquote im Beschäftigungssystem künftig begegnet wird¹², deuten die Ergebnisse auf folgende Trends und Handlungsbedarfe hin:

1. Der Bedarf an unqualifizierten Kräften wird erheblich zurückgehen. Hierfür muß der Anteil von Jugendlichen — er liegt zwischen zehn Prozent und 15 Prozent¹³ —, die bislang ohne Berufsausbildung und Berufsabschluß bleiben, deutlich reduziert und das Angebot zur nachträglichen Qualifizierung von ungelernten Beschäftigten bzw. Arbeitslosen erhöht werden.
2. Gleichzeitig müßte der derzeit erreichte Anteil an Absolventen der dualen Ausbildung auf langfristige Sicht zumindest konstant gehalten und das Interesse an beruflicher Weiterbildung weiterhin gefördert werden.

3. Schließlich müßte der Anteil der Absolventen von Fachhochschulen gegenüber denen mit einem Universitätsabschluß erhöht werden.

Balance der Qualifikationsstrukturen erfordert Differenzierung

Nach diesem Sachverhalt haben wir zur Zeit nicht zu viele Studenten, sondern vielmehr zu wenig Interessenten für betriebliche Ausbildungsplätze. Vorschläge, den Zugang zu den Hochschulen administrativ einzuschränken oder zu erschweren, sind nicht nur unter diesen ökonomischen Rahmenbedingungen unzumutbar. Denn auch auf diesem Feld kann staatliche Bewirtschaftung kein geeignetes Mittel sein, berufsbildungspolitische Ziele zu erreichen. Ich vertrete im Gegenteil die Auffassung, daß jeder, der über die entsprechende Eignung verfügt — und das gilt für mich grundsätzlich auch für beruflich Qualifizierte ohne Abitur —, auch ein angemessenes Studienangebot erhalten soll, wenn er dies wünscht. Hierfür sind die erforderlichen Bedingungen, vor allem im Fachhochschulbereich, zu schaffen.

Wir benötigen aber auch geeignetere Instrumente, vorhandene Potentiale für die Berufsausbildung besser zu nutzen. Wir brauchen ein Ausbildungswesen, das angemessene Anreize sowohl für Schwächere wie auch für Leistungsstärkere im beruflichen Bildungswesen bereithält.¹⁴

Wir wissen, daß wesentliche Ursachen für die Nichtaufnahme oder der nicht erfolgreichen Abschluß einer Berufsausbildung vor dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen wirksam werden. Deshalb müssen sowohl in der allgemeinbildenden Schule als auch im sozialen Umfeld sehr frühzeitig und intensiv lernunterstützende und sozialintegrative Fördermaßnahmen einsetzen, um möglichst alle Jugendlichen bis zum erfolg-

reichen Abschluß der Hauptschule zu führen und für die Berufsausbildung zu motivieren. Wir brauchen bessere Angebote zur Berufsinformation, Berufsberatung, Berufsmotivation und Berufsvorbereitung für Jugendliche, die den Hauptschulabschluß nicht geschafft haben. Und wir brauchen neue berufliche Angebote für die Jugendlichen, die trotz differenzierter Förderung den Mindestanforderungen der Ausbildungsberufe nicht entsprechen können.

Für Leistungsstärkere und Begabte sind Angebote zu schaffen, die schon während der Ausbildung oder unmittelbar danach den Erwerb von chancenreichen Zusatzqualifikationen ermöglichen. Meine Überlegungen zielen auf eine Vertiefung und Verbreiterung der Inhalte und auf zusätzliche, üblicherweise nicht zum „Standardrepertoire“ der jeweiligen Ausbildung zählende Inhalte in freiwilligen Zusatzqualifizierungen. Ich denke dabei auch an Konzepte des Betriebsassistenten des Handwerks und der Abiturientenausbildung der Wirtschaft. Diese Modelle einer erweiterten dualen Ausbildung müssen weiter entwickelt, erprobt und auch für Jugendliche ohne Abitur geöffnet werden. Dabei wird sich die Entwicklung vor allem an den neueren Ausbildungsordnungen ausrichten müssen. In diesem Zusammenhang sind auch Bedingungen zu prüfen, unter denen eine so erweiterte duale Ausbildung zertifiziert werden kann und welche Berechtigungen hiermit erworben werden können.¹⁵

Ganz entscheidend wird die weitere Entwicklung aber davon abhängen, welche beruflichen Entfaltungschancen im Beschäftigungssystem mit diesen anspruchsvollen Qualifikationen verbunden werden können. Wir wollen diesen notwendigen Prozeß zu verbesserten beruflichen Entwicklungschancen bewußt auch durch eine geeignete Förderung begabter Fachkräfte voranbringen. Mit der 1991 vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft begonnenen Begabtenförderung in der beruflichen Bildung ist nicht

nur ein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der Attraktivität der dualen Berufsausbildung und damit zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses, sondern auch zur Entwicklung neuer beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten geleistet worden.

Ziel dieses Programms ist es, die berufliche und persönliche Entwicklung und Entfaltung besonders leistungsfähiger und begabter Fachkräfte möglichst schon zu Beginn ihres Berufslebens zu fördern. Dabei sollen sowohl praktische, gestalterisch-kreative, soziale als auch intellektuelle Begabungen gleichermaßen gefördert werden. Gefördert wird die Vermittlung anspruchsvoller berufsspezifischer Qualifikationen, der Erwerb fachübergreifender und allgemeiner beruflicher Fähigkeiten, aber auch die Persönlichkeitsbildung, die Entwicklung sozialer Kompetenzen und die Mitwirkungsfähigkeit in Beruf und Gesellschaft.

Balance der Qualifikationsstrukturen erfordert Verwirklichung von Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung

Ebenso wichtig wie die Weiterentwicklung der Berufsausbildung durch Differenzierung ist die Verwirklichung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Was wir brauchen sind Voraussetzungen für einen leistungsgerechten Wettbewerb unter den verschiedenen Bildungswegen und damit eine Basis für eignungsgerechte Entscheidungen von Jugendlichen und ihren Eltern, ohne daß durch die getroffene Bildungswahl Einbußen von persönlichen und beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten in Kauf genommen werden müssen.

Mein Ziel ist es, die berufliche Bildung und die Berufsperspektiven der Fachkräfte im Wettbewerb der Bildungswege zur gleich-

wertigen Alternative zu machen. Hierfür bietet die hohe Qualität der beruflichen Bildung eine hervorragende Ausgangsbasis.

Im Fachkräftebereich nehmen die unqualifizierten Arbeiten und reinen Routinetätigkeiten immer mehr ab. Die Aufgaben der Fachkräfte werden komplexer. Intelligenter Umgang mit neuer Technik wird an immer mehr Arbeitsplätzen gefordert. Die Fähigkeiten, die Arbeit selbständig zu planen, durchzuführen und zu kontrollieren, im Team mit anderen effektiv zusammenzuarbeiten, Entscheidungsfähigkeit und Verantwortungsbewußtsein kennzeichnen zunehmend die moderne Fachkräftetätigkeit. Hierauf hat sich die berufliche Bildung eingestellt; alle neu geordneten Ausbildungsberufe tragen diesen Anforderungen Rechnung.

Der Wandel von Arbeitsplatzanforderungen verlangt immer nachdrücklicher eine hohe Bereitschaft und Fähigkeit zur Weiterbildung, deren Grundlagen — das Lernen lernen — ebenfalls bereits in der Ausbildung gelegt werden.

Damit werden in der Ausbildung Anforderungen an die Auszubildenden gestellt, die denen von Schülern in der Allgemeinbildung durchaus entsprechen, ohne daß für den beruflich Qualifizierten sich vergleichbare Entfaltungsmöglichkeiten eröffnen würden. Die berufliche Bildung hat einen Entwicklungsstand erreicht, der mit der gesellschaftlichen Wertschätzung und den beruflichen Entfaltungschancen nicht mehr im Einklang steht. Dies kann so nicht bleiben.

In Ausbildung und Beruf zeigt sich eine Befähigung zwar anders als in Schulen oder in der wissenschaftlichen Arbeit. Dies heißt aber nicht, daß sie weniger Anerkennung verdient. Kompetenz im Beruf, das ist die Verbindung von praktischem Können, von geistiger Beweglichkeit und Kreativität bei der Lösung konkreter Probleme, von Geschick im Umgang mit Menschen, von

Teamqualitäten bei der Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen sowie besonderer Lern-, Weiterbildungs- und Leistungsbereitschaft.

Berufsbefähigung beschränkt sich eben nicht nur auf berufsfachliche Kompetenz, sondern in mindestens ebenso großem Ausmaß ist die Beherrschung von Problemlösungsstrategien und fachübergreifenden Fähigkeiten (Schlüsselqualifikationen) notwendig. Es geht in der beruflichen Bildung um die Entwicklung von Lernfähigkeit und Handlungskompetenz, also um Befähigungen, die mit den Bildungszielen des allgemeinbildenden Bereiches vergleichbar sind. Dabei ist es nach meiner Ansicht unerheblich, mit welchen Mitteln und Inhalten diese Kompetenz erworben wird.

Meine Überlegungen zur Umsetzung der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung stützen sich deshalb vornehmlich auf die These der Gleichwertigkeit der bildenden Qualität sowie des Anforderungs- und Lernniveaus beruflicher Bildung im Vergleich zur allgemeinen Bildung. Dieser berufspädagogisch begründete Ansatz geht davon aus, daß viele berufspraktische wie fachtheoretische Elemente der dualen Berufsausbildung als Medium von Bildung und Erziehung den (klassischen) Inhalten des Fächerkanons allgemeinbildender Schulen gleichwertig sind.

Gleichwertigkeit berufspraktischer und berufstheoretischer Bildung bedeutet deshalb auch, daß formale Berechtigungen, die der erfolgreiche Besuch einer allgemeinen Schule verleiht, grundsätzlich auch durch Berufsbildung erworben werden können.

Hierbei geht es nicht um eine Anpassung der beruflichen Bildung an den Fächerkanon der allgemeinbildenden Schule oder um Ergänzung von beruflicher Bildung um allgemeine Bildungsinhalte in Form von Doppelqualifikation. Ich will keine Gleichartigkeit herstellen, sondern die notwendige Berücksichti-

gung und Wertung gleichwertiger, aber unterschiedlicher Bildungsinhalte und Methoden der verschiedenen Bildungswege.

Konzeptionelle Überlegungen

Meine Vorstellungen zielen darauf, dem allgemeinbildenden Bildungsweg einen gleichwertigen berufsbildenden Weg bis zur Hochschule zur Seite zu stellen. Zu den Kernpunkten der Überlegungen gehören:

- der Berufsabschluß ist mit dem Real schulabschluß gleichwertig;
- der Meister-, Techniker- und ein vergleichbarer Fortbildungsabschluß berechtigt unmittelbar zum Besuch der Hochschule;
- zum Erreichen der Fachhochschulreife oder der fachgebundenen Hochschulreife könnte man zudem erwägen, für Ausbildungsabsolventen neben dem traditionellen schulischen Weg über die Fachoberschule einen neuen dualen Weg zu eröffnen; ich denke hier an einjährige Zusatzausbildungen im dualen System, die bereits Elemente der Fortbildung zum Meister, Techniker oder Betriebswirt beinhalten könnten und eine vertiefende bzw. spezialisierte berufliche Bildung in Wahlpflichtbereichen zum Gegenstand haben.

Wenn die Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung durch den Qualitätsanspruch der beruflichen Bildung und durch seinen bildenden Wert begründet wird und der Zugang zum Studium auch für beruflich Qualifizierte ohne Abitur offenstehen soll, muß auch darüber nachgedacht werden, wie die Qualität der beruflichen Ausbildung gesichert und weiterentwickelt werden kann und ob die berufliche Bildung auch weiterhin der „Reparaturbetrieb“ des Schulwesens sein soll. Und es muß darüber nachgedacht werden, welche Rolle künftig der Hauptschule hierbei zukommen muß.

Wenn der Hauptschulabschluß einen neuen Stellenwert erhalten soll, dann muß er als

Orientierung in der beruflichen Ausbildung aufgewertet werden. Dies bedeutet aber, daß

- bei grundsätzlicher Offenhaltung des Zugangs zur Berufsausbildung im dualen System der Hauptschulabschluß als Mindestqualifikation auch formal ein größeres Gewicht erhalten sollte. Hierfür wäre denkbar für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß verstärkt besondere schulische Angebote zum nachträglichen Erwerb dieses Abschlusses zu machen, ggf. könnte auch an eine Verpflichtung zu ausbildungsbegleitenden Hilfen gedacht werden;
- für Jugendliche, die das normale Eingangsniveau trotz Förderung nicht erreichen können, auch die Entwicklung gestufter Sonderausbildungsgänge für Jugendliche ohne Abschluß geprüft werden muß, die die Option auf einen normalen Ausbildungsabschluß offenhalten und Beschäftigungschancen eröffnen.

Nur wenn es uns gelingt, den Leistungsanspruch der beruflichen Bildung zu festigen und gleichzeitig für Leistungsschwächere ergänzende begabungsgerechte Bildungsangebote mit Beschäftigungschancen bereitzuhalten, wird ein Gleichwertigkeitskonzept glaubwürdig, nach dem mit dem Ausbildungsabschluß gleichzeitig das Niveau des Real schulabschlusses erreicht wird.

Ziel muß es sein, das berufliche Bildungswesen so weiterzuentwickeln, daß durch berufliche Bildung alle Optionen für Bildungsentscheidungen und berufliche Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet werden, wie das andere Bildungswege schon länger anbieten.

Es bedarf sicher einer längerfristig angelegten Strategie, gemeinsamer Anstrengungen und vielfältiger Abstimmungen zwischen den Tarifparteien, den Ländern, aber auch den Hochschulen, um dieses Ziel zu erreichen. Im Interesse der Glaubwürdigkeit müssen wir alle dabei bereit sein, auch überkommene Denkstrukturen, gesellschaftliche Wertemuster sowie Arbeitsbedingungen,

Weiterbildungs-, Berufs-, Karriere- und Einkommenschancen — einschließlich der Laufbahnstrukturen des öffentlichen Dienstes — vorbehaltlos zu erörtern. Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung muß in den Köpfen beginnen, im Bildungswesen durchgesetzt und im Beschäftigungssystem erfahren werden.

Dieser Prozeß hat begonnen, dies läßt sich an vielfältigen Aktivitäten ablesen.

Stand der Überlegungen auf seiten der Länder

Die Wirtschaftsministerkonferenz hat sich im März 1992 mit der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung beschäftigt und einen Beschluß gefaßt, der die Aufwertung der beruflichen Bildung angesichts der Überfüllung der deutschen Hochschulen und vor dem Hintergrund eines erheblichen Nachwuchsmangels in der deutschen Wirtschaft als wirtschaftspolitisches Ziel ansieht. Sie hat die Kultusminister und -senatoren gebeten, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen durch berufliche Bildung schulische Berechtigungen erworben werden können und eine Arbeitsgruppe beauftragt, einen Beschlußvorschlag zur Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung und zur Steigerung der Attraktivität der Berufsausbildung zu erarbeiten. Auf der Basis eines Berichtes der eingesetzten Arbeitsgruppe hat die Wirtschaftsministerkonferenz im Oktober 1992 folgende Gleichstellungen von beruflicher und allgemeiner Bildung für notwendig und realisierbar angesehen:

- Gleichstellung eines mindestens befriedigenden Abschlusses in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit einem mittleren Schulabschluß, wenn auch die berufsschulischen Leistungen im Durchschnitt mindestens befriedigend sind
- Gleichstellung einer mit mindestens gutem Erfolg abgeschlossenen Fortbildungs-

prüfung zum Meister oder Industriemeister oder vergleichbaren Fortbildung sowie eines guten Fachschulabschlusses mit der fachgebundenen Fachhochschulreife, wenn notwendige Kenntnisse, über die der Bewerber noch nicht verfügt, in Brückenkursen nachgeholt werden.

KMK-Beschluß zum Realschulabschluß

Im Juni 1992 einigten sich die Kultusminister und -senatoren der Länder darauf, daß mit dem Abschlußzeugnis der Berufsschule künftig auch die Berechtigungen des Realschulabschlusses erworben werden können. Die von den Kultusministern in Münster verabschiedete Neufassung der „Vereinbarung über den Abschluß der Berufsschule“ sieht vor, daß das Abschlußzeugnis der Berufsschule die Berechtigungen des Realschulabschlusses nach den Bestimmungen der Länder einschließt, wenn

- die Berufsschule erfolgreich besucht und im Schulzeugnis ein Gesamtnotendurchschnitt von mindestens 2,5 erreicht wurde,
- eine Berufsausbildung gemäß BBiG/HwO in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit einer Regelausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren erfolgreich abgeschlossen wurde und
- Fremdsprachenkenntnisse dadurch nachgewiesen werden, daß ein mindestens fünfjähriger Fremdsprachenunterricht mit befriedigenden Leistungen abgeschlossen wurde. Bisher konnte mit dem erfolgreichen Abschluß der Berufsschule nur der Hauptschulabschluß erworben werden. Mit der Öffnung für den Erwerb eines mittleren Schulabschlusses haben sich die Optionen der Auszubildenden mit Hauptschulabschluß für ein Fachhochschulstudium (Erwerb einer Fachhochschulreife über die Fachoberschule) wesentlich verbessert.

Mit Blick auf die Gleichwertigkeitsdiskussion impliziert diese KMK-Vereinbarung,

daß ein Berufsabschluß allein jedoch nicht für ausreichend erachtet wird, ihn ohne Zusatzbedingungen mit dem Realschulabschluß gleichzustellen. Dies entspricht auch der Auffassung der von der Wirtschaftsministerkonferenz eingerichteten Arbeitsgruppe: „Um echte formale Gleichstellung zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsabschlüssen zu ermöglichen, ist es notwendig, die beruflichen Ausbildungsgänge in den Berufsschulen um die Inhalte zu ergänzen, die für einen aufbauenden allgemeinbildenden Bildungsgang Voraussetzung sind.“

Zugang zum Studium muß auch außerhalb der Schule ermöglicht werden

Diese Argumentation ist einleuchtend, wenn ein aufbauender Bildungsgang nur über allgemeinbildende Schulwege möglich ist und der Fächerkanon eines solchen Weges, wie in der Fachoberschule, sich vergleichsweise eng an die gymnasiale Oberstufe anlehnt. Hauptschüler mit einem Berufsabschluß wären ohne zusätzliche allgemeine Bildungskenntnisse kaum in der Lage, dem vermittelten Lernstoff zu folgen. Dies hätte aber auch zur Folge, daß der bildende Wert einer betrieblichen Berufsausbildung nur eingeschränkt zur Geltung gebracht werden kann.

Meine Überlegungen zielen deshalb darauf, daß ein Berufsabschluß (im Rahmen einer dreijährigen Berufsausbildung) mit dem Realschulabschluß — und zwar ohne Zusatzbedingungen — gleichwertig ist und daß aufbauende Bildungsgänge bis zum Erwerb der Hochschulberechtigung auch außerhalb des allgemeinbildenden Schulbereichs ermöglicht werden müssen. Hier ist sowohl an verschiedene berufliche Weiterbildungsformen als auch an neue berufliche Zusatzqualifizierungen im Rahmen der dualen Ausbildung gedacht.

Es geht nicht um Gleichartigkeit, sondern um eine angemessene Berücksichtigung der bildenden Qualität der beruflichen Bildung.

KMK-Bericht zum Hochschulzugang ohne Abitur

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich Mitte 1992 mit der Frage des Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung befaßt und eine Arbeitsgruppe — bestehend aus Vertretern des Schulausschusses und des Hochschulausschusses der KMK — beauftragt, mögliche Eckpunkte für eine Rahmenvereinbarung zu erarbeiten. Zuvor sollte eine Synopse der vorliegenden Regelungen, Pläne und Erfahrungen in den Ländern erarbeitet werden.

Während die synoptische Darstellung der unterschiedlichen Länderpositionen bereits vorliegt, sind die Vorbereitungsarbeiten für eine „Vereinbarung zum Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung“ noch nicht abgeschlossen. Ich hoffe, daß es angesichts der zahlreichen, untereinander stark abweichenden Länderregelungen rasch zu einer Übereinkunft kommt, die den Hochschulzugang beruflich Qualifizierter ohne Abitur entsprechend modernen Erfordernissen und ohne bürokratische Hürden ermöglicht.

Die bereits erwähnte Arbeitsgruppe der Wirtschaftsministerkonferenz stellt hierzu fest: „Die bisherigen Zugangsmöglichkeiten zu den Hochschulen (für Berufstätige), die sowieso nur den fachgebundenen Fachhochschulzugang vorsehen, benachteiligen letztlich das berufliche Bildungssystem neu. Zu viele Auflagen und Bedingungen sind zu erfüllen, um von einer Gleichwertigkeit sprechen zu können. Hier erscheint es notwendig, klarere und eindeutige Vorgaben zu treffen und über formale Gleichstellungen

für Absolventen einer beruflichen Aus- und Weiterbildung die fachgebundene Hochschulreife zuzuerkennen. Die Arbeitsgruppe hält es für möglich, Absolventen einer dualen Ausbildung, die eine Weiterbildung als Meister oder Industriemeister mit gutem Erfolg abgelegt haben, automatisch die fachgebundene Fachhochschulreife zuzuerkennen.“

Ich kann mich dieser Auffassung voll anschließen. Es ist lediglich zu fragen, warum die geforderte Zuerkennung auf eine fachgebundene Fachhochschulreife beschränkt und nicht auf eine generelle Fachhochschulreife oder eine fachgebundene Hochschulreife ausgedehnt werden soll?

Vorschläge der Wirtschaft

Das Anfang 1992 veröffentlichte Positionspapier der deutschen Arbeitgeberverbände¹⁶, das eine Weiterentwicklung des deutschen Bildungswesens vor allem unter Einbezug der Erfordernisse wirtschaftlicher Entwicklungen und des Beschäftigungssystems forderte, zielte auf eine breite öffentliche Diskussion notwendiger Veränderungen im deutschen Bildungssystem. Auf dem Hintergrund einer europaorientierten und bildungsstrukturellen Problemendarstellung wurde u. a. die Realisierung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung vorgeschlagen, um die Ausbildung im dualen System zu einer attraktiven Alternative zu schulischen und akademischen Bildungsgängen zu machen. Im einzelnen zielten die berufsbildungspolitischen Vorschläge auf

- bessere Ausschöpfung von Leistungs- und Begabungsreserven,
- Qualitätssteigerung der Berufsschulausbildung,
- Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte, die sich im Beruf bewährt und eine qualifizierte Fortbildung erfolgreich abgeschlossen haben, über ein an fachgebundene Leistungskriterien orientiertes Auswahlverfahren der Hochschulen,

- Umsetzung der Gleichwertigkeit beruflicher Bildung durch eine entsprechende Personalpolitik der Betriebe und des öffentlichen Dienstes.

Das bildungspolitische Positionspapier der Wirtschaft stimmt in der Tendenz weitgehend mit meinen bildungspolitischen Überlegungen überein. Dies gilt vor allem für die Kernforderung des Positionspapiers nach einer generellen Aufwertung der beruflichen Bildung gegenüber der allgemeinen und akademischen Bildung. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Realisierung der angestrebten Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung ist neben der Öffnung der Universitäten für qualifizierte Fachkräfte ohne Abitur die Auffassung der Arbeitgeberverbände, die Verwirklichung der Gleichwertigkeit auch durch eine entsprechende Personalpolitik zu unterstützen.

Dies halte ich für eine der wichtigsten Realisierungsvoraussetzungen bei der Verwirklichung von Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung. Denn bildungspolitische Instrumente allein wären überfordert, die angestrebten Ziele zu erreichen. Bei einem marktwirtschaftlich geprägten Arbeitsmarkt und Freiheit der Bildungsweg- und Berufswahl kann die Berufsbildungspolitik Rahmenbedingungen verändern und systemimmanente Barrieren abbauen. Inwieweit solche Veränderungen zu veränderten Bildungsentscheidungen führen, wird aber vor allem davon abhängen, welche Arbeitsbedingungen, Weiterbildungs-, Berufs-, Karriere- und Einkommenschancen mit der getroffenen Wahl verbunden werden. Dies sind letztlich die entscheidenden Kriterien zur Veränderung von Qualifikationsentscheidungen.

Gleichwertigkeit wird sich nur realisieren lassen, wenn Betriebe, Praxen und Verwaltungen bereit sind, leistungsstarken und weiterbildungsaktiven jungen Berufstätigen auch ohne Abitur und Hochschulstudium attraktive Berufs- und Karrierechancen zu eröffnen.

Wenn dies nicht geschieht und solche jungen Leute erleben, daß gleichaltrige Hochschulabsolventen in Positionen einsteigen, die sie nicht oder nur in Ausnahmefällen erreichen, dann darf sich niemand wundern, wenn ihr Interesse an einer betrieblichen Ausbildung und einem direkten Einstieg in einen Fachkräfteberuf rapide abnimmt.

Die Leistungsfähigkeit von beruflich Qualifizierten voll zu entwickeln und ihnen attraktive Zukunftsperspektiven zu bieten, gehört deshalb zu einer vorausschauenden Personalpolitik aller Unternehmen — auch des öffentlichen Dienstes.

DIHT-Modell

Auf Attraktivitätssteigerung der Berufsausbildung ist auch das kürzlich vom DIHT vorgestellte Modell „Duale Berufsausbildung im Verbund“¹⁷ ausgerichtet. Dieses Modell, das Ausbildung, berufliche Weiterbildung und Fachhochschulstudium verbindet, zielt auf Schulabgänger und Schulabgängerinnen mit einer Studienberechtigung.

Nach dem DIHT-Modell sollen Abiturienten beziehungsweise Jugendliche mit einer Fachhochschulberechtigung in fünfeinhalb Jahren drei aufeinander aufbauende, für sich jeweils vollwertige Berufsabschlüsse in technischen oder kaufmännischen Berufsbereichen erwerben können. Das DIHT-Modell stellt ein bedenkenswertes Modell dar, das sich von anderen Abiturientenmodellen durch einen integrativen Ansatz von Ausbildung, Weiterbildung und Hochschulbildung abhebt. Es könnte mit seiner praxisnahen und zugleich wissenschaftsorientierten beruflichen Ausbildung eine neue Alternative der Wirtschaft zur Hochschulausbildung von Studienberechtigten werden. Es sind jedoch noch einige wichtige offene Fragen (Beteiligung der Fachhochschulen von Anfang an, Anerkennung der Stufen eins und zwei Teilabschnitte einer Fachhochschulausbildung, Erfüllung

von Vorschriften des Hochschulrahmengesetzes) zu klären.

Ein Zugang für besonders befähigte Ausbildungsabsolventen oder Berufstätige ohne Studienberechtigung ist in dem Modell nicht vorgesehen. Bei einer entsprechenden Öffnung könnte dieses DIHT-Modell in meine Gleichwertigkeitsüberlegungen integriert werden, die darauf zielen, auch dem begabten Hauptschüler bzw. Realschüler durch berufliche Ausbildung, Weiterbildung oder Zusatzqualifikation Bildungsoptionen bis zum Studium zu eröffnen.

Ich bin der festen Überzeugung, daß nur über einen solchen, den Haupt- und Real- schulabschluß mitumfassenden berufsbildungspolitischen Ansatz, Bildungswegentscheidungen neu überdacht und eingeführte Gleise verlassen werden können.

Öffentliche Diskussion zur Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung

Die erste Fachtagung zur Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung des BMBW¹⁸ Mitte 1992 ist Beleg dafür, daß das Thema Gleichwertigkeit von allen Beteiligten zunehmend umsetzungsorientierter diskutiert wird und die Realisierungsvorschläge¹⁹ auf ihre Wirkung für die zukünftige Bildungsstruktur beleuchtet werden.

Nahezu einvernehmlich wird in der aktuellen Gleichwertigkeitsdiskussion die Überzeugung geteilt, daß eine nachhaltige Attraktivitätssteigerung des dualen Systems nur dann erreicht wird, wenn über die Ausbildung weiterführende Berechtigungen erworben werden können und jedem Abgänger des dualen Systems, der sich angemessen qualifiziert bzw. fortgebildet hat, prinzipiell die Befähigung zuerkannt wird, ein Studium zu beginnen.

Über die konkreten Schritte bestehen derzeit jedoch noch sehr große Meinungsunterschiede. Sie reichen von der Forderung zur Gleichstellung des Ausbildungsabschlusses mit dem Abitur über doppelqualifizierende Ansätze mit einem erhöhten allgemeinbildenden schulischen Bildungsanteil in der Berufsausbildung, ferner über zeitintensive und verschlungene Vorschläge für den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ohne Abitur, bis hin zur Feststellung, daß sich lediglich das Beschäftigungswesen auf das entwickelte berufliche Bildungswesen neu einzustellen und anzupassen habe.²⁰

Häufig wird der Attraktivitätseffekt für das duale System über Zeitvergleiche bis zur Erlangung der Studienberechtigung gemessen und dabei oft übersehen, daß das Ziel einer Berufsausbildung nicht in erster Linie der Erwerb einer schulischen Berechtigung, sondern eine vollwertige Berufsbefähigung ist, die der Abiturient nach Schulabschluß erst noch erwerben muß.

Übersehen wird häufig auch, daß die Forderung nach Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung in einer besseren Nutzung unterschiedlicher Befähigungen und Neigungen von jungen Menschen begründet ist, auf deren geeignete Förderung und Entfaltung eine Volkswirtschaft wie die unsere ganz besonders angewiesen ist. Denn die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gründet sich eben nicht nur auf akademische Begabungen, sondern auch auf berufspraktische Fähigkeiten und Leistungen.

Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung ist deshalb vor allem ein Beitrag zur Förderung und Entfaltung aller Begabungen. Deshalb bin ich überzeugt, daß es auch keinen berufsbildenden „Königsweg“ geben sollte. Eignungs- und leistungsgerechter sind nach meiner Auffassung, ausgehend von der Verbindung des Berufsabschlusses mit dem Real- schulabschluß, mehrere Wege zur Erlangung der Studienberechtigung:

- einerseits über den traditionellen Weg der Fachoberschule;
- andererseits über anspruchsvolle Fortbildungswege;
- schließlich über Zusatzausbildungen im dualen System.

Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die berufliche Bildung einerseits einen eigenständigen Bildungswert besitzt. Jugendliche, die sich für eine Berufsausbildung entscheiden, müssen andererseits in ihr eine gleichwertige Alternative zur Allgemeinbildung sehen, die ihnen über eignungsgerechte Wege Optionen bis zum Studium eröffnet.

Wir stehen bei der Verwirklichung von Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung noch am Anfang. Auch wenn die Umsetzungsstrategien bislang noch sehr verschieden sind, bin ich überzeugt, daß wir im Interesse der unterschiedlichen Begabungen von jungen Menschen und der Zukunft des dualen Systems gemeinsam geeignete Wege finden werden, die Berufsausbildung zu einem attraktiven und gleichwertigen Bildungsgang der Sekundarstufe II zu entwickeln. Dabei werden wir auch den Mut haben müssen, neue und innovative Wege zu beschreiten. Ich hoffe, daß wir im April 1993, auf der zweiten Fachtagung des BMBW zur Gleichwertigkeit, erste gemeinsame Schritte zur Realisierung gehen können.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Kutscha, G.: Das duale System der Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland — ein auslaufendes Modell? In: „Die berufsbildende Schule“, Heft 3, März 1992

² Vgl. Lutz, B.: Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik. In: Tagungsdokumentation der internationalen wissenschaftlichen Tagung zur beruflichen Bildung am 25. und 26. Oktober 1990 in Berlin — Die Rolle der beruflichen Bildung und Berufsbildungsforschung im internationalen Vergleich, Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin/Bonn 1991

³ Vgl. Geißler, K.: Perspektiven der Weiterentwicklung des Systems der dualen Berufsausbildung in der Bundesrepublik. In: Tagungsdokumentation der internationalen wissenschaftlichen Tagung zur beruflichen Bildung am 25.

und 26. Oktober 1990 in Berlin — Die Rolle der beruflichen Bildung und Berufsbildungsforschung im internationalen Vergleich, Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin/Bonn 1991

⁴ Vgl. Schlaffke, W.: *Duales System droht auszubluten*. In: Informationsdienst der deutschen Wirtschaft vom 30. Juli 1992, Köln 1992

⁵ Quelle: Grund- und Strukturdaten; Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Ausgabe 1991/1992; die hier angeführten Daten beziehen sich auf das alte Bundesgebiet, da die Sonderbedingungen der neuen Länder eine entsprechende Analyse noch nicht erlauben.

⁶ Quelle: Grund- und Strukturdaten, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Ausgabe 1991/1992

⁷ Vgl.: IFS-Umfrage 1991. In: Jahrbuch der Schulentwicklung, Band 7, Institut für Schulentwicklungsforschung Vgl. Rolff, H.-G.; Bauer, K.-O.; Klemm, K.; Pfeiffer, H. (Hrsg.), Weinheim und München 1992, Seite 14 ff.

⁸ Vgl. Berufsbildungsbericht 1992, Seite 9, und HIS-Kurzinformation A7/92 HIS; nach Berechnungen des HIS verlassen 27 Prozent der Studenten vor Abschluß des Studiums die Hochschule.

⁹ Lutz, B.: Anhörung der Expertenkommission „Zukünftige Bildungspolitik — Bildung 2000“, 1990

¹⁰ Quelle: Bildungsgesamtrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB); (BGR II)

¹¹ Vgl. Weißhuhn, G.; Wähse, J.: *Arbeitskräftebedarf nach Ausbildungsqualifikation und beruflicher Tätigkeit im vereinten Deutschland — Szenarien bis zum Jahre 2010* (Studie im Auftrag des BMBW, noch nicht veröffentlicht) Tessaring, M.: in: MittAB 1/1991

¹² Vgl. Braun, P.: *Lehrlingsmangel — Fachkräftelücke*. In: Lernfeld Betrieb 2/1991

¹³ Vgl. Berufsbildungsbericht 1991, Strukturdaten über Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsausbildung in den alten Bundesländern, Seite 101

¹⁴ Zur Differenzierung der Berufsausbildung vgl. Berufsbildungsbericht 1992, Seite 8 ff.

¹⁵ Vgl. Schaumann, F.: *Mehr Chancen durch Differenzierung*. In: Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Heft 12/91

¹⁶ Vgl. Differenzierung Durchlässigkeit Leistung. Bildungspolitische Position der Spitzenverbände der Wirtschaft, Januar 1992.

¹⁷ Vgl. Modellkonzept „Duale Berufsbildung im Verbund“. In: Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung, Dokumentation der 1. BMBW-Fachtagung am 8. Juli 1992 in Bonn. Hrsg.: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1992, Anhang

¹⁸ Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung, Dokumentation der 1. BMBW-Fachtagung am 8. Juli 1992 in Bonn. Hrsg.: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1992

¹⁹ Beispiele: *Die Zukunft des dualen Systems. Eine Auseinandersetzung mit dem Bildungsplan der deutschen Arbeitgeberverbände „Differenzierung, Durchlässigkeit, Leistung“ vom Januar 1992, Flugschrift 7; Institut für Pädagogik und Gesellschaft, Münster 1992;*

Vgl. Luers, R.: *Hochschulstudium ohne Abitur*. In: *Die berufsbildende Schule*, Heft 9, September 1992

²⁰ Vgl. Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung. Dokumentation der 1. BMBW-Fachtagung am 8. Juli 1992 in Bonn. Hrsg.: Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1992

Das duale System der Berufsausbildung hat eine Zukunft*

Rolf Arnold

Prof. Dr. phil., Fachgebiet Pädagogik, insbesondere Betriebs- und Berufspädagogik an der Universität Kaiserslautern



Betrachtet man die jüngere berufspädagogische Debatte über die Zukunft des dualen Systems der Berufsbildung — in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa oder gar in der Dritten Welt sowie (neuerdings) in den ehemaligen Staatshandelsländern¹ —, so fühlt man sich an den Rabbi Wolf von Zbaraz erinnert: Zu diesem kam ein Mann und behauptete, man dürfe zwei Frauen zugleich heiraten, und das sei doch schön. „Da hast du recht“, sagte der Rabbi. „Aber Rabbi“, sagte ein zweiter, „das ist doch verboten.“ — „Da hast du recht“, sagte der Rabbi. „Aber beide können doch nicht recht haben“, sagte ein dritter. „Da hast du wiederum recht“, sagte der Rabbi.²

Übertragen auf die Frage nach der Zukunft des dualen Systems bedeutet dies, daß man auf diese Frage derzeit verneinend-skeptische Antworten („keine Zukunft!“) ebenso zu hören bekommt, wie bejahend-euphorische („Exportschlager!“), wobei die verneinend-skeptischen, „zerfallsgeschichtliche(n) Deutung(en)“³, die ein Ende bzw. eine Erosion des dualen Systems konstatieren, in letzter Zeit lauter werden. Gleichwohl gab und gibt es bejahend-euphorische Stimmen, die für das duale System der Berufsausbildung nicht nur eine Zukunft im nationalen Rahmen als gegeben ansehen, sondern in diesem

* Kurzfassung eines in der Zeitschrift *Leviathan* erscheinenden Artikels

Ansatz auch ein brauchbares Modell zur Überwindung der Berufsbildungsprobleme in anderen Ländern — europäischen und außereuropäischen — zu erkennen glauben.⁴

So hebt z. B. das Institut der Deutschen Wirtschaft „Qualified in Germany“ als international anerkanntes Markenzeichen hervor und stellt fest: „Die Qualität der deutschen Berufsausbildung wird international hoch eingeschätzt und die Leistungsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems hervorgehoben.“⁵ Und moderater heißt es — im Blick auf die „Herausforderung Europa“ — im Berufsbildungsbericht 1991: „Es wird darauf ankommen, den Stellenwert des dualen Systems in der Europäischen Gemeinschaft zu erhalten und zu stärken.“⁶ Und unter der Überschrift „Hilfen für Mittel- und Osteuropa einschließlich der Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR“ setzt der neue Berufsbildungsbericht 1992 auch auf die „duale Karte“: „Da die Staaten Mittel- und Osteuropas, einschließlich der Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR, ein vorwiegend schulisch orientiertes Berufsbildungssystem haben, besteht gerade an dem Zusammenspiel von Betrieben und Schulen im dualen System der Bundesrepublik ein besonderes Interesse.“⁷

Schließlich geht man auch in der sogenannten „Berufsbildungshilfe“ für die Länder der Dritten Welt⁸ nach wie vor — auch — von der besonderen sozialpolitischen, beschäftigungspolitischen und entwicklungspolitischen „Leistungsfähigkeit“ des Modells einer dualen Berufsausbildung aus.

Doch werden in der „nationalen“ Debatte um die Zukunft der dualen Berufsausbildung in letzter Zeit die verneinend-skeptischen Stimmen lauter. Ist deshalb ganz auszuschließen, daß wir es beim dualen System mit der paradoxen Konstellation zu tun haben, daß hier ein Berufsbildungsansatz international an Attraktivität gewinnt, der im nationalen Rahmen zunehmend an Relevanz verliert? Oder ist es gar so, daß die deutsche

Europapolitik und Entwicklungspolitik auf den Export eines auslaufenden Modells fixiert sind?

Bis vor kurzem wurde jeder, der von einer „Krise des dualen Berufsausbildungssystems“⁹ sprach oder gar die Auffassung vertrat, „daß das duale System seine Zukunft hinter sich hat“¹⁰, nicht recht ernstgenommen: Hat das duale System die Bewährungsprobe der demographisch bedingten Übernachfrage nach Ausbildungsplätzen nicht glänzend bestanden? Und ist dieses System nicht „aus einer Epoche halbherziger Bildungsreformen unversehrt, ja stabilisiert hervorgegangen“?¹¹ — so zwei der verbreiteten rhetorischen Gegenfragen, mit denen Skepsis und Selbstzweifel lange Zeit wirksam verdrängt werden konnten. Doch mittlerweile wird die Frage nach der Zukunft des dualen Systems auf allen Ebenen intensiver diskutiert und als die Schlüsselfrage der Berufsbildung für das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts allgemein anerkannt.¹² Bei dieser Diskussion sind eine „zerfallsgeschichtliche Deutung“¹³ und Interpretation der Wandlungen, denen dieses System ausgesetzt ist, vorherrschend. Erst vereinzelt werden auch die Möglichkeiten seiner konstruktiven Weiterentwicklung zum Thema erhoben. Übersehen wird auch, daß die Frage nach der Zukunft des dualen Systems eigentlich insofern bereits längst entschieden ist, als „wir kein duales System (mehr) (haben), sondern“ — wie KUTSCHA feststellt — „ein berufliches Ausbildungssystem, für dessen Effizienz und Entwicklungsfähigkeit die Pluralität der Lernorte, die Flexibilität der Ausbildungsarrangements im Verbund unterschiedlicher Lernorte und die Mischstruktur des Steuerungssystems ausschlaggebend ist“.¹⁴ Diese komplexe Mischstruktur ist gemeint, wenn im folgenden gleichwohl weiter an der (unsauberen) Bezeichnung duales System festgehalten wird. Die Frage nach der Zukunft des dualen Systems müßte jedoch (eigentlich) wie folgt präzisiert werden: Welchen Wandlungen ist das Berufsausbildungssystem

Deutschlands derzeit ausgesetzt und welche Gefährdungen (Erosionen) und Potentiale (i. S. von Weiterentwicklung) sind im Rahmen dieser Wandlungsprozesse identifizierbar.

Auf folgende fünf Wandlungen wird hier näher eingegangen:

1. Demographischer Rückgang und Trend zu höheren Abschlüssen,
2. Lehrermangel in den Schlüsseltechnologien (Maschinenbau, Elektrotechnik),
3. Wandel der Facharbeit,
4. Neuordnung und Vernetzung der Berufsbildung und
5. Bedeutungsverlust der Erstausbildung.

Der Münchner Berufspädagoge GEISSLER hat in den letzten Jahren auf verschiedenen Tagungen (z. B. Berufsbildungstage Bern im April 1992, BIBB-Tagung 1990) eine „zerfallsgeschichtliche Deutung“¹⁵ zur Zukunft des dualen Systems vorgetragen und die Auffassung vertreten, daß dieses System der Berufsausbildung „(. . .) seine Zukunft hinter sich hat“.¹⁶ Doch es sind längst nicht mehr nur kritische Erziehungswissenschaftler, die sich in dieser Weise äußern.¹⁷ So veröffentlichte z. B. SCHLAFFKE vom Institut der Deutschen Wirtschaft kürzlich einen Text mit der ebenfalls warnend-plakativen Überschrift „Duales System droht auszubluten“, in dem es u. a. lapidar heißt: „Das duale System steht vor dem Ruin. Es mangelt den Betrieben an Lehrlingen und den Berufsschulen an Lehrern“¹⁸, womit bereits zwei wesentliche Wandlungen (von den fünf) angesprochen sind, die hier erörtert werden sollen.

1. Demographischer Rückgang und Trend zu höheren Abschlüssen

Seit 1985 ist die absolute Zahl der Auszubildenden im dualen System kontinuierlich rückläufig, was bereits vielerorts (z. B. im Handwerk) dazu führt, daß der Bedarf an

Auszubildenden nicht mehr gedeckt werden und das System nicht mehr seiner Bestimmung gemäß arbeiten kann. Obgleich immer noch über 70 Prozent der deutschen Bevölkerung im Alter von 16 bis 19 Jahren ihre Ausbildung im dualen System erhalten, hat die absolute Zahl der Studierenden an den Hochschulen im Jahr 1990 erstmals die Zahl der Auszubildenden überschritten.¹⁹ Zugegebenermaßen dramatisiert diese zahlenmäßige Gegenüberstellung die Verhältnisse: „Studenten halten sich deutlich länger in der Universität auf als Lehrlinge in Ausbildungsverhältnissen. Zum anderen richten sich immer mehr junge Menschen nicht mehr nach der Alternative Gesellenbrief oder Diplom, sie wollen beides.“²⁰ Das Signal ist dennoch deutlich, wie auch ein Blick auf den Anteil der Studienberechtigten an der Wohnbevölkerung zeigt. Dieser Anteil stieg von 22,4 Prozent im Jahre 1980 bis zum Jahre 1990 um rund 10 Prozent, und die KMK prognostiziert bis zum Jahr 2000 einen weiteren Anstieg auf rund 40 Prozent, ein Anteil, der dann bis zum Jahr 2010 anhalten wird.²¹ Durch diesen Trend zu höheren Abschlüssen wird der demographisch bedingte Rückgang der Schüler an berufsbildenden Schulen zusätzlich verstärkt: Die Hochschule entwickelt sich mehr und mehr zur „Berufsschule der Zukunft“²², während die berufliche Ausbildung im dualen System von einem immer größeren Anteil der Jugendlichen buchstäblich „abgewählt“ wird. Und auch ein Teil derer, die dann doch im dualen System eine Ausbildung durchlaufen, tun dies in dem deutlichen Bewußtsein, die zweitbeste Wahl getroffen zu haben.

Auf den ersten Blick entspricht diese „Abwahl des dualen Systems“ i. S. einer Abstimmung mit den Füßen der durchaus realistischen Einschätzung, daß der Weg zu höherem Einkommen, Einflußchancen und gesellschaftlichem Ansehen den Erwerb höherer Bildungsabschlüsse zur Voraussetzung hat.²³ Dem ist so! Und durch bildungspolitische Verlautbarungen allein ist diesem Rea-

lismus vieler Eltern und Jugendlicher deshalb auch nicht „beizukommen“, folgen sie doch alle — Eltern und Jugendliche ebenso wie Bildungspolitiker und Berufsschuldirektoren — der absurden Logik eines Bonmots, das von FRIEDBURG zugeschrieben wird, der einmal gesagt haben soll: „Das Gymnasium ist grundsätzlich nur für besonders begabte Kinder geeignet und für mein eigenes.“ Angesichts dieser scheinheiligen Logik wirft LUTZ zu Recht die Frage auf, „warum eigentlich ein Jugendlicher mit einer mindestens durchschnittlichen Begabung in Zukunft Facharbeiter werden soll“.²⁴ Diese Frage wird nach seiner Meinung nicht dadurch beantwortet, „daß man sagt, die Betriebe bräuchten ihn. Dies reicht nicht aus, um Jugendliche in ausreichender Anzahl zu motivieren, dies zu tun. Dies scheint mir das Zentralproblem der Bildungspolitik für die kommenden Jahrzehnte zu sein“²⁵, stellt LUTZ fest.

Stärkung des doppelqualifizierenden Charakters beruflicher Bildung ist notwendig

Was tun? — Appelle und Verlautbarungen — soviel ist sicher — können den Trend zu höheren Abschlüssen nicht stoppen. Um ein Ausbluten des dualen Systems zu verhindern, ist vielmehr eine **dreidimensionale Reaktion** notwendig, die bildungspolitische, tarifpolitische und informationspolitische Komponenten miteinander verzahnt:

- Notwendig ist eine **intensive Information von Eltern und Jugendlichen** über die Vorzüge und Reize einzelner Ausbildungsberufe sowie Durchlässigkeit und Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten, die das Berufsbildungssystem bereits kennzeichnen. Informiert werden muß aber auch über die zunehmenden Risiken, die der (vermeintliche) Königsweg der Hochschulbildung in sich

birgt. Denn es ist kaum bekannt, daß über 20 Prozent der Studenten ihr Studium abbrechen. „Neuere Schätzungen liegen bei 25 Prozent. Ein um fünf Jahre versetzter Vergleich der Studienanfänger mit den Hochschulabsolventen zeigt übrigens, daß lediglich 70 Prozent der Studienanfänger die Hochschulprüfung erfolgreich absolvieren.“²⁶ Rechnet man dann noch den teilweise hohen Prozentsatz derer hinzu, die nach dem Studium keine oder keine adäquate Beschäftigung finden, so wird der volkswirtschaftliche Aberwitz dieses Trends vollends deutlich.²⁷

- Eine zweite Komponente der notwendigen dreidimensionalen Antwort zielt auf die **tarifpolitische Ebene**: Wenn Aufstiegs-, Einkommens- und Prestigeerwartungen für den Trend zu höheren Abschlüssen „mitverantwortlich“ sind, dann wird man diesem Trend nur wirksam begegnen können, wenn man genau diesem grundlegenden Motiv Rechnung trägt und die Einkommensmöglichkeiten neu bestimmt. Hier liegt der eigentliche Schlüssel, um einem Ausbluten des dualen Systems wirklich wirksam begegnen und eine — gesellschaftliche — Gleichwertigkeit von Allgemeinbildung und Berufsbildung wirklich herstellen zu können. Es spricht viel dafür, daß Veränderungen auf tarifpolitischer Ebene langfristig überhaupt nicht zu vermeiden sein werden. Denn selbst das Institut der Deutschen Wirtschaft stellt heute fest:

„Häufig fehlt ein plausibler Grund für gravierende Gehaltsunterschiede zwischen white- und blue-collar-Berufen. Denn Fachkräfte erbringen oft genug hochproduktive Leistungen und tragen die Verantwortung für millionenschwere Produktionsanlagen. Wir leben in einer Angestelltengesellschaft, in der der Begriff Facharbeiter unangemessen und unzeitgemäß wirkt. Die Sozialpartner sollten sich auf diesem Feld zu ebenso zukunftsweisenden Vereinbarungen zusammenfinden, wie sie es bei der gesamten Neuordnung der Ausbildungsberufe getan haben.“²⁸

- Eine dritte Komponente der notwendigen dreidimensionalen Antwort auf die verbreitete „Abwahl“ der beruflichen Bildung und das drohende Ausbluten des dualen Systems ist **bildungspolitischer Art**: Notwendig ist eine Stärkung des doppelqualifizierenden Charakters beruflicher Bildung; ich spreche bewußt **nicht** (nur) von doppelqualifizierenden Bildungsgängen, da bereits heute die berufliche Bildung immer **auch** außerfachliche und studienbefähigende Bildungswirkungen in sich birgt. Neben der Entwicklung eigenständiger doppelqualifizierender Bildungsangebote wird es in Zukunft auch stärker darauf ankommen, solche studienbefähigenden Elemente in der dualen Berufsausbildung zu stärken und zu prüfen, ob eine Öffnung der Hochschulen und Universitäten für Absolventen einer dualen Berufsausbildung nicht vielleicht doch „der kürzeste Weg“ ist, um eine (zumindest) formale Gleichwertigkeit zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung herzustellen. Denn auch bildungspolitisch gilt der Grundsatz: Berufsbildungspolitik kann nicht gelingen, wenn sie die mit Bildung verbundenen Aufstiegs motive, die — in den Augen vieler Eltern und Jugendlicher — **gegen** den beruflichen Bildungsweg sprechen, ignoriert und disqualifiziert. Berufsbildungspolitik muß vielmehr diese Motive selbst in sich aufnehmen und Bildungserfolg, soziale Anerkennung sowie gesellschaftlichen Aufstieg „durch Berufsbildung“ ermöglichen helfen.

2. Lehrermangel

Der sich abzeichnende katastrophale Lehrermangel (von bundesweit ca. 60–70 Prozent der zu besetzenden Stellen!) droht die berufsbildenden Schulen personell entscheidend zu schwächen, und zwar just in den Bereichen, in denen die betrieblichen Ausbildungskonzepte vielfach avantgardistisch sind und in denen „(. . .) sozusagen im Gegenzug der Ausbilderberuf im Augenblick einen Prozeß beschleunigter Professionalisierung durch-

läuft“.²⁹ Dieser personellen Erosion und dem damit einhergehend (drohenden) professionellen Rückstand der Berufsschule kann mit den verbreiteten Notmaßnahmen, wie z. B. der Einstellung von „Fachleuten“ (Diplom-Ingenieuren) nicht wirksam begegnet werden. Im Gegenteil: „Die fehlende pädagogische Kompetenz (solcher; R. A.) Fachleute (beeinträchtigt) auch die im Zuge der Neuordnung von Ausbildungsberufen erforderliche Betonung von allgemeinen und fachübergreifenden Lernzielen bzw. von Schlüsselqualifikationen, die nicht unter fachwissenschaftlichen Kriterien abgeleitet werden können.“³⁰ Das Dilemma, das für die berufsbildenden Schulen mit dieser Entwicklung verbunden ist, liegt darin, daß sie in einer Zeit, in der ganzheitliche Berufsbildung an Bedeutung gewinnt und zu erhöhten Anforderungen an die Professionalität von Lehrern führt, gezwungen sind, auf Personal zurückzugreifen, das selbst **nur** fachlich, also weniger ganzheitlich, qualifiziert worden ist.³¹

Eine „Bewältigung“ des für die Weiterentwicklung des dualen Systems zentralen Problems des Lehrermangels muß — ähnlich wie beim Trend zu höheren Abschlüssen — nach den eigentlichen Motiven derer fragen, die eine Lehrerausbildung heute **nicht** nachfragen. Und es sind auch hier die komparativen Nutzenvorteile der Alternativen, d. h. der anderen Studiengänge, die „zu Buche schlagen“, wie z. B. kürzere Ausbildungsdauer, höhere Anfangsgehälter, „breitere“ berufliche Verwendbarkeit, Diplomtittel als Studienabschluß usw. Auch hier gilt deshalb: Lösungen sind nicht gegen, sondern nur im Einklang mit den Motiven derer, die man ansprechen will, möglich. Im Klartext heißt das: Eine Bewältigung des Problems des Lehrermangels wird nicht ohne eine Berücksichtigung der genannten Entscheidungsfaktoren, d. h., nicht ohne eine entsprechende Aufwertung und Anreicherung des Studiums für das Lehramt an berufsbildenden Schulen gelingen können.

3. Wandel der Facharbeit

Nach GEISSLER, dem bereits erwähnten Münchner Berufspädagogen, ist mit dem Wandel der Facharbeit eine grundlegende Infragestellung und eine Erosion des dualen Systems der Berufsausbildung verbunden. Die duale Berufsausbildung entstamme nämlich einer Epoche, in der die Ausbildung in allererster Linie dazu da war, die „Einübung von einschlägigen Normen und Handlungsorientierungen“³² zu gewährleisten, Normen und Handlungsorientierungen, die internalisiert und beherrscht werden mußten, um erfolgreich Produkte herstellen zu können. Das Selbstbewußtsein, die berufliche Identität, der Facharbeiter ist deshalb auch heute noch entscheidend geprägt durch den Stolz auf die eigenen handwerklichen Fähigkeiten und Fertigkeiten, kurz: auf den Beruf. Doch dieses Selbstbewußtsein werde vor dem Hintergrund der sich in den Fabriken vollziehenden technischen und qualifikatorischen Wandlungen „am Ende unseres Jahrhunderts (. . .) zunehmend brüchiger“.³³ GEISSLER zitiert als Beleg für die Antiquiertheit dieses handwerklichen Modells einer „Berufserziehung unter der Idee des Herstellens“³⁴ u. a. eine Studie aus dem Sonderforschungsbereich der Universität München zu den „Entwicklungsperspektiven von Arbeit“, in der festgestellt wird: „Weit weniger als an der konventionellen Maschine ist es also an der CNC-gesteuerten Maschine für die Arbeitskräfte möglich, mit ihr wie mit einem Werkzeug, das in den Eigenvollzug des Arbeitenden eingeht, zu arbeiten. Man arbeitet nicht mit, sondern eher an der Maschine.“³⁵

Nach der „zerfallsgeschichtliche(n) Deutung“³⁶, die GEISSLER anbietet, ergibt sich aus diesem Wandel der Facharbeit in doppelter Hinsicht ein „Substanzverlust“³⁷ der dualen Berufsausbildung. Er stellt fest: „Die für den (handwerklichen) Ausbildungsprozeß typische Integration einzelner Fähigkeiten und Fertigkeiten (Qualifikationen) findet innerhalb der industriellen Arbeit keine Kor-

respondenz mehr. (. . .) Permanente Flexibilität, forcierte Mobilität und lebenslanger Qualifikationserwerb lassen fürs Subjekt eine lebensgeschichtliche Ein- und Rückbindung von Fähigkeiten und Fertigkeiten zunehmend weniger zu. (. . .) Die Qualifikations-Collage“ — so GEISSLER — „braucht den Beruf, wenn überhaupt, nur noch als Illusion.“³⁸ Der Wandel der Facharbeit führt nach dieser Deutung zu Tendenzen, die sowohl den Beruf als auch die Bildung für die Berufsausbildung im dualen System überflüssig werden lassen, womit zwei zentrale Begründungssäulen, die dieses System bislang trugen, wegzubrechen scheinen: „Das entwickelte Industriesystem — und die Menschen in diesem — fragen nicht nach mehr Bildung, um die Welt und sich in dieser Welt einzurichten, sie fragen“ — so GEISSLER — „nach rasch erneuerbaren Spezialqualifikationen und nach Fähigkeiten, sich auf die immer neuen Veränderungen immer wieder neu einzustellen, um die Welt immer schneller zu erneuern, ohne Ziel, ohne Zweck, ohne Ende (. . .).“³⁹ Soweit der Skeptiker GEISSLER.

GEISSLER hat nur teilweise Recht, weil er nicht auch die Frage untersucht, ob dem „Substanzverlust“⁴⁰, den er für das duale System diagnostiziert, nicht möglicherweise ein Substanzgewinn korrespondiert. Ein solcher Substanzgewinn schlummert m. E. in dem Konzept der Schlüsselqualifikationen, in dem auch eine neue Bezeichnung für das gesehen werden kann, was früher als Bildung bzw. genauer als Persönlichkeitsbildung konzipiert worden war; diese wird allerdings heute nicht mehr nur von der akademischen Berufsbildungstheorie gefordert, sondern vielmehr von dem Wandel der Facharbeit selbst! Hierin liegt die eigenartige Dialektik, um nicht zu sagen die Paradoxie des Konzeptes der Schlüsselqualifikationen. Die unveränderte Notwendigkeit, vor die sich die Betriebe gestellt sehen, nämlich die Notwendigkeit, die Qualifikation der Mitarbeiter an die technische Entwicklung „anzupassen“, erfordert von ihnen (den Betrieben),

daß sie ihre Mitarbeiter in einer Weise qualifizieren, die die zugrunde liegende Anpassungsabsicht selbst konterkariert. Erfolgreiche Qualifikationsanpassung gelingt heute nämlich nur noch dann, wenn es auch gelingt, den Arbeitskräften mehr zu vermitteln als angepaßte Qualifikationen bzw. mehr als Qualifikationen zur Anpassung an bekannte Anforderungen. Diese Paradoxie der Schlüsselqualifikationen ist Ausdruck der Tatsache, daß die „Qualifizierung als Anpassung an eine gegebene Technik und eine statische Arbeitsorganisation“ in der Fabrik der Zukunft an Bedeutung verliert.⁴¹ Schlüsselqualifikationen zielen immer auf eine nicht begrenzbare Qualifikationsdimension. Es ist deshalb gerade nicht ein Ende der Bildung, welches mit dem Wandel der Facharbeit einhergeht; Facharbeit wird durch das Konzept der Schlüsselqualifikationen vielmehr erstmals wirklich um eine Bildungsdimension „angereichert“. Und ist es völlig abwegig, zu erwarten, daß davon letztlich auch ein Berufsausbildungssystem profitieren kann, daß schon immer dadurch charakterisiert war, daß es eigens einen pädagogischen Lernort, die Berufsschule, „vorsieht“, in dem die Persönlichkeitsbildung als Pendant zur fachlichen Tüchtigkeit entwickelt werden soll?

4. Neuordnung und Verbetrieblichung der Berufsbildung

Doch ist es wirklich das duale System als Ganzes, das von dieser Renaissance des Bildungsanliegens in der Berufsbildung profitiert? Oder ist es nicht eher „nur“ der Lernort Betrieb, der einen Professionalisierungs- und Pädagogisierungsschub erhält? GRÜNER hat bereits 1985 den drohenden Bedeutungsverlust der Berufsschule beklagt und darauf hingewiesen, daß typische Ausbildungsinhalte in den neuen Ausbildungsordnungen der betrieblichen Ausbildung zugeschlagen werden.⁴² Diese Tendenz sowie das Experimentieren mit neuen betrieblichen Ausbildungsmethoden haben sicherlich auch zu ei-

ner „Erweiterung des betrieblichen Bildungsverständnisses“⁴³ geführt und auch einer weiteren „Verbetrieblichung von Qualifizierung“⁴⁴ Vorschub geleistet, wenn auch nicht mit der Konsequenz, daß man — wie GRÜNER dies tut — von der „nun eigentlich nicht mehr erforderlichen Berufsschule“⁴⁵ sprechen kann. Es gibt zudem auch ganz entgegengesetzte Einschätzungen, die damit rechnen, daß die „Verschulungsschübe durch die Verbreitung der neuen Technologien“ langfristig dazu führen werden, „(. . .) daß dieses verschulte Lernen ganz Sache der Berufsschulen bzw. Fachschulen ist, die ja auch sachlich und methodisch sehr viel besser dazu in der Lage sind als Wirtschaftsbetriebe, deren Aufgabe es ja nicht sein kann, nebenher ganze Schulen zu betreiben“.⁴⁶ Diese beiden gegensätzlichen Einschätzungen der zukünftigen Bedeutung der Berufsschule stimmen doch in einem immerhin überein: Die traditionelle Aufgabenverteilung zwischen der Berufsschule und dem Betrieb, derzufolge die fachpraktische Qualifizierung im Betrieb und die fachtheoretische Ausbildung — überwiegend — in der Berufsschule erfolgt, ist nicht länger aufrechtzuerhalten. Doch ergibt sich hieraus automatisch ein Bedeutungsverlust der Berufsschule? Oder ist es nicht vielmehr so, daß jede einzelne Berufsschule ihre jeweilige Rolle selbst finden muß, und zwar in einem sich regional-, branchen-, betriebs- und berufsgruppenspezifisch sehr unterschiedlich darstellenden Kooperationsgefüge schulischer und betrieblicher Lernorte?

In der Praxis hat sich bereits eine Vielzahl neuer Formen der Arbeitsteilung zwischen Berufsschule und Betrieb herausgebildet, „und zu den beiden Lernorten Arbeitsplatz und Berufsschule sind inzwischen weitere Lernorte hinzugekommen, wie Lehrwerkstatt, innerbetrieblicher Unterricht sowie überbetriebliche Ausbildungsstätte. (. . .) Die klassische Form der Ausbildung — am Arbeitsplatz und in der Berufsschule — findet man daher nur noch in einem Drittel der Ausbildungsbetriebe. Je nach Ausbildungs-

beruf bzw. Betriebsgröße gibt es allerdings erhebliche Unterschiede bei der Nutzung von zusätzlichen Lernorten.“⁴⁷

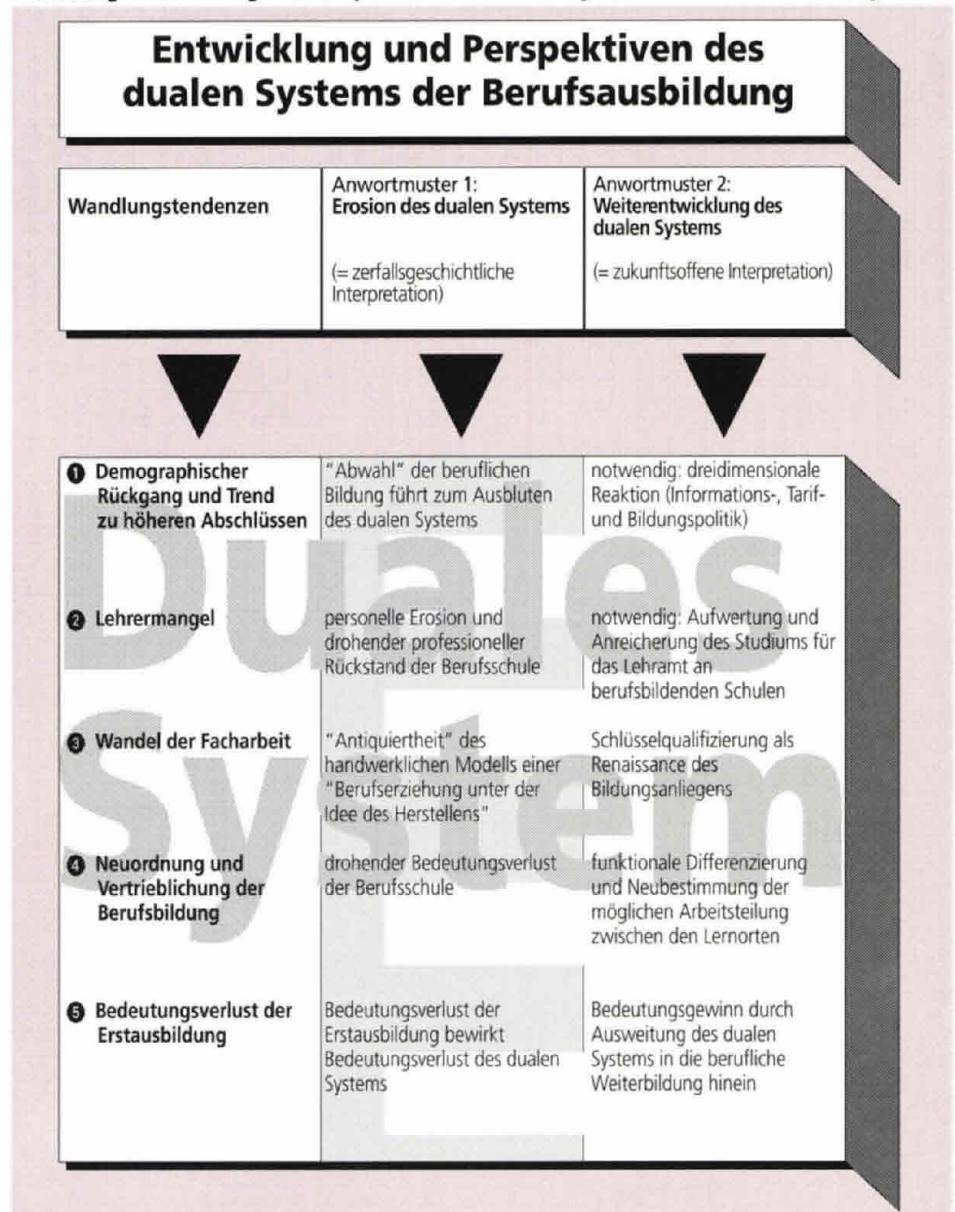
So konnte z. B. nach einer 1988 veröffentlichten BIBB-Untersuchung „(. . .) ein angehender Bankkaufmann in 70 Prozent der Ausbildungsbetriebe, ein Versicherungskaufmann in 68 Prozent, ein Elektroinstallateur jedoch nur in 19 Prozent und ein Bäcker gar nur in ein Prozent der Ausbildungsbetriebe damit rechnen, im Betrieb Zusatzunterricht zu erhalten.“⁴⁸

Nicht ein einseitiger Bedeutungsverlust der Berufsschule ist demnach für die Zukunft des dualen Systems kennzeichnend, sondern eine funktionale Differenzierung und Neubestimmung der **möglichen** Rollen, die die dualen Partner in diesem System spielen können. Es wird — wie bereits erwähnt — unterschiedliche Szenarien geben, auf deren mögliche Vielfalt hier nur einige Hinweise gegeben werden können:

- So differiert die mögliche Arbeitsteilung zwischen Schule und Betrieb sicherlich in Abhängigkeit von der Betriebsgröße: Während sich die Berufsschule in der Kooperation mit Großbetrieben stärker auf die Vermittlung von überbetrieblichen Qualifikationen und die Fortführung der Allgemeinbildung beschränken kann, muß sie in der Kooperation mit Handwerks- und Kleinbetrieben neben dem fachtheoretischen und allgemeinbildenden Unterricht auch eine fachpraktische Teilausbildung (neue Techniken) gewährleisten.⁴⁹

- Feststellbar ist jedoch auch eine gewisse didaktische Annäherung der dualen Partner, denn mit der zunehmenden theoretischen Aufladung z. B. der Berufsqualifikationen eines Industriemechanikers oder Industrieelektronikers können Fertigkeiten und Kenntnisse zunehmend nur mit einer gleichzeitigen theoretischen Durchdringung (im Betrieb) vermittelt werden, während umge-

Abbildung: Entwicklung und Perspektiven des dualen Systems der Berufsausbildung



kehrt „eine komplexer werdende Theorie in der Berufsschule der unmittelbaren handlungsmäßigen Umsetzung (bedarf), um vermittelbar zu bleiben“.⁵⁰

- Schließlich wächst der Berufsschule auch bereits in einigen Bereichen die Aufgabe der Bewahrung von Wissens- und Fertigungsbeständen zu, die im betrieblichen Alltag nicht mehr ohne weiteres zugänglich sind, die jedoch als Fertigkeiten durchaus unter verschiedenen Bedingungen nach wie vor ihre Bedeutung haben.⁵¹

5. Bedeutungsverlust der Erstausbildung

Eine weitere These der „zerfallsgeschichtliche(n) Deutung“⁵² der Zukunft des dualen Systems knüpft an die soziologische Beobachtung an, daß die Erwerbsarbeit allmählich aufhöre, „organisierendes Zentrum der Lebensstätigkeit, der sozialen Fremd- und Selbsteinschätzung und der moralischen Orientierung zu sein“.⁵³ Wenn dem so ist — so die These vom Bedeutungsverlust der Erstausbildung —, „dann wird auch die Aus-

bildung für die Erwerbsarbeit an Wichtigkeit verlieren“.⁵⁴ Die berufliche Erstausbildung büßt dabei viel von ihrer identitätsstiftenden und den Lebenslauf orientierenden Funktion ein, und sie verliert „ihre vorherrschende Stellung in der beruflichen Bildung“: „Die Ausbildung ist (nur noch) die Voraussetzung für den Start beim Karriererennen. (. . .). Die für die Ausübung einer Berufstätigkeit notwendigen aktuellen Qualifikationen werden daher nicht mehr in der Ausbildung, sondern in der Weiterbildung vermittelt“⁵⁵, so die Argumentation derer, die mit dem Bedeutungsverlust der Erstausbildung auch eine Schwächung des dualen Systems verbunden sehen.

Das duale System kann seine Zukunft sichern und sich weiterentwickeln

Nun kann man sicherlich auch bezweifeln, ob dieser Bedeutungsverlust der Erstausbildung sich wirklich in allen Ausbildungsbereichen in dieser Deutlichkeit darstellt. Und bezweifelt werden kann m. E. auch, ob der „Lehrabschluß“ wirklich jemals ein „Abschluß“⁵⁶ gewesen ist, so daß die Einschätzung, daß „(man) durch eine Berufsausbildung heutzutage nichts mehr (ist) — im Gegensatz zu früher —“, man könne „damit nur etwas werden“⁵⁷, eigentlich nichts Neues beinhaltet. Denn wie auch ältere Mobilitätsstatistiken zeigen, ist der Lehrabschluß niemals nur ein „Abschluß“ gewesen.⁵⁸ Gleichwohl ist nicht zu übersehen, daß die berufliche Weiterbildung im Verhältnis zur Erstausbildung in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen hat. Hieraus einen Bedeutungsverlust des dualen Systems ableiten zu wollen, ist allerdings nur möglich, wenn man das duale System selbst bloß selektiv — als ein System der Erstausbildung — wahrnimmt. Doch ergibt sich aus der wachsenden

Bedeutung der Weiterbildung nicht zwangsläufig als einzig mögliche Folgerung, daß sich auch das duale System noch stärker als bisher in die Aufgabe der beruflichen Weiterbildung hineinentwickeln muß und gerade hierin eine besondere Zukunftsperspektive des dualen Systems gesehen werden kann? Berufliche Schulen sind aufgrund ihrer Einbindung in die lokale Wirtschaftsstruktur und aufgrund ihrer Kooperationserfahrungen mit den Betrieben der Region auch in der Weiterbildung geeignetere — duale — Partner für die Betriebe als kommerzialisierte Weiterbildungsträger.⁵⁹ Und auch in ihrer Eigenschaft als „staatliche, öffentliche Institution“ erweist sich die Berufsschule als der geeignete Lernort, um Schulabschlußberechtigungen nachzuliefern, Nachhol- und Umschulungsausbildungen zu fördern, aktuelle Defizite bezüglich einer veralteten oder unzureichenden Erstausbildung auszugleichen, aber gleichfalls um im „dualen System“ Ausgebildeten eine berufliche Aufstiegsweiterbildung zu Meistern, Technikern, technischen Assistenten oder ähnlichen Abschlüssen zu gewährleisten. Mit Hilfe der Berufsschule läßt sich eine Einheit von Aus- und Weiterbildung herstellen, ein effizienter, durchgängiger Prozeß lebenslangen Lernens für Absolventen nichtakademischer Berufe initiieren.⁶⁰

Fazit

Das duale System i. S. der heute vorherrschenden komplexen Mischstruktur von Lernorten und Steuerungselementen sieht sich fünf grundlegenden Wandlungen ausgesetzt, denen allerdings mit konstruktiven und zukunftsorientierten „Reaktionen“ begegnet werden kann:

- So ist angesichts des verbreiteten Trends zu höheren Abschlüssen eine dreidimensionale Reaktion auf bildungspolitischer, tarifpolitischer und informationspolitischer Ebene notwendig.

- Der drohende Lehrermangel erfordert eine Aufwertung und Anreicherung des Studienganges für das Lehramt an berufsbildenden Schulen.

- Der Wandel der Facharbeit bringt mit dem Konzept der Schlüsselqualifizierung eine Renaissance des Bildungsanliegens mit sich, von dem auch der pädagogische Lernort des dualen Systems, die Berufsschule, profitieren kann.

- Nicht ein Bedeutungsverlust der Berufsschule, sondern eine funktionale Differenzierung und Neubestimmung der möglichen Arbeitsteilung zwischen den Lernorten ist angezeigt.

- Und schließlich kann das duale System seine Bedeutung sichern, stabilisieren und erhöhen, indem es auch stärker in die Aufgabe der beruflichen Weiterbildung hineinwächst, und sich die berufsbildenden Schulen (auch) als Weiterbildungseinrichtungen und die in ihnen tätigen Lehrer (auch) als Erwachsenen- und Weiterbildner verstehen.

Das duale System der Berufsausbildung hat somit seine Zukunft durchaus nicht hinter sich. Es kann seine Zukunft vielmehr durch die aufgezeigten Reaktionsmöglichkeiten und Gestaltungsformen sichern und sich selbst weiterentwickeln.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Drazan, R. u. a.: *Berufsbildung in Osteuropa. Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik*. Nr. 174, Köln 1992

² zitiert nach Arnold, R. u. a.: *Betriebspädagogik*. Berlin 1990, S. 148

³ Vgl. Kutscha, G.: *Das duale System der Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland — ein auslaufendes Modell?* In: *Die berufsbildende Schule*, Heft 3 (1992), S. 149

⁴ Vgl. Arnold, R.: *Das duale System. Ein Modell für den Aufbau leistungsfähiger Berufsbildungssysteme in Entwicklungsländern?* In: *Zeitschrift für internationale erziehungs- und sozialwissenschaftliche Forschung* 2(1985)2, S. 343—369

Vgl. Lipsmeier, A.: Das System der beruflichen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland — seine Vor- und Nachteile im EG-Binnenmarkt. In: Arnold, R.; Lipsmeier, A.: Berufspädagogik in nationaler und internationaler Perspektive. Baden-Baden 1989, S. 343—369

Vgl. ders.: Ist das duale System ein brauchbares Modell zur Überwindung der Berufsbildungsprobleme in den Ländern der Dritten Welt? In: Arnold, A. (Hrsg.): Berufliche Bildung und Entwicklung in den Ländern der dritten Welt. Baden-Baden 1989, S. 123—151

Vgl. Maslankowski, W.: Ohne die Betriebe geht es nicht. Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen einer stärkeren Auszubildendenbeteiligung der nationalen Betriebe. In: Arnold, A. (Hrsg.): Berufliche Bildung . . . , a. a. O., S. 141—151

⁵ zitiert nach Lipsmeier, A.: Das System der beruflichen . . . , a. a. O., S. 355

⁶ Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Berufsbildungsbericht 1991. Schriftenreihe Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft. Nr. 28, Bonn 1991, S. 5

⁷ Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Berufsbildungsbericht 1992. Schriftenreihe Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft. Nr. 31, Bonn 1992, S. 7

⁸ Vgl. Arnold, R. (Hrsg.): Berufliche Bildung und Entwicklung . . . , a. a. O.

⁹ Greinert, W.-D.: Auf dem Weg zum Marktmodell? — Bemerkungen zur herausziehenden Krise der dualen Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Harney, K.; Pätzold, G. (Hrsg.): Arbeit und Ausbildung. Wissenschaft und Politik. Frankfurt a. M. 1990

¹⁰ Geißler, Kh. A.: Das duale System der industriellen Berufsausbildung hat keine Zukunft. In: Leviathan, 1/1991, S. 69

¹¹ Greinert, W.-D.: Auf dem Weg . . . , a. a. O., S. 275

¹² Vgl. Twardy, M. (Hrsg.): Duales System zwischen Tradition und Fortschritt. Köln 1991

¹³ Vgl. Kutscha, G.: Das duale . . . , a. a. O., S. 149

¹⁴ Ebenda, S. 150

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 149

¹⁶ Geißler, Kh. A.: Das duale System . . . , a. a. O., S. 69

¹⁷ Vgl. Gonon, P.: Die Zukunft der Berufslehre. In: Berufsbildung — Weiterbildung — Diskussion, Nr. 18/1992, S. 4—5

¹⁸ Schlaffke, W.: Duales System droht auszubluten. In: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 30. Juli 1992. Köln 1992, S. 2

¹⁹ Vgl. Grund- und Strukturdaten 1991/1992, hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Bonn 1992, S. 21

²⁰ Gruschka, A.: Gesellenbrief oder Diplom — sie wollen beides. Zur Lage der Lehrlingsausbildung und der Notwendigkeit einer Bildungsreform in der Oberstufe. In: Frankfurter Rundschau Nr. 95 vom 23. 4. 1992

²¹ Vgl. Kultusministerkonferenz (Hrsg.): Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 2010. Heft 116. Bonn 1991, S. 34

²² Bader, R.: Hochschule — die Berufsschule der Zukunft? In: Die berufsbildende Schule, 43(1991)10, S. 573

²³ Vgl. Middendorf, W.: Duale Berufsausbildung für eine Minderheit? Überlegungen zu den Ursachen und Folgen

eines gesellschaftlichen Phänomens. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 88(1992)6, S. 511—514

²⁴ Lutz, B.: Aussagen lt. stenographischem Protokoll der öffentlichen Anhörung der 15. Sitzung der Enquete-Kommission: Zukünftige Bildungspolitik — Bildung 2000 am 15. 2. 1989. Bonn 1989

²⁵ Ebenda

²⁶ Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Berufsbildungsbericht 1992. . . , a. a. O., S. 9

²⁷ Vgl. Middendorf, W.: Duale Berufsausbildung . . . , a. a. O., S. 10

²⁸ Schlaffke, W.: Duales System . . . , a. a. O., S. 2

²⁹ Greinert, W.-D.: Auf dem Weg . . . , a. a. O., S. 279

³⁰ Bonz, B.: Lehrerbildung für berufliche Bildung. In: BWP 21(1992)4, S. 10

³¹ Vgl. Arnold, R.: Reflexive Lehrerbildung. Aktuelle Tendenzen und notwendige Ansätze der Gewerbelehrerbildung. In: Die berufsbildende Schule 44(1992)1, S. 24

³² Vgl. Geißler, Kh. A.: Das duale System . . . , a. a. O., S. 71

³³ Ebenda

³⁴ Ebenda

³⁵ Böhle, F.: Sinnliche Wahrnehmung und Erfahrungswissen im modernen Arbeitsprozeß. In: Mitteilungen aus dem Sonderforschungsbereich 333 der Universität München. München 1990, S. 491

³⁶ Vgl. Kutscha, G.: Das duale . . . , a. a. O., S. 149

³⁷ Vgl. Geißler, Kh. A.: Das duale System . . . , a. a. O., S. 74

³⁸ Ebenda, S. 72

³⁹ Ebenda

⁴⁰ Ebenda, S. 74

⁴¹ Vgl. Rauner, F.: Anmerkungen für eine prospektive Berufsbildung für die neue Fabrik. In: Laur-Ernst, U. (Hrsg.): Neue Fabrikstrukturen — veränderte Qualifikationen. Berlin 1990, S. 54

⁴² Vgl. Grüner, G.: Die Neuordnung der industriellen Metallberufe. In: Die berufsbildende Schule, 37(1985), S. 505—508

⁴³ Vgl. Kruse, W. u. a.: Berufsausbildung im Wandel — neue Aufgaben für die Berufsschule. Gutachten im Auftrag der Max-Träger-Stiftung. Frankfurt a. M. 1989, S. 32

⁴⁴ Vgl. Georg, W.: Marktmodell Japan — Thesen zur Verbetrieblichung beruflicher Qualifizierung. In: Arnold, A.; Lipsmeier, A. (Hrsg.), a. a. O., S. 391—408

⁴⁵ Vgl. Grüner, G.: Die Neuordnung der industriellen . . . , a. a. O., S. 506

⁴⁶ Brater, M.; Büchele, U.: Neue Technologien und arbeitsbezogene Ausbildung. Erfahrungen aus dem Modellversuch der Wacker-Chemie. In: Koch, R. (Hrsg.): Technischer Wandel und Gestaltung der beruflichen Bildung. Forschungsergebnisse, Modellversuche, Perspektiven. Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für Berufsbildung. Berlin 1988, S. 81

⁴⁷ Wittwer, W.: Berufliche Bildung im Wandel. Konsequenzen für die betriebliche Ausbildung. Weinheim und Basel 1992, S. 38

⁴⁸ Ebenda

⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 43

⁵⁰ Schelten, A.: Einführung in die Berufspädagogik. Stuttgart 1991, S. 53

⁵¹ Vgl. Gonon, P. u. a.: Arbeitsschule und Qualifikation. Bern 1992, S. 257ff.

⁵² Kutscha, G.: Das duale . . . , a. a. O., S. 145—156

⁵³ Offe, C.: „Arbeitsgesellschaft“ — Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frankfurt a. M. 1989, S. 7

⁵⁴ Geißler, Kh. A.: Das duale System . . . , a. a. O., S. 74

⁵⁵ Geißler, Kh. A.; Wittwer, W.: Die Entwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung — sechs Thesen. In: Arnold A.; Lipsmeier, A. (Hrsg.) a. a. O., S. 94

⁵⁶ Vgl. Geißler, Kh. A.: Das duale System . . . , a. a. O., S. 75

⁵⁷ Ebenda

⁵⁸ Münch, J.: Duales System — ein Exportartikel? Unveröffentlichtes Manuskript. Kaiserslautern 1992

⁵⁹ Vgl. Hergert, K. H.: Duales System in der beruflichen Weiterbildung. Chance zur Beseitigung qualitativer und quantitativer Engpässe. In: Gestaltung der Zukunft durch Berufsbildung. 40 Jahre „Die berufsbildende Schule“. Sonderheft der Zeitschrift „Die berufsbildende Schule“. Wolfenbüttel 1989, S. 44—49

⁶⁰ Pukas, D.: Zur Rolle der Berufsschule im auslaufenden 20. und beginnenden 21. Jahrhundert. In: BWP 19(1990)2, S. 10

Forschungsseminar zu den Herausforderungen an die duale Ausbildung

Laszlo Alex

Dr., Leiter der Hauptabteilung 1 „Strukturforschung, Planung, Statistik“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin und Bonn



Uta Landsberg

wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung 6.3 „Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS)“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin



Die aktuellen Herausforderungen der dualen Berufsausbildung standen im Mittelpunkt des zum viertenmal durchgeführten Seminars der Berufsbildungsforschungsinstitute in den deutschsprachigen Ländern, das im Frühjahr 1992 im Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin stattfand. Die Teilnehmer aus der Schweiz, Österreich und Deutschland sowie Gäste aus der CSFR, Polen, Ungarn und Südtirol haben in einem Ländervergleich die jeweilige Entwicklung der dualen Ausbildung analysiert sowie länderübergreifend wesentliche Merkmale dieser Ausbildung diskutiert.

In einer generellen Einschätzung des dualen Systems wurde seitens des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) betont, daß sich das duale System in Zeiten einer hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen bewährt habe, bei zurückgehender Nachfrage jedoch Probleme sichtbar werden, die wohl in erster Linie in der Konkurrenz zu schulisch/akademischen Bildungsgängen begründet seien. Vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) wurde diese Aussage dahingehend präzisiert, daß nicht das duale System sich im härteren Wettbewerb befindet, sondern es vielmehr einen Wettbewerb um die mit den jeweiligen Abschlüssen erreichbaren Arbeitsplätze und Karrieren gebe. Auch mit Blick auf den Europäischen Binnenmarkt setze sich der Widerspruch fort: Als Ausbil-

dungssystem genieße das duale System ein hohes Prestige, bei der Besetzung höherwertiger Arbeitsplätze werden jedoch den Absolventen meist geringere Chancen als schulisch Ausgebildeten eingeräumt.

Ländervergleich

Die Aussage, daß sich das duale System in der Krise befinde, wird vor allem von den Teilnehmern aus Österreich vertreten. Die Entwicklung sei irreparabel, das duale System werde zunehmend nur noch von den schwächeren Schülern gewählt, denen keine andere Möglichkeit (schulische Berufsausbildung, weiterführender Schulbesuch) mehr bleibt — der Zugang also sei negativ selektiert, die Lehrberufe selbst seien segmentiert, es gebe nach Lehrabschluß keine oder nur ungenügende Ausbildungsflexibilität, und Aufstiegschancen, z. B. die Fachhochschulen, seien gerade verschlossen worden. Eine im Alter von 14 Jahren getroffene Berufswahlentscheidung sei später kaum korrigierbar. Ein anhaltender Bedarf an betrieblich ausgebildeten Arbeitskräften wird allerdings auch für Österreich bestätigt.

Aus Schweizer Sicht ist die Lage des dualen Systems nicht ganz so problematisch. Zurückgeführt wird die Situation darauf, daß in der Führungshierarchie der Unternehmen der Hochschulabschluß gegenüber der Ausbildung im dualen System nicht so stark überwiegt. Ein Hochschuldiplom erhöhe lediglich die Einstiegschancen in eine normale berufliche Karriere. Die Balance in den Füh-

rungetagen zwischen Akademikern und betrieblich aufgestiegenen Arbeitskräften sei bis jetzt weitgehend ausgeglichen.

Diese Balance beginne allerdings in der jüngsten Zeit mit möglichen Folgen für die bisher hohen Zugangsquoten in die duale Ausbildung von 80 Prozent eines Jahrganges zu wanken. Maßgeblich dafür sind vor allem der verstärkte Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken, der wirtschaftliche Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft sowie die strukturelle Entwicklung des Bildungswesens in romanischen Ländern, die auch für die Westschweiz gilt.

Die Bewältigung der Probleme sehen die Schweizer Kollegen in einem Wandel des bisherigen Systems. Zentrale Ziele der klassischen Allgemeinbildung wie Fremdsprachen, Kommunikationsfähigkeit etc. greifen auch auf die Berufsbildung über und bedingen dort eine Umverteilung zwischen schulischer bzw. schulmäßiger Ausbildung und Ausbildung am Arbeitsplatz zugunsten der ersteren. Die Einführung der Berufsmittelschulen mit Berufsmatura und der speziellen Lehre für Abiturienten könnten weitere Antworten sein. Auch die Erleichterung des Zugangs zu Fachhochschulen für die Absolventen des dualen Systems könne zur Steigerung der Attraktivität der betrieblichen Ausbildung beitragen.

Die Beurteilung der Lage in der Bundesrepublik Deutschland begann mit einem Rückblick auf die 60er Jahre: Drei Viertel der Schulabgänger kamen damals aus der Hauptschule; die Lehre wurde den besseren Schülern vorbehalten, 200 000 Jugendliche fanden Jahr für Jahr keine Lehrstelle. Heute kommen zwei Drittel der Schulabgänger nicht aus der Hauptschule; Realschulabsolventen und Abiturienten haben hinsichtlich der Berufswahlentscheidung eine wesentlich breitere Option als Hauptschüler. Bis vor kurzem haben viele von ihnen eine duale Ausbildung gewählt; heute tendieren sie zu-

nehmend zu einer schulischen/hochschulischen Ausbildung. Dabei sei diese Entscheidung angesichts der Signale des Arbeitsmarktes, wie insbesondere Mitarbeiter des IAB betonten, rational. Hochschulabsolventen haben eine deutlich höhere Einkommenserwartung als Absolventen des dualen Systems, sie unterliegen außerdem erheblich geringeren Beschäftigungsrisiken und schneiden hinsichtlich der Zufriedenheit im Beruf wesentlich günstiger ab. Letzteres hängt auch mit ihren deutlich besseren Weiterbildungs- und Aufstiegschancen zusammen. Zur Beeinträchtigung des Images der dualen Ausbildung bei den Jugendlichen trug auch bei, daß in der Vergangenheit die Realisierung der Berufswünsche durch die konjunkturellen und sektoralen Abhängigkeiten des betrieblichen Ausbildungsangebotes viel stärker beeinträchtigt wurde als die Studienwünsche durch die Reglementierungen im Hochschulbereich.

Trotz des Trends zu höheren Schulen und des veränderten Bildungsverhaltens von Schulabgängern aus dem Sekundarbereich II sei ein größerer Gewichtsverlust des dualen Systems in absehbarer Zeit nicht zu befürchten. Auch wenn der Facharbeiterbedarf nach übereinstimmender Meinung von IAB und BIBB kaum noch nennenswert wachsen wird, gibt es bei einem beinahe 60prozentigen Anteil der Fachkräfte an den Erwerbstätigen einen hohen Ersatzbedarf und damit auch eine anhaltend hohe Nachfrage nach Ausgebildeten. Dies dürfte das Bildungsverhalten der Schulabgänger aus dem Sekundarbereich I positiv beeinflussen und zur Aufrechterhaltung der hohen, um die 90 Prozent liegenden Nachfragequote (Übergangsquote) beitragen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Einkommenssituation der dual ausgebildeten Fachkräfte nicht weiter absinkt im Vergleich zu den akademisch Ausgebildeten. Allerdings verändert sich der Kreis der Auszubildenden: Ausländische Jugendliche aber auch lernschwächere Jugendliche werden einen größeren Anteil haben. Quantitativ be-

deutet all das, daß die Nachfrage im kommenden Jahrzehnt zwar erheblich hinter den Spitzenjahren der 80er zurückbleibt, aber nicht unter die bereits recht hohen Zahlen der 70er Jahre zurückfällt.

Berufsschule

Aus der Sicht der deutschen Teilnehmer betrifft die Herausforderung an das duale System in der Bundesrepublik nicht nur die betriebliche, sondern auch und vielmehr die schulische Seite. Während auf der betrieblichen Seite im letzten Jahrzehnt eine erhebliche Qualitätsverbesserung eingetreten sei, sei diese auf der Seite der Berufsschulen weitgehend ausgeblieben. Zu der vielfach ungenügenden sächlichen und personellen Ausstattung der Berufsschulen, die auch für den hohen Ausfall von Unterrichtsstunden verantwortlich ist, kommt eine prekärer werdende Nachwuchssituation hinzu, die für das kommende Jahrzehnt eine personelle Verbesserung kaum erwarten läßt. Man kann angesichts dieser Entwicklung den Ausdruck „duales System“ in Frage stellen, und wie ein BIBB-Teilnehmer formulierte, besser von einer „betrieblichen Ausbildung mit schulischer Ergänzung“ sprechen.

Aber nicht nur die Unterrichtsausfälle in den Berufsschulen, sondern auch die mangelnde Kooperation zwischen den Lernorten Schule und Betrieb beeinträchtigen die Ausbildung. Dabei beschränken sich diese Probleme nicht nur auf den Bereich der Kleinbetriebe.

Die ungünstige deutsche Bewertung der Berufsschule wird von seiten der Schweiz nicht geteilt. Die Berufsschulen treten in der Schweiz als gleichwertige Partner in der Ausbildung auf, was nach Meinung der schweizerischen Kollegen auch damit zusammenhängt, daß die Curricula für die Betriebe und Schulen von der gleichen Stelle geregelt werden. Der Fachunterricht in der Berufsschule genießt bei den Schülern eine

hohe Wertschätzung, dies dürfte vor allem daran liegen, daß der größere Teil des Unterrichts von Praktikern als nebenamtlichen Lehrkräften durchgeführt wird. Schließlich trägt zur höheren Wertschätzung der Berufsschule vermutlich auch der Tatbestand bei, daß sie in der Schweiz anders als in Deutschland der größte Träger von Weiterbildung sind. Nicht ohne Einfluß auf die ausreichende Ausstattung der schweizerischen Berufsschulen dürfte darüber hinaus die im internationalen Vergleich außerordentlich günstige Besoldungssituation der Berufsschullehrer sein, die durchaus dem Wettbewerb mit der Industrie standhält.

Ausbildungsbedarf

Die Diskussion um den Ausbildungsbedarf insbesondere im Handwerk und in Kleinbetrieben zeigte den besonderen Beschäftigungsaspekt von Lehrlingen für diesen Bereich: Im ersten Lehrjahr ist er als Ungelernter, im zweiten als Angelernter und im dritten als Fachkraft zu sehen und wird auch entsprechend eingesetzt. Statistische Untersuchungen in der Bundesrepublik zeigen, daß die starke Erhöhung der Auszubildendenzahlen im Handwerk häufig durch einen Rückgang der Beschäftigtenzahlen begleitet war. Angesichts dieses Sachverhaltes und der hohen Wechselquoten (geringe Verbleibdauer) nach Ausbildungsabschluß vertritt man die Meinung, daß für diesen Bereich zwischen Lehrlingsmangel und Fachkräftemangel zu unterscheiden ist.

Im Zusammenhang mit der These, daß geringe Verbleibdauer im Ausbildungsberuf und -betrieb den Bedarf an Auszubildenden erhöhe, wurde das Thema Berufswechsel erörtert. Man war sich einig darüber, daß Berufswechsel als solcher weder ein positiver noch ein negativer Tatbestand sei. Das duale System hat die Aufgabe, für eine Vielzahl von Erwachsenenberufen zu qualifizieren, für die es keinen anerkannten Ausbildungs-

beruf gibt, z. B. Kraftfahrer, Hausmeisterverwalter. Nicht verkannt wird allerdings, daß die frühere starke Spezialisierung in der Ausbildung, die sich auch in der hohen Zahl der Ausbildungsberufe niederschlug, eher zu einem Wechsel der Berufe führte, als die Ausbildung in den heute bevorzugten Grundberufen. Man war sich allerdings der terminologischen und definitorischen Schwierigkeiten bei der Abgrenzung des Berufswechsels bewußt. Ausbildungsberufe, die nach dem Konstrukt der breiten Grundberufe mit gemeinsamer Basisausbildung entstanden sind, ermöglichen ein leichteres Umsteigen in Nachbarberufe. Ist das dann ein Berufswechsel?

Neue Berufe

Von verschiedenen Diskussionsteilnehmern wurde das Fehlen neuer Berufe im dualen System insbesondere im Dienstleistungsbereich bemängelt. Vertreter aus der Schweiz betonten, daß generell Berufe fehlten, die den Anforderungen des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts entsprächen. Vertreter des BIBB hielten diese Kritik für etwas überspitzt, waren aber der Meinung, daß es in vielen Bereichen, insbesondere im Bereich des Handwerks, zu Neubündelungen von Qualifikationen kommen müßte, um im Wettbewerb, insbesondere im internationalen Bereich, bestehen zu können. Diese Neubündelungen müßten sich nicht nur auf benachbarte gewerbliche Berufe, sondern insbesondere auf die Kombination von kaufmännischen und gewerblichen Berufen erstrecken. Zweifelloso wichtig sei aber die Feststellung, daß die Verbreitung der dualen Ausbildungsform mit zum Teil neuen Berufen heute eher außerhalb des durch das Berufsbildungsgesetz geregelten Rahmens stattfindet. Dies gilt nicht nur für den gesamten sozialtherapeutischen Bereich und für viele sogenannte DV-Berufe, sondern auch für die Ausbildung von mittleren Führungskräften in den Berufsakademien.

Hinsichtlich der Qualifikationsanforderungen des Beschäftigungssystems an die duale Ausbildung wurde festgehalten, daß die Ziele

- tätigkeitsbezogene Qualifikationsvermittlung
- Vermittlung fachübergreifender Qualifikationen
- handlungsorientierte ganzheitliche Ausbildung

auch in Zukunft und sogar noch vermehrt Bestand haben werden. Keine eindeutige Aussage wurde zu der Frage getroffen, ob eher zum Generalisten oder Spezialisten ausgebildet werden sollte. Ein BIBB-Teilnehmer hob hervor, daß man an dem Berufskonzept festhalten solle, nicht nur um marktgängige Qualifikationen zu beschreiben, sondern um klare inhaltliche Zielbestimmungen für die Ausbildung und Konzepte zu deren Vermittlung entwickeln zu können.

Ausbildungsordnungen

Im Zusammenhang mit der Überarbeitung von Ausbildungsordnungen wurde vom IAB vorgeschlagen, an die Novellierung von Ausbildungsordnungen nicht mehr additiv heranzugehen und zu entscheiden, welche Kenntnisse und Fertigkeiten aufgenommen, gestrichen oder verändert werden müssen. Vielmehr müsse von einem Ziel (Laufbahn/Karriere) ausgegangen werden und dann strukturiert festgelegt werden, was im Rahmen der Ausbildung und was im Rahmen anschließender Weiterbildung mit entsprechenden Zertifikaten vermittelt werden sollte.

Von den Vertretern des IAB und des BIBB wird die Rolle der Sozialpartner bei der Reform der Ausbildung unterschiedlich eingeschätzt. Während BIBB-Vertreter deren Möglichkeiten und Reformbereitschaft eher positiv bewerten (wenn die Schmerzgrenze — nämlich fehlender Nachwuchs — erreicht ist, werden Reformen gefordert, siehe z. B. das Grundsatzpapier „Bildungspolitische Position der Spitzenverbände der Wirt-

schaft“), waren IAB-Mitarbeiter eher mit dem Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften einig, daß diese gesellschaftlichen Gruppen eher an Überliefertem festhielten und Strukturen nicht grundsätzlich in Frage stellen würden.

Finanzierung

Übereinstimmung herrschte bei allen Beteiligten, daß sämtliche Bemühungen, die Attraktivität des dualen Systems zu steigern, in direktem Zusammenhang mit der Frage der Finanzierung dieser Maßnahmen stünden.

So wurde darauf verwiesen, daß eine Steigerung der Qualität der betrieblichen Ausbildung vielfach verbunden sei mit steigenden außerbetrieblichen Ausbildungsanteilen. Deren Ausdehnung stößt an die Grenze der einzelbetrieblichen Finanzierung. Daher könnte — wenn auch aus ganz anderen Gründen als in den 70er Jahren — die Frage der Umlagefinanzierung wieder aktuell werden. Ein Wandel in der Einstellung der Unternehmer dürfte um so wahrscheinlicher sein, je schneller der Anteil derer wächst, die bereits kurz nach Ausbildungsabschluß den Betrieb verlassen. Deutsche Teilnehmer sprachen auch die Vermutung aus, daß die massive öffentliche Finanzierung der Ausbildung in Ostdeutschland nicht ohne Folgen für die Finanzfrage bleiben werde.

Differenzierung

Anknüpfend an die Aussage über den veränderten Kreis der künftigen Auszubildenden, wurde eine stärkere „Individualisierung und Binnendifferenzierung“ der Ausbildung gefordert. Dabei wurde nicht übersehen, daß die bereits vorhandene breite Palette der Ausbildungsberufe den unterschiedlichen Neigungen und Begabungen der Jugendlichen entgegenkommt. Dennoch sei eine stärkere Differenzierung innerhalb der Einzelbe-

rufe notwendig. Selbstkritisch wurde hierzu vom BIBB vermerkt, daß diese Aufgabe erst jetzt und damit recht spät in der Forschung des Institutes aufgegriffen wurde. Dabei sollen nicht nur für besonders begabte Jugendliche Anreize geschaffen werden. Auch für leistungsschwächere benachteiligte Jugendliche müßten im Rahmen des dualen Systems Wege eröffnet werden, um eine qualifizierte Ausbildung zu absolvieren. In diesem Zusammenhang wurde die bisherige Praxis, die Ausbildungsdauer von Auszubildenden mit höheren schulischen Abschlüssen zu verkürzen, getadelt, ja als folgenschwerer Fehler bezeichnet. Der richtige Weg ist nicht die Verkürzung der Ausbildungszeiten, sondern die Anreicherung der Ausbildungsinhalte bei der Beibehaltung der Regelausbildungszeit.

Aus- und Weiterbildung

Nach dem Berufsbildungsgesetz soll die Ausbildung eine breite Grundbildung und volle Berufsbefähigung vermitteln. Aus den Forschungsergebnissen des IAB und des BIBB werde jedoch ersichtlich, daß dem nicht so sei. Nach Angaben von befragten Ausbildungsabsolventen spielt das Lernen nach der Lehre einschließlich der praktischen Einübung des Gelernten am Arbeitsplatz eine bedeutende Rolle, um „sattelfest“ im Beruf zu sein. Für die Einbeziehung der Zeiten in der ersten Berufsphase in einen systematischen Lernprozeß spräche auch die Problematik der Ausbildungsdauer. Eine Verlängerung der Ausbildungsdauer wird heute von deutscher Seite für so gut wie ausgeschlossen gehalten. Man vertrat die Ansicht, daß eine Verlängerung der Ausbildungsdauer von drei auf dreieinhalb Jahre wie sie z. B. noch vor Jahren bei den Elektro- und Metallberufen vorgenommen wurde, heute politisch nicht mehr durchsetzbar wäre. Auf der anderen Seite schrumpft die Ausbildungszeit im Rahmen der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung. Viele Betriebe beklagen schon heute, daß ihnen keine

ausreichende Zeit für die Vermittlung der vorgeschriebenen Qualifikationen bleibt.

Mit der Frage der Verlagerung bestimmter Ausbildungsteile von der Ausbildung in die erste Berufsphase stellt sich die generelle Frage nach einer Neuschneidung der Bildungszeiten zwischen Erstausbildung und Weiterbildung. Ein anderer Diskussionsstrang führte zur gleichen Frage. Man sieht in einer engeren Verknüpfung der Ausbildung mit einer systematischen Weiterbildung direkt nach dem Abschluß der Lehre eine Möglichkeit, die duale Ausbildung aufzuwerten. „Wir müssen das duale System nach oben hin öffnen durch qualifizierte Weiterbildung“, betonte ein deutscher Diskussions Teilnehmer. Eine solche Weiterbildung müßte aber auch mit einer entsprechenden „Laufbahnänderung“ gekoppelt sein: „Eine Laufbahn, die reicht vom Lehrling zum Gesellen über die Vertiefungsphase Betriebsassistent zum Meister und über den Meister hinaus.“

Alle Teilnehmer waren schließlich darüber einig, daß den Möglichkeiten zur Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung durch die Verbesserung der Ausbildung Grenzen gesetzt sind. Die Probleme der dualen Ausbildung liegen hauptsächlich in der ungünstigen Bewertung der dort erworbenen Qualifikationen für Einkommen und Karriere. Für eine Änderung der Tarif- und Laufbahnstrukturen sind in erster Linie die Sozialpartner aufgerufen. Aber auch im internationalen Bereich, vor allem im Bereich der EG, muß für eine höhere Bewertung der dualen Ausbildung gesorgt werden.

Viele der aufgeführten Fragen konnten trotz der anderthalbtägigen Seminardauer nicht oder nicht ausreichend behandelt werden. Offen blieben auch die Fragen über die Möglichkeiten einer engeren Verzahnung von Aus- und Weiterbildung. Man verabredete sich, die Diskussion im kommenden Jahr konzentriert auf die Fragen der Weiterbildung fortzusetzen.

Aufwand für berufliche Aus- und Weiterbildung in Groß- und Mittelbetrieben — Auswertung von Geschäfts- und Sozialberichten

Edith Gawlik

Diplomvolkswirtin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung 6.1 „Bildungsökonomie“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn



Ziel der Untersuchung war, die Entwicklung der Aufwendungen für die betriebliche Aus- und Weiterbildung¹ im Jahre 1990 zu untersuchen. Als Datenbasis dienten rd. 200 Geschäfts- und Sozialberichte von Groß- und Mittelbetrieben. Ein zentrales Ergebnis ist, daß die betrieblichen Aufwendungen sowohl für die Ausbildung als auch für die Weiterbildung gestiegen sind. Entgegen den Erwartungen aufgrund der BIBB-Untersuchung von 1985 sind die Aufwendungen für die Erstausbildung nicht hinter denen für die Weiterbildung zurückgefallen. Obwohl es sich nicht um eine repräsentative Untersuchung handelt und die Bewertungsansätze in den Geschäfts- und Sozialberichten nicht verglichen werden können, zeigen die Ergebnisse wichtige Entwicklungstendenzen auf.

Datenbasis und Methode

Die Analyse der Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung erfolgte auf der Grundlage von Geschäfts- und Sozialberichten. Da nur Aktiengesellschaften gesetzlich verpflichtet sind, Jahresabschlußberichte zu veröffentlichen, konnten nur diese Unternehmensgruppen, i. d. R. Groß- und Mittelbetriebe, in die Untersuchung einbezogen werden. Es wurden 1 100 Aktiengesellschaften nach einem Zufallsverfahren aus einem Anschriftenverzeichnis ausgewählt und um

Zusendung der aktuellen Geschäfts- und Sozialberichte gebeten. Nachdem nur 80 Berichte vollständige Daten zu den betrieblichen Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung enthalten haben, wurde eine telefonische Nachfassaktion gestartet. Auf diesem Wege wurden auswertbare Angaben von 200 Betrieben erfaßt. Geschäfts- und Sozialberichte enthalten Bilanzdaten und liefern damit eine fundierte und abgesicherte Datenbasis für die Untersuchung betrieblicher Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung. Leider schließt die Publikationspflicht differenzierte Angaben über Aus- und Weiterbildung nicht mit ein, so daß es nicht möglich war, eine repräsentative Analyse vorzunehmen. Vielmehr muß man davon ausgehen, daß die Betriebe, die über eine differenzierte Kostenrechnung für den Bereich der beruflichen Bildung verfügen, am ehesten bereit waren, entsprechende Informationen weiterzugeben.

Die 200 Untersuchungsbetriebe verteilen sich auf insgesamt sieben Branchen. Auf Verkehrs- und Versorgungswirtschaft entfallen 20 Prozent, auf Banken und Versicherungen 28 Prozent, der Rest verteilt sich gleichmäßig auf Metall-, Elektro-, chemische und Automobilindustrie sowie Handel. Betriebe, die keiner dieser Branchen zugeordnet werden konnten, blieben unberücksichtigt.

Der Stellenwert betrieblicher Aus- und Weiterbildung

Jedes nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführte Unternehmen muß zur Si-

cherung seiner Existenz konkurrenzfähig bleiben. Dies setzt unter anderem die Aus- und Weiterbildung voraus, um den steigenden Anforderungen und Veränderungen des Arbeitslebens in technischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht gerecht zu werden. Hieraus erwächst für die Betriebe die Notwendigkeit, eine breit angelegte berufliche Grundausbildung und eine ständige Weiterbildung anzubieten. Die Ausführungen in den Personalberichten unterstreichen dies. Für die Mehrheit der 200 untersuchten Betriebe ist die Ausbildung ein wichtiges Instrument der Personalrekrutierung. Maßgebend für die Priorität der unternehmenseigenen Berufsausbildung ist der Umstand, daß es schwer ist, am Arbeitsmarkt vollwertig einsetzbare Mitarbeiter im Hinblick auf die betrieblichen Anforderungen zu finden. Außer der angestrebten Sicherung des Fachkräftebedarfs geben die Betriebe übereinstimmend der eigenen Berufsausbildung auch deswegen den Vorrang, weil ihrer Ansicht nach Mitarbeiter, die bereits im Betrieb ausgebildet wurden, sich i. d. R. stärker mit dem Betrieb identifizieren und eine positivere Grundeinstellung zu ihrer Tätigkeit entwickeln können.

Neben der Ausbildung wird der Weiterbildung große Bedeutung beigemessen

Neben der Ausbildung wird der beruflichen Weiterbildung große Bedeutung beigemessen. Aus den Geschäfts- und Sozialberichten geht hervor, daß die Mehrheit der Groß- und Mittelbetriebe die Notwendigkeit einer kontinuierlichen bedarfs- und aufgabenorientierten Weiterbildung erkannt und zu einem zentralen Instrument der betrieblichen Personalpolitik gemacht haben.

Ausbildungsintensität und Aufwendungen für die betriebliche Ausbildung

Welchen Umfang die Bildungsanstrengungen der Betriebe erreicht haben, läßt sich zum einen an der Ausbildungsintensität, zum anderen an den Aufwendungen für die betriebliche Ausbildung ablesen. Die Ausbildungsintensität, ausgedrückt in der Ausbildungsquote, ist definiert als der prozentuale Anteil der Auszubildenden an den Gesamtbeschäftigten eines Betriebes. Ein Vergleich der Ausbildungsquoten in den Untersuchungsbetrieben mit denen der amtlichen Statistik ergibt folgendes Bild:

Tabelle 1: Branchenspezifische Ausbildungsquoten

	amtliche Statistik*	eigene Erhebung
Banken/Versicherungen	6,7	9,0
Elektroindustrie	4,7	4,0
Chemische Industrie	4,8	5,6
Automobilindustrie	3,7	4,3
Metallindustrie	6,5	5,5
Verkehr/Versorgungswirtschaft	5,4	6,0
Handel	7,0	7,0
Insgesamt	5,6	5,3

* Die Quoten basieren auf den Daten der Arbeitsstättenzählung 1987 und beziehen sich auf alle Betriebe, nicht nur auf Groß- und Mittelbetriebe. Die Branchenabgrenzung unterscheidet sich bei der chemischen Industrie, bei Verkehr und Versorgungswirtschaft unwesentlich von der Zuordnung in der BIBB-Untersuchung.

Für alle 1990 untersuchten Betriebe betrug die Ausbildungsquote 5,3 Prozent und unterscheidet sich damit nur geringfügig von der Quote auf der Basis amtlicher Statistiken. In den einzelnen Branchen ergeben sich größere Abweichungen, die daraus resultieren, daß in der vorliegenden Untersuchung nur Groß- und Mittelbetriebe berücksichtigt sind, die

zudem — wie bereits angedeutet — wahrscheinlich eine Selektion von Betrieben darstellen, die über eine differenzierte Kostenrechnung für den Aus- und Weiterbildungsbereich verfügen und bereit waren, diese zur Verfügung zu stellen. Sowohl in den amtlichen Statistiken als auch in der vorliegenden Untersuchung ist allerdings zu erkennen, daß der Dienstleistungsbereich im Vergleich zum Industriebereich insgesamt höhere Ausbildungsquoten aufweist.

Den Geschäfts- und Sozialberichten kann auch entnommen werden, daß angesichts der allgemein rückgängigen Zahl von Ausbildungsplatzbewerbern auch Großbetriebe Strategien entwickeln müssen, um Auszubildende zu gewinnen und den Personalbestand zu sichern. So wird von umfangreichen Informationsveranstaltungen in Schulen berichtet sowie von Werbekampagnen in Presse, Funk und Fernsehen. Durch Schülerpraktika und sogenannte „Berufseinmündungswochen“ versuchen Betriebe, Jugendlichen vorab einen Einblick in das betriebliche Geschehen und die Berufsausbildung zu geben und sie für eine Ausbildung im Betrieb zu gewinnen.

Deutlich wurde, daß auch die Großbetriebe in bestimmten Berufen, wie z. B. Bauberufen, Chemikant/Chemikantin oder Industriemechaniker/Industriemechanikerin, zunehmend Schwierigkeiten haben, die Ausbildungsplätze zu besetzen. Einige der untersuchten Betriebe gaben an, daß sie deshalb für Schulabgänger mit geringeren Qualifikationen sogenannte „Eingliederungszentren“ unterhalten, um diese Jugendlichen auf einen Beruf vorbereiten zu können. Andererseits gewähren die meisten Betriebe Stipendien und Unterstützungen an Studierende und organisieren Informationsveranstaltungen an Hochschulen und Universitäten, um so bei dem akademischen Nachwuchs zu werben. Bezüglich des Aufwandes bei der Erstausbildung ging man nach einer ersten Untersuchung durch das BIBB 1985 davon aus, daß mit rückläufiger

Zahl der Auszubildenden der Aufwand für die Erstausbildung ebenfalls zurückgehen wird.²

Dies hat sich durch die Materialauswertung für 1990 nicht bestätigt. Wie die Tabelle 2 zeigt, ist der Aufwand für die Erstausbildung gemessen an der Lohn- und Gehaltssumme über alle Wirtschaftszweige gegenüber 1985 von 2,0 Prozent auf 2,8 Prozent gestiegen.

Beim Jahresvergleich 1985/1990 werden außerordentliche Unterschiede zwischen den Wirtschaftszweigen deutlich. Während die Kostenrelation in der Automobilindustrie konstant geblieben ist und in den Branchen Verkehrs-/Versorgungswirtschaft, Metallindustrie sowie bei den Banken und Versicherungen um bis zu 30 Prozent zunahm, kam die Elektroindustrie auf einen Anstieg von 50 Prozent, die chemische Industrie einen Anstieg von 60 Prozent und der Handel sogar eine Steigerung um 100 Prozent.

Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

Die technischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen in der Arbeitswelt sowie die zunehmende Individualisierung der Produktion bzw. Internationalisierung der Märkte stellt die Betriebe vor Aufgaben, zu deren Lösung sie in erster Linie auf die Qua-

lifikation ihrer Mitarbeiter angewiesen sind. Um diesen Qualifikationsbedarf decken zu können, initiieren und finanzieren die Betriebe unterschiedliche Weiterbildungsmaßnahmen zur Anpassung, Aktualisierung und Erweiterung der Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten ihrer Mitarbeiter.

Generell spielt die betriebliche Weiterbildung eine überaus wichtige Rolle bei der beruflichen Qualifizierung. Nach den aktuellen Ergebnissen des Berichtssystems Weiterbildung haben 1991 21 Prozent der 19- bis 64jährigen mindestens an einem betrieblichen oder außerbetrieblichen Lehrgang der beruflichen Weiterbildung teilgenommen.³

Die für das Berichtsjahr 1990 durchgeführte BIBB-Untersuchung, die sich auf Betriebe aus den alten Bundesländern beschränkte, ergab eine Weiterbildungsquote⁴ von rd. 44,0 Prozent. Dabei muß bedacht werden, daß hier nur Beschäftigte berücksichtigt sind, und zwar aus Branchen und Betriebsgrößenklassen, die als besonders weiterbildungsaktiv gelten. Gegenüber 1985, als die Weiterbildungsquote in den untersuchten Betrieben mit 25 Prozent auch schon über der allgemeinen Weiterbildungsquote lag, hat die Quote 1990 um 19 Prozentpunkte zugenommen.

Die hohe Teilnahmequote besagt jedoch nicht, daß 44 Prozent aller Mitarbeiter im Jahr 1990 an betrieblicher Weiterbildung teilgenommen haben. Vielmehr muß von einer mehrfachen Teilnahme, insbesondere im Führungskräftebereich, ausgegangen werden, daher sind Mehrfachzählungen inbegriffen. Gleiches gilt für die Quoten in den einzelnen Wirtschaftszweigen.

Wie bei der Erstausbildung ergibt sich für den Dienstleistungsbereich mit über 50 Prozent eine höhere Teilnahmequote als in der Industrie. Während die Weiterbildungsquote durchschnittlich um 20 bis 30 Prozent zunahm, hat sich an den Unterschieden zwischen den Wirtschaftszweigen nicht viel ge-

Tabelle 3: Weiterbildungsbeteiligung in ausgewählten Wirtschaftszweigen in Prozent der Beschäftigten

	1985	1990
Banken/Versicherungen	47,0	56,0
Elektroindustrie	28,0	34,0
Chemische Industrie	25,0	32,0
Automobilindustrie	37,0	48,0
Metallindustrie	35,0	43,0
Verkehr/Versorgungswirtschaft	36,0	48,0
Handel	42,0	52,0
Insgesamt	25,0	44,0

ändert. Nach wie vor ist die Weiterbildungsquote bei Banken und Versicherungen am höchsten und in der chemischen Industrie am geringsten.

Aus dem verfügbaren Informationsmaterial zu den betrieblichen Aufwendungen für die Weiterbildung lassen sich folgende durchschnittliche Aufwendungen je Beschäftigten ermitteln.⁵

Der Weiterbildungsaufwand je Beschäftigten ist in den Banken und Versicherungen dreimal so hoch wie im Handel und 2,5mal so hoch wie in der Verkehrs- und Versorgungswirtschaft. In der Industrie dagegen liegt der Aufwand mit 900 bis 1 100 DM in den verschiedenen Branchen vergleichsweise dicht beieinander. Ein Vergleich mit den

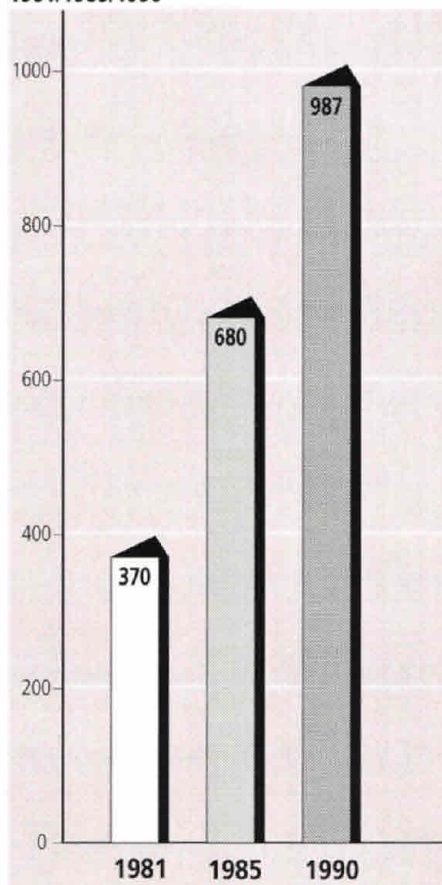
Tabelle 2: Relation zwischen den Aufwendungen für die Erstausbildung und der Lohn- und Gehaltssumme in Prozent

	1985	1990
Banken/Versicherungen	2,8	3,5
Elektroindustrie	2,6	3,9
Chemische Industrie	1,9	3,0
Automobilindustrie	2,7	2,7
Metallindustrie	1,7	2,2
Verkehr/Versorgungswirtschaft	1,7	1,9
Handel	0,9	1,8
Insgesamt	2,0	2,8

Tabelle 4: Durchschnittlicher Weiterbildungsaufwand je Beschäftigten in DM im Jahre 1990 nach Wirtschaftszweigen

Banken/Versicherungen	1.855.- DM
Elektroindustrie	1.154.- DM
Chemische Industrie	1.015.- DM
Automobilindustrie	870.- DM
Metallindustrie	900.- DM
Verkehr/Versorgungswirtschaft	750.- DM
Handel	605.- DM
Insgesamt	987.- DM

Abbildung: Durchschnittliche Aufwendungen je Beschäftigten in den Jahren 1981/1985/1990



durchschnittlichen Weiterbildungsaufwendungen pro Beschäftigten in den Jahren 1981 (amtliche Statistik) und 1985 (BIBB-Untersuchung) macht deutlich, daß sich die Aufwendungen für die betriebliche Weiterbildung im Zeitraum von 1981 bis 1990 fast verdreifacht haben (Abbildung). Offensichtlich haben die Betriebe den Nutzen der Weiterbildungsaktivitäten erkannt und sind bereit, immer mehr in das Humankapital zu investieren. Ein Großteil der Betriebe verfügt über umfangreiche Weiterbildungsprogramme. Die Sichtung dieser Programme ergab, daß die Schwerpunkte bei der Weiterbildung für Führungskräfte, die Vermittlung überfachlicher Qualifikationen und in zunehmendem Maße die Fremdsprachenbildung liegen.

Die Relation zwischen Weiterbildungsaufwendungen und der jeweiligen Lohn- und Gehaltssumme⁶ ist ein weiterer Indikator

für den Stellenwert der betrieblichen Weiterbildung. Die nachfolgende Tabelle 5 zeigt diese Relationen nach Wirtschaftszweigen in den Jahren 1981, 1985 und 1990.

Wie ersichtlich, haben die beobachteten Wirtschaftszweige im Laufe der Jahre ihre Weiterbildungsinvestitionen intensiviert. Den stärksten Sprung gab es seit 1981 in der Verkehrs- und Versorgungswirtschaft. Demgegenüber hat sich die Entwicklung in der Metallindustrie zwischen 1985 und 1990 nicht mehr verändert.

Faßt man die untersuchten Betriebe der Industrie (Elektro-, Automobil-, Metall- und chemische Industrie) und die des Dienstleistungssektors (Banken/Versicherungen, Verkehrs- und Versorgungswirtschaft sowie Handel) in zwei Gruppen zusammen und vergleicht die Relationen des Weiterbildungsaufwandes zur Lohn- und Gehaltssumme, ergibt sich im Jahre 1990 für den Dienstleistungssektor eine Relation von 2,0 Prozent, für die Industrie dagegen 1,6 Prozent. Ein wesentlicher Grund für diesen Unterschied ist wohl darin zu sehen, daß im Industriebereich kostengünstiger weitergebildet wird, indem zum Beispiel die Weiterbildung häufiger am Arbeitsplatz erfolgt. Die Chancen für die Weiterbildung am Arbeitsplatz im Dienstleistungsbereich sind durch die „Fikialisierung“ dieses Bereiches weniger günstig.

Die Kennzahlen, aber auch die in den Geschäfts- und Sozialberichten enthaltenen allgemeinen Informationen deuten darauf hin, daß die Höhe der Aufwendungen für betriebliche Weiterbildung in starkem Maße von der Wirtschaftskraft und Ertragslage des einzelnen Betriebes, aber auch von der unmittelbaren Notwendigkeit der Weiterbildung, die sich aus der demographischen, technischen, ökologischen und internationalen Entwicklung ergibt, abhängt.

Das Verhältnis von Aus- und Weiterbildung

Alle untersuchten Betriebe haben sowohl Lehrlinge ausgebildet als auch Mitarbeiter weitergebildet. Dabei hat sich gezeigt, daß die Aufwendungen für die Erstausbildung, trotz sinkender Lehrlingszahlen, nach wie vor steigen und weiterhin über den Weiterbildungsaufwendungen liegen.

Stellt man die Aufwendungen für die gesamten Bildungsaktivitäten der Betriebe, also für die Aus- und Weiterbildung, den Brutto-Sachanlageinvestitionen gegenüber, so ergibt sich eine Relation von rd. zehn Prozent (Tabelle 6). Das heißt, die Investitionen in das Humankapital machen ein Zehntel der Sachinvestitionen aus. Gemessen an der Lohn- und Gehaltssumme beträgt der Anteil rd. vier Prozent.

Tabelle 5: Relation zwischen Weiterbildungsaufwendungen und Lohn- und Gehaltssumme in den Jahren 1981, 1985 und 1990

Wirtschaftszweige	1981	1985	1990
Banken/Versicherungen	1,3	1,8	2,7
Elektroindustrie	1,2	1,4	1,7
Chemische Industrie	-	-	1,8
Automobilindustrie	0,6	0,8	1,5
Metallindustrie	0,5	1,6	1,6
Verkehr-/Versorgungswirtschaft	0,2	0,2	1,7
Handel	0,5	1,2	1,6
Insgesamt	0,9	1,4	1,9

Tabelle 6: Vergleich der Relationen der Aus- und Weiterbildung zur Brutto-Sachanlageinvestitionen im Jahre 1990 in Prozent nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Bildungsquote
Banken/Versicherungen	11,2
Elektroindustrie	10,7
Chemische Industrie	10,3
Automobilindustrie	9,1
Metallindustrie	7,0
Verkehr-/Versorgungswirtschaft	12,1
Handel	9,3
Insgesamt	10,4

Auf Branchenebene bilden die Metallindustrie (sieben Prozent) und Verkehrs-/Versorgungswirtschaft (12,1 Prozent) die beiden Extreme. Dabei muß allerdings bedacht werden, daß hier nur Groß- und Mittelbetriebe berücksichtigt wurden und die Untersuchung nicht repräsentativ ist.

Anmerkungen:

¹ Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um Aufwendungen und nicht um Kosten der Aus- und Weiterbildung. Kosten und Aufwand sind nur z. T. deckungsgleich. Die Kosten für betriebliche Weiterbildung schlagen vor allem wegen der kalkulatorischen Kosten stets stärker zu Buche als der ausgewiesene Aufwand der Finanzbuchhaltung.

² Vgl. Bardeleben, R. von; Gawlik, E.; Betrieblicher Aufwand für Weiterbildung in Großbetrieben. Wachsende Bedeutung der großbetrieblichen Weiterbildung. In: BWP 16(1987)3/4

³ Vgl. Presseinformation des BMBW 84/92 vom 25. 8. 1992

⁴ Unter der Weiterbildungsquote ist hier der prozentuale Anteil der Teilnahmefälle bezogen auf die Gesamtbelegschaft eines Betriebes zu verstehen.

⁵ Die durchschnittlichen Aufwendungen je Beschäftigten sind alle Aufwendungen, die ein Betrieb für die Weiterbildung in einem bestimmten Zeitraum getätigt hat, umgerechnet auf die Zahl der Beschäftigten im Betrieb.

⁶ Unter Lohn- und Gehaltssumme ist die Summe aller lohnsteuerpflichtigen BruttoBezüge zu verstehen. Setzt man die Weiterbildungsaufwendungen zu der Lohn- und Gehaltssumme ins Verhältnis, so erhält man eine Relativzahl, die die Entwicklung der Weiterbildungsaufwendungen zur Lohn- und Gehaltssumme angibt.

Umweltschutz in den Berufsfeldern Metalltechnik und Elektrotechnik — ein neues Ausbildungsmittel des Bundesinstituts für Berufsbildung

Hermann Benner



Dr. phil., M. A., Berufspädagoge, Leiter der Abteilung 5.1 „Medienentwicklung und Mediendidaktik“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin

Denny Glasmann



wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung 5.1 „Medienentwicklung und Mediendidaktik“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin

Für die Anforderungen des Umweltschutzes in der Berufsausbildung ist die Entwicklung von Medien von besonderer Bedeutung. Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat ein Ausbildungsmittel herausgegeben, das die Auszubildenden in den Ausbildungsberufen der Metalltechnik und der Elektrotechnik mit Grundfragen des Umweltschutzes vertraut macht und mit dem angestrebt wird, in der Ausbildung „umweltbezogene Handlungsfähigkeit“ zu erreichen. Der Beitrag skizziert den Hintergrund der Entstehung und den Aufbau dieses Ausbildungsmittels.

Die Umweltschutzproblematik und die Einsicht in die Notwendigkeit, sich umweltgerecht zu verhalten und zu handeln, hat im öffentlichen Bewußtsein in den letzten 20 Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat sich relativ früh, d. h. kurz nach seiner Gründung, mit Fragen der beruflichen Umweltbildung auseinandergesetzt und dabei z. B. untersucht, in welcher Weise umweltbewußtes Verhalten als Gegenstand der betrieblichen Berufsausbildung verwirklicht und in Ausbildungsordnungen verankert werden kann.¹

Als Ergebnis dieser Bemühungen kann gesehen werden, daß bereits ab 1973 in den Ausbildungsordnungen einiger in besonderem Maße die Umwelt beeinflussender Ausbildungsberufe (z. B. Gebäudereiniger/-in,

Chemielaborant/-in) die Position „Umwelt-schutzmaßnahmen“ in das Ausbildungsberufsbild und entsprechende Ausbildungsziele und -inhalte in den Ausbildungsrahmenplan der Ausbildungsordnungen aufgenommen wurden. Seit April 1976 enthalten dann alle neu erlassenen Ausbildungsordnungen den „Umweltschutz“ als ein Ausbildungsziel.

Der Hauptausschuß des BIBB hat in einer Empfehlung vom 5. 2. 1988 „zur Einbeziehung von Fragen des Umweltschutzes und der Ökologie“ für die „Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft“ hingewiesen und „alle an der beruflichen Bildung Beteiligten . . . aufgefordert, im Rahmen ihrer

Möglichkeiten durch Berufsbildung zur höheren Effizienz des berufsbezogenen Umweltschutzes beizutragen“.²

In diesem Zusammenhang hat der Hauptausschuß eine Reihe von pädagogischen Maßnahmen zur Verwirklichung einer handlungsorientierten beruflichen Umweltbildung vorgeschlagen. In einer weiteren Empfehlung von 31. 1./1. 2. 1991 forderte der Hauptausschuß hierzu ergänzend, daß der Umweltschutz bereits bei der Konzeption und Entwicklung von Ausbildungsberufen angemessen in einem „Katalog von integrativ zu vermittelnden Umweltschutz-Qualifikationen“³ zu berücksichtigen ist.

Die auf den inzwischen vielfältigen Aktivitäten des Bundesinstituts im Bereich des Umweltschutzes in der beruflichen Bildung basierenden Ergebnisse, Veröffentlichungen und Materialien dokumentiert das Bundesinstitut in einer Materialsammlung.⁴

Von besonderer Bedeutung für die Anforderungen zum Umweltschutz ist die Medienarbeit des BIBB. Denn gerade die betriebliche Berufsausbildung bietet die Chance, Einsichten zu gewinnen und Verhaltensweisen zu fördern, die dann Umweltschutz in der beruflichen Praxis wirksam werden lassen.

Wie eine detaillierte Analyse der Ausbildungsordnungen für die neuen industriellen und handwerklichen Elektro- und Metallberufe zeigte und eine Befragung bei Anwendern der BIBB-Ausbildungsmittel bestätigte, lassen sich die in diesen neuen Ausbildungsordnungen geforderten fachbezogenen Qualifikationen bei der Anwendung moderner Ausbildungsmethoden in hohem Maße mit bereits bestehenden Ausbildungsmitteln erwerben. Zur Zeit ist hingegen aber noch generell ein Mediendefizit für den Bereich Umweltschutz festzustellen.

Das Bundesinstitut begegnet diesem Defizit in zweifacher Weise: Bei der Revision und Neuentwicklung von BIBB-Ausbildungsmit-

teln wird der Umweltschutz als integrativer Bestandteil der zu vermittelnden fachbezogenen Qualifikationen aufgenommen. So sind beispielsweise bei den neu herausgegebenen Medien zur „Blechbearbeitung“⁵ und zum „Metallkleben“⁶ die Umweltschutzaspekte thematisiert.

Darüber hinaus entwickelte das BIBB für die Ausbildungsberufe der Berufsfelder Metalltechnik und Elektrotechnik das hier beschriebene Ausbildungsmittel⁷, das die Auszubildenden mit umweltbezogenen Basisqualifikationen an die Umweltschutzproblematik heranführt und ihnen verdeutlicht, daß alles berufliche Handeln eine bestimmte Umweltrelevanz aufweist, die es zu berücksichtigen gilt.

Mit diesem Medium wird angestrebt, während der Berufsausbildung eine „umweltbezogene Handlungsfähigkeit“ zu erreichen, die zu einem entsprechenden Verhalten in der beruflichen Praxis und auch im alltäglichen Leben führt. Bei der Medienentwicklung wurden deshalb didaktische Ansätze aufgegriffen, die das „Handeln“ der Auszubildenden in den Vordergrund stellen. Mit einfachen selbst durchzuführenden Versuchen und Messungen werden grundlegende Problemstellungen des Umweltschutzes verdeutlicht.

Bei der Auseinandersetzung mit den umweltschutzbezogenen Ausbildungszielen und -inhalten ist zu beachten, daß der Umweltschutz wesentlich stärker kenntnisorientiert ist als andere fertigkeitsbezogene Basisqualifikationen. Der Umweltschutz tangiert die unterschiedlichsten Fachgebiete und Disziplinen, wie beispielsweise Chemie, Geophysik, Medizin und Rechtswissenschaft. Der Bogen der in diesen Medien zu bearbeitenden Themen ist deshalb weit gespannt. Er enthält Probleme wie Energieverbund und -umwandlung, Abfall, Wasser/Abwasser, Luft/Abluft, Lärm, Gefahrstoffe und Strahlung. Im Rahmen von zwei Projekten, „Wartung einer Werkzeugmaschine“ und „Abfallentsorgung in einem Betrieb“, sollen konkret im

Übersicht: Lernziele der Unterlagen

Umweltschutz

Nach Durcharbeit der Unterlagen können Sie ...

- ▶ das ökologische Gleichgewicht erklären,
- ▶ begründen, warum Umweltschutz betrieben werden muß,
- ▶ Auswirkungen von Umweltbelastungen beschreiben und bewerten,
- ▶ erklären und begründen, warum und wie in der Ausbildung wesentlicher Einfluß auf den Umweltschutz genommen werden kann,
- ▶ berufsbezogene Regelungen des Umweltschutzes nennen,
- ▶ Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung von Umweltbelastungen ergreifen,
- ▶ im Betrieb verwendete Energiearten nennen und Möglichkeiten rationeller Energieverwendung beschreiben
- ▶ die Abfallproblematik verstehen,
- ▶ Abfälle unter Beachtung des Abfallgesetzes sammeln und entsorgen,
- ▶ die Bedeutung des Wassers erkennen und die Abwasserproblematik beschreiben,
- ▶ Gefahren, die von Schadstoffen in Abwässern ausgehen, bewerten und Maßnahmen zu ihrer Verminderung vorschlagen
- ▶ Luftverunreinigungen und den Zusammenhang zu Emissionen und Immissionen beschreiben,
- ▶ Gefahren, die von Schadstoffen in der Abluft ausgehen, bewerten und Maßnahmen zu ihrer Verminderung vorschlagen,
- ▶ die Lärmproblematik beschreiben,
- ▶ Lärm bewerten und Maßnahmen zur Minderung vorschlagen
- ▶ mit Gefahrstoffen umweltbewußt umgehen,
- ▶ Maßnahmen zum Strahlenschutz beschreiben,
- ▶ Kenntnisse über den Umweltschutz in konkreten Projekten anwenden.

Quelle: BIBB 1993 (s. Anm. 7)

Betrieb anstehende Umweltschutzmaßnahmen von den Auszubildenden selbständig realisiert werden.

Die mit dem Ausbildungsmittel „Umweltschutz in den Berufsfeldern Metalltechnik und Elektrotechnik“ angestrebten Ziele (vgl. Übersicht) verdeutlichen den pädagogischen Anspruch, der sich Auszubildenden und Auszubildenden auf diesem Gebiet stellt.

Die umweltbezogenen Kenntnisse müssen zu entsprechenden Einsichten und Verhaltensweisen führen, damit Wasser, Luft und Boden als Lebensraum von belastenden Eingriffen freigehalten werden und ein ökonomisch und ökologisch sinnvoller Gebrauch der natürlichen Ressourcen erfolgt.

Im Berufsalltag muß erreicht werden, daß

- der Energieeinsatz gemindert wird,
- die Emissionen erheblich reduziert werden und
- Abfall- und Reststoffe vermieden werden.

Zum Aufbau des Ausbildungsmittels

Das Medium „Umweltschutz in den Berufsfeldern Metalltechnik und Elektrotechnik“ wurde, wie eine Vielzahl anderer Ausbildungsmittel für die Metallberufe, in einer vierteiligen Ausgabe entwickelt. Damit konnten die Vorteile einer adressatengerechten Aufbereitung der einzelnen Teile genutzt werden. Das Ausbildungsmittel gliedert sich in

- ein Heft mit „Unterlagen für den Auszubildenden“
- ein „Begleitheft für den Ausbilder“
- „Aufgaben und Arbeitsblätter“ als Arbeitsmaterial für Auszubildende sowie
- „Arbeitstransparente“ als Lehr- und Arbeitsmittel.

Mit diesem Aufbau und zusätzlich durch die Art der Konfektionierung dieser Ausbildungs-

unterlagen soll ihre Handhabung erleichtert werden.

Die Blätter der einzelnen Teile sind

- farblich unterschiedlich
- mit einer Vierfachlochung versehen
- als Schnellheftung oder Loseblattsammlung zusammengestellt und
- fachlich auf ein Thema bezogen.

Damit ist es dem Ausbilder leicht möglich, sich eine individuelle Ausbildungsunterlage zusammenzustellen, Ergänzungen aufzunehmen, methodisch in unterschiedlicher Weise und in verschiedener Reihenfolge vorzugehen.

Umweltbezogene Kenntnisse müssen zu entsprechenden Einsichten und Verhaltensweisen führen

Der wichtigste Baustein des Ausbildungsmittels ist das Heft mit den **Unterlagen für den Auszubildenden**. Dieses Heft ist so aufbereitet, daß die Inhalte von den Auszubildenden selbständig erarbeitet werden können. Es stellt gleichsam ein didaktisch aufbereitetes Kompendium dar, mit dessen Hilfe die im Zusammenhang mit der Ausbildung stehenden Fragen zum Umweltschutz geklärt werden können. Inhaltlich sind die „Unterlagen für den Auszubildenden“ wie folgt aufgebaut:

Nach einer Darstellung, wie der Umweltschutz im Ausbildungsberufsbild eingebunden ist und wie er durch die Gesetzgebung geregelt wird, werden Luft, Wasser und Boden als Bereiche der Umwelt beschrieben, um den Zusammenhang des Menschen zu seinem Lebensraum aufzuzeigen. Das Thema Energieeinsatz im Betrieb und der Bezug zum Energieverbrauch soll die Notwendigkeit des Energiesparens verdeutlichen.

Dem betrieblichen Umweltschutz folgt dann das Thema Abfallwirtschaft und dessen Bedeutung für den Betrieb. Im Vordergrund steht das Sortieren der anfallenden Abfallarten als erste Stufe zur Abfallverwertung.

Eine Abwasseranalyse leitet zum Thema Wasser über. Verdeutlicht wird in diesem Kapitel das Problem des Schutzes von Wasser und die Bedeutung der Abwasserreinigung. Schwerpunkt dieses Bereichs ist der Umgang mit Kühl-Schmierstoffen und wassergefährdenden Stoffen.

Ähnlich ist das Thema „Luft/Abluft“ aufgebaut. Auch hier kann mit einer Analyse, nämlich einer Messung von Schadstoffen, Zugang zum berufsbezogenen Umweltschutzproblem gefunden werden. Der Zusammenhang von Emissionen und Immissionen zeigt Ursachen und daraus resultierende Belastungen durch Luftverunreinigungen auf, was schließlich die Einsicht zur Nutzung der Möglichkeiten zur Luftreinhaltung fördern soll.

Die Themen Lärm, Gefahrstoffe und Strahlung sind sowohl dem Bereich Arbeitsschutz als auch Umweltschutz zuzuordnen. Als arbeitsplatzbedingte Umweltbelastungen sind sie deshalb auch in diesem Medium zu erörtern. Besonders der Lärm verursacht arbeitsplatzbedingte Umweltbelastungen. Durch Lärmmessungen lassen sich diese Belastungen des Menschen verdeutlichen. Mit Maßnahmen zum Lärmschutz soll sich der Auszubildende aktiv auseinandersetzen. Die Gefahrstoffe sind in diesem Ausbildungsmittel unter dem Aspekt Kennzeichnung der Gefahrstoffe, Schutz vor Gefahrstoffen und Umgang mit Gefahrstoffen thematisiert. Mit dem Strahlenschutz werden die Inhalte des Umweltschutzes abgerundet.

Zwei Projekte geben beispielhaft betriebs-spezifische Aufgabenstellungen vor, die leitfragengeführt von den Auszubildenden bearbeitet, d. h. selbständig geplant, durchge-

führt und bewertet werden können. Es handelt sich dabei um die Wartung einer Werkzeugmaschine und die Abfallentsorgung in einem Betrieb.

Den **Aufgaben und Arbeitsblättern** kommt ebenfalls eine wichtige Bedeutung zu. Hierin sind konkret beschriebene Arbeitsaufträge für durchzuführende Versuche in den Bereichen Wasser, Luft und Lärm, aber auch die Leitfragen zu den eigenständig zu bearbeitenden Projekten enthalten. Weitere darin gestellte Aufgaben sind meist mit frei formulierten Antworten zu lösen, um auch hierbei die selbständige Auseinandersetzung des Auszubildenden mit Umweltschutzproblemen zu ermöglichen. Darüber hinaus enthält dieser Teil des Mediums Arbeitsblätter, die sich auf die einzelnen Folien beziehen und eine gemeinsame Erarbeitung der auf den Arbeitstransparenten dargestellten Themen ermöglichen.

Die **Arbeitstransparente** sind als ergänzende Bausteine zu betrachten, mit deren Hilfe bestimmte Themen zum Umweltschutz vertieft und geklärt werden können. Kurze Begleittexte unterstützen die Erarbeitung der Inhalte der insgesamt 14 Folien. Wie bereits erwähnt, korrespondiert auch ein Teil der Arbeitsblätter mit den Problemstellungen der Transparente.

Das **Begleitheft für den Ausbilder** enthält fachliche und pädagogische Hinweise zur Vermittlung der oben dargestellten Umweltschutzthemen. Für viele Ausbilder in den Bereichen Metalltechnik und Elektrotechnik ist das Thema Umweltschutz in der betrieblichen Berufsausbildung ein neues Aufgabenfeld, deshalb wurden in das Ausbilderheft auch ergänzende fachliche Zusatzinformationen für diesen Ausbildungsgegenstand aufgenommen. Darüber hinaus enthält dieses Heft die Lösungen zu den Aufgaben sowie beispielhaft ausgefüllte Meßprotokolle. Eine Literaturliste gibt einen Überblick über weitere zur Ausbildung geeignete Materialien.

Das Ausbildungsmittel „Umweltschutz in den Berufsfeldern Metalltechnik und Elektrotechnik“ wurde in einer zweijährigen Entwicklungsdauer vom Bundesinstitut in Zusammenarbeit mit Sachverständigen und einem Arbeitskreis von Berufsbildungspraktikern mit einschlägigen Ausbildungserfahrungen erarbeitet. Die vorliegende erste Fassung muß sich nun in der Ausbildungspraxis bewähren und weiterentwickelt werden. Die Notwendigkeit zur ständigen Anpassung an aktuelle Erfordernisse des Umweltschutzes ergibt sich aus den vielfältigen sachlichen und rechtlichen Veränderungen, denen dieser Bereich unterliegt. Dies zu integrieren, ermöglicht auch der formale Aufbau dieses Mediums. In diesem Sinne kann das hier vorgestellte Ausbildungsmittel einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung von Umweltschutzziele bei allen Berufen der Berufsfelder Metalltechnik und Elektrotechnik leisten. Andererseits können diese Unterlagen aber auch als Muster für Ausbildungsmittel anderer Berufsbereiche dienen.

Anmerkungen:

¹ Lechtenberg, D.; Stern, I.; Benner, H.: Umweltschutz und Ausbildungsordnungen. In: Zeitschrift für Berufsbildungsforschung (1973) 3, S. 11–15

² Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung (Hrsg.): Einbeziehen von Fragen des Umweltschutzes in die berufliche Bildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 17(1988)3, S. 59 und 60

³ Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung (Hrsg.): Umweltschutz in der beruflichen Bildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 20(1991)3, S. 41

⁴ Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Umweltschutz in der beruflichen Bildung — Ergebnisse, Veröffentlichungen und Materialien aus dem BIBB. Berlin 1992, Manuskriptdruck

⁵ Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Blechbearbeitung

- Übungen für den Auszubildenden
- Aufgaben, Bewertungsbogen, Arbeitsblätter
- Arbeitstransparente
- Begleitheft für den Ausbilder

Berlin 1990, zweite neu bearbeitete Auflage

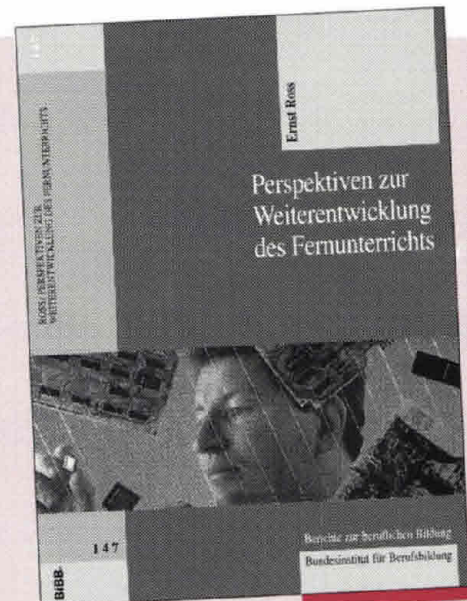
⁶ Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Metallkleben

- Übungen für den Auszubildenden
 - Aufgaben, Bewertungsbogen, Arbeitsblätter
 - Arbeitstransparente
 - Begleitheft für den Ausbilder
- Berlin 1990, zweite neu bearbeitete Auflage

⁷ Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) Umweltschutz in den Berufsfeldern Metalltechnik und Elektrotechnik

- Unterlagen für den Auszubildenden
- Aufgaben, Arbeitsblätter
- Arbeitstransparente
- Begleitheft für den Ausbilder

erste Auflage, Berlin 1993



Ernst Ross

PERSPEKTIVEN ZUR WEITERENTWICKLUNG DES FERNUNTERRICHTS

EINE PROBLEMANALYSE ZUR PLANUNG, ENTWICKLUNG UND DURCHFÜHRUNG VON FERNLEHRGÄNGEN AM BEISPIEL DES MODELL-FERNLEHRGANGS ELEKTRONIK DES BUNDESINSTITUTS FÜR BERUFSBILDUNG

BERICHTE ZUR BERUFLICHEN BILDUNG, HEFT 147
Berlin, 1992, 304 Seiten, 25,00 DM;
ISBN: 3-88555-483-6

Gegenstand der Studie sind Probleme einer auf Weiterentwicklung des Fernunterrichts abzielenden Planung, Entwicklung und Durchführung von Fernlehrgängen für die berufliche Weiterbildung. Diese werden am Beispiel des Modellfernlehrgangs Elektronik, eines Projekts des Bundesinstituts für Berufsbildung dargestellt, diskutiert und untersucht.

Sie erhalten diese Veröffentlichungen beim Bundesinstitut für Berufsbildung - K3/Vertrieb
Fehrbelliner Platz 3
1000 Berlin 31
Telefon: 030-86 43-25 20/25 16
Telefax: 030-86 43-26 07

Berufsschule in Nöten — Hilfen erforderlich!

Dietrich Pukas

*Dr. phil., Diplompädagoge,
Studiendirektor, Koordinator
an der Otto-Brenner-
Schule, Berufsfeld Metall-
technik, in Hannover*



In seinem Kommentar „Duales System in Not: Die Berufsschule baut ab“¹ befaßt sich der Generalsekretär des BIBB, zuständig für die betriebliche Aus-, Fort- und Weiterbildung, erfreulicherweise mit den aktuellen Problemen der Berufsschule und macht sich für eine Verbesserung der schwierigen Situation stark. Denn die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen Binnenmarkt, die Leistungsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems hängt maßgeblich von der tragfähigen Säule „Berufsschule“ ab. Allerdings erweckt SCHMIDT's Kommentar und besonders die Überschrift, daß die Berufsschule abbaut, doch den Eindruck eines gravierenden Substanzverlustes. Und manch potentieller Bewerber für den Berufsschullehrerberuf mag sich fragen, ob es sich denn überhaupt noch lohnt, auf das sinkende Schiff „Berufsschule“ aufzuspringen.

Es sei mir — dem die Berufsschule seit fast 30 Jahren am Herzen liegt, der ich sie jedoch auch stets kritisch betrachtet habe — daher gestattet, den auf jeden Fall verdienstvollen Beitrag SCHMIDT's vom Standpunkt des unmittelbar betroffenen Insiders zu kommentieren.

Als Dualpartner der Betriebe einerseits und als alternatives Bildungs- und Qualifizie-

rungszentrum gegenüber den weiterführenden allgemeinen Schulen und dem Hochschulwesen andererseits hat sich die Berufsschule neuen Aufgaben und den Anforderungen des technischen Fortschritts und gesellschaftlichen Wandels zu stellen. Insofern ist SCHMIDT voll darin zuzustimmen, daß sie heutzutage „Qualifikationen wie Sprach- und Europakompetenz, Teamfähigkeit, Systemkenntnis, Flexibilität und Umweltbewußtsein“ vermitteln muß. Auf SCHMIDT's Frage, ob die Berufsschule sich dem gewachsen erweist, ist festzustellen, daß sie dazu zum großen Teil in der Lage sein dürfte, daß hier aber Nachholbedarf besteht. Denn die Berufsschule ist reformbedürftig, seit sie im Zuge der Verwissenschaftlichung der Gewerbelehrausbildung als technische Qualifizierungsanstalt ausgebaut wurde und überwiegend die Funktion berufsfachlicher Erthüchtigung erfüllt.² Die Fachdidaktiken beruflicher Fachrichtungen an den Hochschulen befinden sich in defizitärem Zustand, Projektstudien und interdisziplinäre Veranstaltungen sind eine Seltenheit, Integrativstudiengänge fehlen weitgehend, der Stellenwert der Berufspädagogik ist ziemlich gering, erziehungswissenschaftliche Erkenntnis ist angesichts allgemeiner Theorienverdrossenheit wenig gefragt, wie auch die jüngsten Diskussionen der Berufsschullehrer-Ausbildungsmodelle offenbaren.³

Eine Studienreform zur Stärkung der didaktisch-pädagogischen Autonomie der Berufsschullehrer bleibt nach wie vor wünschenswert, und zwar im Rahmen einer grundständigen Berufsschullehrerausbildung. Die Be-

rufsschullehrerverbände erheben dieses Postulat seit geraumer Zeit. Daß die Bildungspolitiker diese Forderung angesichts der katastrophalen Überlastung der Hochschulen für nebensächlich und nichtig halten, darf indes nicht überraschen. Dennoch oder gerade deshalb muß eine zeitgemäße Studiengestaltung für das Lehramt an beruflichen Schulen verlangt werden, und es ist begrüßenswert und konsequent, daß SCHMIDT sich dieser Forderung annimmt.

Der Berufsschullehrermangel und die derzeitigen Sondermaßnahmen zur Behebung sind nicht nur ein alter Hut bzw. eine Neuauflage früheren Krisenmanagements. Gerade weil man diese krisenhafte Entwicklung oder gar Wiederholung infolge längerfristig vorliegender Daten hätte abwenden können, treten hier zwei Kardinalfehler gegenwärtiger Politik überhaupt zutage: kurzfristiges Planen in Legislaturperioden und abgeschottetes Ressortdenken. Besonders der Kampf um die knappen Gelder trägt maßgeblich dazu bei, daß durchweg nur naheliegende Ziele angestrebt werden. Allzu häufig wird nach dem Motto verfahren: Warum sich über die nächste Wahl hinaus sorgen, wenn dann vielleicht andere das Sagen haben; es gilt, erstmal die Zeit bis dahin durchzustehen! Vor allem fehlt es an grundlegender Koordinierung, zusammenschauender Komplexplanung, weitreichender Gesamtverantwortung.⁴ Eine Höherbesoldung der Berufsschullehrer, wie sie SCHMIDT u. a. zur Attraktivitätssteigerung vorschwebt, erscheint da als Utopie: Es wäre indes schon viel gewonnen, wenn man endlich die Benachteiligungen der Gewerbelehrer gegenüber den Gymnasiallehrern von den Arbeitsbedingungen und dem Beförderungstellenkegel her aufhobe.

Daß SCHMIDT sich auch noch für die Erweiterung der Gestaltungsfreiräume für Schulleiter und Berufsschullehrer einsetzt und das ungünstige Lernklima in einer „durchgeregelten Berufsschule“ beklagt, ist sehr lobenswert. Auch das erweist sich freilich als

systemtypische Einengung, und es erscheint unwahrscheinlich, daß sich die separierte, fächergebundene Notengebung in absehbarer Zeit überwinden läßt. Indessen bedürften die Berufsschullehrer dringend der curricularen Unterstützung durch ein dem BIBB vergleichbares Institut für berufsschulnahe Forschung, um den neuen Aufgaben gerecht zu werden. Man stelle sich die Konzipierung und Umsetzung der neugeordneten Berufsausbildungen in den Betrieben ohne die Arbeit des BIBB vor!

Die gegenwärtige Misere der Berufsschule ist weder neuartig noch hausgemacht, vielmehr erweist sie sich als systemimmanent und als Ausdruck der gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit. Und ihre Bewältigung wird so gut oder so schlecht gelingen, wie sich die Probleme überhaupt lösen bzw. gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen lassen — nämlich allmählich durch zunehmende Aufklärung der Bürger von unten, Rückschläge eingeschlossen.

Die konkrete Lage an den Berufsschulen ist nicht trostlos, sie ist hinsichtlich der Lehrerversorgung alle Male besser als etwa in den sechziger Jahren. Und sie wird sich heute wie damals dadurch entspannen, daß uns wie in den siebziger Jahren wiederum ein Ingenieur-Boom bevorsteht und dieser dem Berufsschullehrer-Nachwuchs zugute kommt. Der Bewerberandrang zu den Sondermaßnahmen in Niedersachsen deutet bereits darauf hin. Im übrigen stehen die Berufsschullehrer mit ihrer Fach- und Methodenkompetenz bei der Durchführung der anspruchsvolleren Facharbeiter- und Gesellenprüfungen in den neugeordneten Berufen wieder hoch im Kurs, nachdem sie für die Prüfungen mit PAL-Aufgaben kaum noch gebraucht wurden. Auf diesem Gebiet gibt es inzwischen Ansätze fruchtbarer Kooperation. Erwähnt sei abschließend noch eine technik-didaktische Initiative von Kollegen des Verfassers, die projektorientierte Materialien zur Umsetzung der Neuordnung in den Berufsschulunterricht entwickeln.⁵

Anmerkungen:

¹ Schmidt, H.: *Duales System in Not: Die Berufsschule baut ab*. In: BWP 21(1992)5, S. 1

² Vgl. Pukas, D.: *Die gewerbliche Berufsschule der Fachrichtung Metalltechnik: Ihre Entstehung um die Jahrhundertwende und ihre Entwicklung bis zur Gegenwart*, Alsbach 1988

³ Vgl. Lipsmeier, A.: *Berufsschullehrer-Studiengänge im Kontext von Bedarfsdeckung und Professionalisierung*. In: ZBW 88(1992)5, S. 358—378

Vgl. Bader, R. u. a.: *Sondermaßnahmen zur Deckung des Lehrbedarfs an beruflichen Schulen*. In: BbSch 44 (1992)9, S. 503—514

⁴ Vgl. Pukas, D.: *Politik-Alternativen — Aufgabe und Problematik der gesellschaftspolitischen Erneuerung in unserer Zeit*. In: *Geschichte — Erziehung — Politik (GEP)* 3(1992)5, S. 289—298

⁵ Vgl. Erdmann, U. (Hrsg.): *Metalltechnik — Projektorientierte Materialien: Biegevorrichtung*, Hannover 1991 (Lehrer- und Schülerband)

Vgl. Erdmann, U.; Reinkensmeier, H.: *Verfahrenstechnik — Projektorientierte Materialien: Vom Schweißteil zum Gußstück — Schleifbock*, Hannover 1992

Vgl. Seifert, W.: *Technologie und Umwelt — Mensch und Technik*, Hannover 1992

Vgl. Ders.: *Die Zukunft des neuen Facharbeiters*, Hannover 1992

Vgl. Ders.: *Mensch und Arbeit*, Hannover 1992

Fachtagung Kommunale Bildungs- und Weiterbildungsberatung

Dietrich Harke, Heinrich Krüger

Vom 2. bis 3. November 1992 fand in Köln die 2. Fachtagung Kommunale Bildungs- und Weiterbildungsberatung — Aufgaben und Perspektiven — statt. Veranstalter war der Deutsche Städtetag in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule und Weiterbildung Nordrhein-Westfalen und der Bildungsberatung der Stadt Köln. An der Veranstaltung nahmen etwa 150 Vertreter/-innen von Bildungsberatungsstellen aus dem gesamten Bundesgebiet teil, darunter auch zahlreiche aus den neuen Bundesländern. Vertreten waren auch Verantwortliche für Weiterbildung, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung.

Ziel der Fachtagung war es, den begonnenen Dialog über Kernprobleme von Bildungs- und Weiterbildungsberatung fortzusetzen und dabei die Bedeutung dieses kommunalen Dienstleistungsangebotes herauszustellen. Weiterbildung — und damit auch eine qualifizierte Beratung dazu — hat in den letzten

Jahren einen immer größeren Stellenwert erlangt: in den alten Bundesländern vor allem in Hinblick auf die Bewältigung des technologischen Wandels, in den neuen insbesondere hinsichtlich des Umstrukturierungsprozesses in Wirtschaft und Gesellschaft.

Im Mittelpunkt des ersten Tages stand ein bildungspolitisches Referat von PETER FAULSTICH, Professor für Berufspädagogik an der Gesamthochschule Kassel, über „Neue Aufgabenfelder kommunaler Bildungs- und Weiterbildungsberatung“. Anhand von 14 Thesen beschrieb er die Entwicklung in der Weiterbildung und ihre Bedeutung für die Weiterbildungsberatung. Weiterbildungsberatung hat ihre Aufgabenstellung in einem expandierenden Bildungsbereich, der durch Forderungen nach mehr Markt und mehr Markttransparenz gekennzeichnet ist und dessen Rahmenbedingungen sich durch die entstandene „gesamtddeutsche Weiterbildungslandschaft“ geändert haben. Den bisherigen Vorteilen des „pluralen Systems“ von Weiterbildung im Westen stehen in den neuen Ländern Erfahrungen mit einem höchst unübersichtlichen Angebot und mit unzähligen neuen Trägern gegenüber, unter denen nicht wenige versuchen, mit Mitteln der Arbeitsämter „eine schnelle Mark“ zu machen. Dies zeigt die Defizite und Probleme eines ausschließlich an kommerziellen Interessen orientierten Marktes.

FAULSTICH plädierte für einen Grad „mittlerer Systematisierung“ für die Weiterbildung, ohne Verschulung oder Verstaatlichung dieses Bildungsbereichs, aber mit einer stärkeren Systematisierung als bisher. Die öffentliche Verantwortung für ein angemessenes System der Weiterbildung ist zu unterstreichen, und entsprechende Strategien sind zu entwickeln, vor allem durch:

- Sicherstellen der Grundstrukturen für ein zugängliches Weiterbildungssystem einschließlich öffentlicher Gewährleistung und Trägerschaft und der Sicherung von Mindestqualität,

- Rahmensetzung für angemessene Formen der Koordination und Kooperation unter den Trägern, um vorhandene Ressourcen besser zu nutzen und nicht zu vergeuden,
- den Aufbau von Informations- und Beratungsangeboten als eine Infrastruktur, die Entscheidungsträgern, Bildungseinrichtungen, Lehrenden und Teilnehmern insgesamt zugute kommt.

Zu den wichtigen Aufgaben der Weiterbildungsberatung gehören: die Transparenz der Angebote herzustellen, deren Qualität zu sichern, die Motivation zur Weiterbildung zu fördern und die Einbindung in kommunale und regionale Strukturpolitik. Diese Aufgaben sollten in trägerunabhängigen und trägerübergreifenden Organisationsformen wahrgenommen werden.

Das Programm des ersten Nachmittags wurde durch zwei weitere Referate abgerundet: ANTJE VON REIN aus dem Adolf-Grimme-Institut sprach über „Kommunale Öffentlichkeitsarbeit und Weiterbildung“ unter dem Blickwinkel von Beratungsstellen und DETLEF SAMLAND, Mitglied des Europäischen Parlaments, gab einen Überblick zum Thema „Weiterbildung für Europa“.

Am zweiten Tag fand ein Erfahrungsaustausch der Teilnehmer in drei Arbeitsgruppen statt.

In der **Arbeitsgruppe 1** wurde über „Weiterbildung und Weiterbildungsberatung in den neuen Bundesländern“ diskutiert. Den Hintergrund bildeten Erfahrungen beim Aufbau von Beratungsstellen in den neuen Bundesländern: sechs im Rahmen eines BMBW-Projektes unterstützt, ca. 20 auf Initiativen der Länder entstanden und einzelne durch kommunale Aktivitäten geschaffen.

Es ergaben sich drei Problemschwerpunkte:

- Die meist noch unzureichende Absicherung der Arbeit und der Stellen: ein Großteil

der Berater und Beraterinnen wird aus ABM-Mitteln finanziert. Damit kann kein langfristiges Beratungsangebot sichergestellt werden.

- Beratungsarbeit ist in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation der neuen Länder sehr schwierig: es gibt keine zuverlässigen regionalen Arbeitsmarktprognosen und kaum erfolgversprechende Perspektiven für Ratsuchende; es wird zunehmend schwerer, sie für Weiterbildung zu motivieren.

- Die vorgesehene AFG-Novellierung wird als sehr ernste Bedrohung angesehen: sie würde durch die geplanten Einschränkungen der ABM-Maßnahmen nicht nur viele Berater/-innen mit entsprechendem Beschäftigungsstatus selbst treffen, sondern auch die Angebote für Ratsuchende stark beschneiden.

Als Lösungsmöglichkeiten für die genannten Probleme wurden vor allem diskutiert: eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Beratungsstellen mit intensiven Kontakten zu regionalen und überregionalen politischen und wirtschaftlichen Institutionen. Ziel sollte längerfristig die Übernahme der Beratungsstellen in kommunale Regie sein und eine Verankerung ihrer Aufgaben in Weiterbildungsgesetzen der Länder.

Die **Arbeitsgruppe 2** befaßte sich mit „Datenbanken als Instrument zur Planungs- und Strukturentwicklung in der Weiterbildung“. Dabei wurde festgestellt, daß die Diskussion über Maßnahmen zur Strukturentwicklung auf kommunaler bzw. regionaler Ebene bislang die ganzheitlich verstandene Weiterbildung ausgeklammert hat.

Es wurde Übereinstimmung erzielt, daß die vor Ort bestehende Weiterbildungsberatung sich zukünftig stärker in diese Diskussion einbringen muß. Weiterbildungsdatenbanken stellen in dieser Hinsicht ein geeignetes Planungsinstrument dar.

Die **Arbeitsgruppe 3** hatte das Thema „Werten und Gewichten von Informationen — der Beitrag der Weiterbildungsberatung zur Entwicklung von Qualitätsstandards“. Die Diskussion orientierte sich an folgenden Thesen:

- Weiterbildungsberatung ist keine Kontrollinstanz beruflicher Weiterbildung — vergleichbar z. B. den Kammern oder der Arbeitsverwaltung. Ihr Anspruch der Trägerneutralität wäre sonst gefährdet.

- Die Informationsmaterialien von Weiterbildungseinrichtungen sind häufig durch mangelnde curriculare Transparenz und geringe Vergleichbarkeit gekennzeichnet. Weiterbildungsberatung muß deshalb die verfügbaren Informationen aussagefähig und vergleichbar als Entscheidungshilfe für Ratsuchende aufbereiten, d. h. in einem Raster, das auch zeigt, welche Informationen fehlen oder mangelhaft sind. Dazu sollte eine Liste von 18 Punkten beachtet werden; sie basieren auf der Checkliste „Qualität beruflicher Weiterbildung“ vom Bundesinstitut für Berufsbildung.

- Weiterbildungsberatung ist auch Partnerin für Weiterbildungseinrichtungen (Institutionenberatung) bei dem gemeinsamen Ziel, die Weiterbildungsinfrastruktur zu verbessern und auch gemeinsam für die Sicherung der Qualität zu sorgen. Sie könnte z. B. moderierend in einem freiwilligen Arbeitskreis von Weiterbildungseinrichtungen zur „Qualitätssicherung“ mitarbeiten oder im Auftrag von Trägern Teilnehmerbefragungen durchführen. Bei kommunaler Trägerschaft käme auch eine Mitarbeit im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes in Betracht.

Weiterbildungsberatung sollte sich auch um den Arbeitsmarkterfolg von Weiterbildung kümmern, z. B. durch Nachbefragung von Ratsuchenden. Die Ermittlung des regionalen Weiterbildungsbedarfs und die arbeitsmarktliche Verwertbarkeit einzelner Ange-

bote wird als wichtige aber auch besonders schwierige Aufgabe gesehen.

Eine Dokumentation der Tagungsbeiträge und -ergebnisse wird demnächst vom Deutschen Städtetag vorgelegt. Diese und weitere Informationen sind zu erhalten vom: Deutschen Städtetag, Hauptgeschäftsstelle, Klaus Hebborn oder Ada Fischer, Lindenallee 13–17, 5000 Köln 51 (Marienburg), Tel.: (02 21) 37 71-2 65 und -2 90.

Nachholbedarf bei kaufmännischen Berufen in den östlichen Bundesländern

Rudolf Werner

In den östlichen Bundesländern gibt es noch wenig Ausbildungsstellen in den kaufmännischen und Dienstleistungsberufen. Der Schwerpunkt liegt bei den industriellen und gewerblichen Berufen. Dies ergibt eine Analyse der Berufsbildungsstatistik von Anfang 1992 durch das Bundesinstitut für Berufsbildung.

Die industriellen Berufe umfassen in den östlichen Ländern trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Industriebetriebe 38 Prozent aller Ausbildungsverträge, im Westen sind dies nur 20 Prozent. Viele Jugendliche haben auch Ausbildungsplätze in den neuen Metall- und Elektroberufen gefunden. Einen großen Anteil daran haben Ausbildungsringe und außerbetriebliche Einrichtungen. Sie nutzen auch häufig die Einrichtungen der früheren Großbetriebe.

Erfreulich ist, daß im Handwerk in den östlichen Ländern bereits in größerem Umfang

**Tabelle: Anteile der Ausbildungsbe-
reiche in alten und neuen Bundesländern
Anfang 1992- in Prozent**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berufliche Bildung;
Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

	Alte Bundes- länder	Neue Bundes- länder
Industrielle Berufe	20,5	37,8
Kaufmännische u. technische Berufe in Industrie u. Handel	30,9	23,2
Handwerk	32,2	28,6
Landwirtschaft	1,9	4,5
Öffentlicher Dienst	4,3	1,6
Freie Berufe	9,6	2,9
Hauswirtschaft	0,6	1,2
Seeschifffahrt	0,1	0,2

ausgebildet wird. Der Anteil des Handwerks (29 Prozent) ist bereits fast ebenso groß wie in den westlichen Ländern (32 Prozent). Insbesondere in den Bauberufen haben in den östlichen Ländern relativ viele Jugendliche einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen.

Auch die Landwirtschaft hat einen großen Anteil am Ausbildungsplatzangebot (fünf Prozent), während in den westlichen Ländern der entsprechende Wert bei zwei Prozent liegt. Hier wirken offensichtlich die Strukturen der früheren DDR nach. Die Landwirtschaft befindet sich in einer großen Umbruchphase, und die Beschäftigungschancen der Ausgebildeten sind ungewiß.

Bei den Freien Berufen sind die Praxen und Büros erst noch im Aufbau. So gibt es noch kaum Ausbildungsplätze bei Ärzten, Zahnärzten, Rechtsanwälten und Steuerberatern, bei Reisebüros und Versicherungen. Auch im Öffentlichen Dienst der neuen Länder sind erst wenige Ausbildungsstellen eingerichtet. Dadurch haben vor allem junge Frauen Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden. Ihr Anteil (38 Prozent) ist deutlich geringer als in den westlichen Bundesländern (42 Prozent).

Insgesamt waren in den neuen Ländern Anfang 1992 235 000 Ausbildungsverträge regi-

striert. Diese Zahl ist im Verhältnis zur Wohnbevölkerung in den östlichen Ländern noch deutlich niedriger als in den westlichen Ländern.

Diskussionspapiere der Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungs- politik — Bildung 2000“ des 11. Deutschen Bundestages

Eckart Kuhlwein

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukünftige Bildungspolitik — Bildung 2000“ hat in einer Reihe von Gutachten bildungspolitisch relevante Probleme aufarbeiten lassen. Darin sollten die langfristig wirksamen gesellschaftlichen Faktoren untersucht werden, von denen die zukünftige Bildungspolitik des Bundes ausgehen bzw. die sie mitgestalten kann.

Die Kommission sollte u. a. die Bildungsbe-
teiligung sowie die Übergänge innerhalb des
Bildungssystems und vom Bildungs- in das
Beschäftigungssystem analysieren und Vor-
schläge zur Verbesserung auch der Chancen
benachteiligter Schichten und Gruppen ma-
chen. Sie sollte prüfen, welche Kenntnisse,
Fähigkeiten, Fertigkeiten und soziale Hal-
tungen in der beruflichen Bildung, der Hoch-
schule und der Weiterbildung vermittelt wer-
den müssen und wie lebensbegleitendes Ler-
nen für alle ermöglicht werden kann. Weiter
sollte die Kommission die bildungspoliti-
schen Auswirkungen der neuen Informa-
tions- und Kommunikationstechnologien
ebenso untersuchen wie Veränderungen des
Besoldungs- und Beamtenrechts, die sich aus

den neuen Entwicklungen im Bildungsbe-
reich ergeben.

Die Enquete-Kommission will mit der Veröf-
fentlichung der Gutachten Anstöße für eine
intensive Diskussion der bildungspolitischen
Probleme im vereinten Deutschland geben
und wesentliche Beratungsgrundlagen, die
nicht alle durch einen Verlag veröffentlicht
werden, dem begrenzten Kreis von Interes-
sierten offenlegen.

Die nachfolgend genannten Gutachten und
Materialien der Reihe „Diskussionspapiere“
können beim Deutschen Bundestag, Sekreta-
riat des Ausschusses für Bildung und Wis-
senschaft, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, bestellt
werden.

Reihe „Diskussionspapiere“ der Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik — Bildung 2000“

Anne Schlüter, Irmgard Weinbach
**Beteiligung und Einmündung von Frauen
in gewerblich-technische und naturwissen-
schaftliche Ausbildung und Berufe. Mög-
lichkeiten des Distanzabbaus**
Teilgutachten I: (A. Schlüter) Erfahrungen
und Konsequenzen aus dem In- und Ausland
zum Aufbau sozialer Akzeptanz von Frauen
in gewerblich-technischen und technikorien-
tierten Berufen; Teilgutachten II: (Irmgard
Weinbach) Leistung und Interesse im vor-
schulischen und schulischen Bereich

Lenelis Kruse, Annette Niederfranke, Ute
Hartmann

Frauen in Führungspositionen

Rainer Block
**Bildungsbeteiligung in der beruflichen
Weiterbildung**

John Lowe
**Educational Trends and Prospects in
OECD Member Countries**

Hans Bertram, Renate Borrmann-Müller, Susanne von Below, Martin Gille, Irene Hoffmann-Lun, Barbara Keddi, Sabine Sardei, Gerlinde Seidenspinner, Angelika Tölke
Lebensentwürfe von Jugendlichen: Motivation und Berufsorientierung, Pläne und ihre Realisierung

Winfried Sommer
Neue Medien/Informations- und Kommunikationssysteme und Bildungswesen — für die Bildungspolitik des Bundes nutzbare internationale Erfahrungen und Innovationen

Hans-Günter Rolff, Hermann Pfeffer, Claudia de Witt, Peter Zimmermann
Die Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien/Neuen Medien für die zukünftige Bildungspolitik des Bundes

Arnulf Bojanowski, Michael Brater, Heinz Dederling, unter Mitarbeit von Erhard Fücke und Gerhard Herz
Qualifikationsbedarf des Beschäftigungssystems und individuelle Bildungsansprüche aus berufspädagogischer Sicht, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Berufsbildung und Allgemeinbildung im Kontext technischer und soziokultureller Entwicklung und Veränderungen

Frank Strikker
Benachteiligte im Berufsbildungssystem — Strukturen, Ursachen, künftige Entwicklung und Maßnahmen

Christoph Nitschke
Umweltlernen in der Berufsbildung und der beruflichen Weiterbildung

Karlwilhelm Stratmann unter Mitarbeit von Manfred Schlösser und Markus J. Lier
Erfahrungen mit dem dualen System der Berufsbildung unter Berücksichtigung der Wandlungen des Begriffs „dual“ und der praktizierten Dualität

Richard Huisinga, Heribert Wirtz unter Mitarbeit von Dirk Osthoff, Uwe Sause. Teilgutachten von Antonius Lipsmeier
Strukturwandel der Ausbildung im Dienstleistungsbereich — Wandel des dualen Systems?

Leonie Herwartz-Emden unter Mitarbeit von Cornelia Mansfeld, Kornelia Schilli
Evaluation des Standes der Forschung zur kompensatorischen und interkulturellen Bildung ausländischer und deutscher Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland

Helga Krüger in Zusammenarbeit mit Silke Axhausen, Uta Brandes, Charlotte Dorn, Susanne Kretzer, Ursula Rettke und Antoinette Rozema
Frauen und Bildung. Wege der Aneignung und Verwertung von Qualifikationen in weiblichen Erwerbsbiographien

Teilgutachten I: (Silke Axhausen) Auswirkungen der Vereinbarkeitsproblematik eines Zusammenlebens mit Kindern und kontinuierlicher Berufstätigkeit für Frauen; Teilgutachten II: (Susanne Kretzer/Ursula Rettke) Analyse der Übergangsproblematik junger Frauen beim Übertritt vom allgemeinbildenden in das berufsbildende und in das Beschäftigungssystem; Teilgutachten III: (Uta Brandes) Die Entwicklung gesellschaftlicher Bedarfe, die Neubewertung personenorientierter Arbeit, die Anforderungen an die sozialpflegerischen Berufe und die Neuordnung der Sozialberufe; Teilgutachten IV: (Antoinette Rozema/Charlotte Dorn) Entwicklungstendenzen im Dienstleistungsbereich — am Beispiel der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation von Frauen im Verkaufsberuf und des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnologien im Büro

Meinhard Schröder unter Mitarbeit von Thomas Hardt und Nikolaus Meves
Europäische Bildungspolitik und bundesstaatliche Ordnung

Karen Leuow, Christoph Nitschke
Die Rolle der Bildungsarbeit im ökologischen Landbau bei der Lösung ländlicher Strukturprobleme

Jan Hofmann, Helmut Sonder unter Mitarbeit von Michael Tiedtke, Jutta Heuer und Ines Bartczak

Inhaltsanalytische Untersuchung von im Zeitraum Oktober 1989 bis März 1990 außerhalb institutionalisierter Strukturen entstandenen bildungskonzeptionellen Vorstellungen

Perspektiven der Hochschulentwicklung. Zusammenstellung der Eingangsstatements und schriftlichen Stellungnahmen zu den öffentlichen Anhörungen „Bildungsinhalte/Lehre“, „Strukturen“, „Forschung“, „Frauen und Hochschule“

Ausschuß für Fragen Behinderter: Ausbildung und Umschulung Behinderter in Elektroberufen

Saskia Keune

Auf der Sitzung am 9. September 1992 befaßte sich der Ausschuß für Fragen Behinderter mit den Ergebnissen einer vom BIBB durchgeführten Studie zur „Ausbildung und Umschulung Behinderter in Elektroberufen“. Der Ausschuß hatte dieses Projekt seit 1988 durch einen Projektbeirat (Arbeitsgruppe Elektro) begleitet.

Im Mittelpunkt der Studie stehen die Möglichkeiten der Ausbildung und Umschulung in den neu geordneten Elektroberufen von jugendlichen und erwachsenen Behinderten. Die technische und wirtschaftliche Entwick-

lung fordert im Elektrobereich neue berufliche Qualifikationsprofile und -niveaus. Durch die in den letzten Jahren durchgeführten Neuordnungen wurde versucht, den veränderten Anforderungen des Arbeitsmarktes zu entsprechen.

Im August 1987 trat die Verordnung über die Berufsausbildung in den industriellen Elektroberufen in Kraft. Damit entfielen nach einer Übergangsfrist die früheren Ausbildungsberufe aus dem Jahre 1972, somit auch die Berufe der ersten Stufe, die vergleichsweise ein niedrigeres Niveau aufgewiesen haben.

Stark betroffen von dieser Veränderung sind Behinderte, die früher in Berufsbildungswerken und Berufsförderungswerken in Berufen der ersten Stufen ausgebildet worden wären. Im Ausschuß für Fragen Behinderter entstand die Frage, ob durch den Wegfall dieser Berufe die Berufsmöglichkeiten für Behinderte im Elektrobereich eingeschränkt werden.

Die Autoren der Studie beschreiben die Situation der Ausbildung und Umschulung Behinderter in Berufsbildungswerken und Berufsförderungswerken nach der Neuordnung. Es werden Vorschläge für Lösungen und Lösungswege gemacht, wie trotz der veränderten Qualifikationsanforderungen möglichst viele der grundsätzlich für eine Elektroausbildung geeigneten Behinderten ausgebildet werden können.

Zur Evaluation der Projektergebnisse ist eine weitere Erhebung in Berufsbildungs- und Berufsförderungswerken durchgeführt worden. Im Ausschuß für Fragen Behinderter wurde festgestellt, daß die Projektergebnisse sehr positiv aufgenommen und viele im Projekt gemachte Vorschläge für neue pädagogische Ansätze umgesetzt worden sind oder noch umgesetzt werden sollen. Dabei wird auch die Notwendigkeit gesehen, daß weitere Hilfen für junge Menschen mit schweren und komplexen Auswirkungen der Behinderung

entwickelt werden müssen. Als notwendig erachtet werden z. B.

- stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis (Laborverbund),
- Entwicklung geeigneter Projekte und Leittexte für Behinderte mit Leistungsschwächen im kognitiven Bereich,
- Veränderung der Prüfungsmodalitäten,
- Fortbildungskonzepte zu Schlüsselqualifikationen für Ausbilder,
- verbesserte Rahmenbedingungen (z. B. für Kleingruppenarbeit).

Bei den angesprochenen notwendigen Entwicklungsarbeiten bietet sich auch das Instrument „Modellversuche“ an. Zielprojektion möglicher Modellversuche sind u. a.:

- innovative curriculare Weiterentwicklungen,
- Differenzierung nach im Lernen schwächeren und stärkeren Adressatenkreisen,
- Entwicklung von Fortbildungskonzepten für Ausbilder,
- Entwicklung von Maßnahmen, um Abbrüche und endgültiges Prüfungsversagen zu vermeiden.

In der Diskussion wurde zusammenfassend nochmals auf die Notwendigkeit der Erprobung einer stärkeren theorie-praxisverknüpfenden Ausbildung und der Entwicklung geeigneter Curricula für den besonders schwachen Personenkreis hingewiesen.

Abschließend ist an dieser Stelle dem Ausschuß für Fragen Behinderter, der Arbeitsgruppe Elektro und allen Beteiligten aus Berufsbildungs- und Berufsförderungswerken zu danken, daß sie mit viel Mühe und Geduld ihren Beitrag für das Projekt und dessen Umsetzung geleistet haben.

Anmerkung:

¹ Vgl. dazu die vom BIBB herausgegebene Veröffentlichung. Borch, H.; Keune, S.; Mötzing, F.; Weißmann, H.: Ausbildung und Umschulung Behinderter in Elektroberufen. In: Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 143. Hrsg.: Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin 1992.

Entwicklung und Erprobung eines Qualifikations-transfers zwischen überbetrieblichen Ausbildungszentren

Christel Alt

Auf der Basis von rechnergestützten Betriebsstrukturen und unter Einbeziehung einer Qualifizierungsberatung wird die Entwicklung und Erprobung eines Qualifikationstransfers zwischen den überbetrieblichen Ausbildungszentren (ÜAZ) Waren und Elmshorn durchgeführt. Dieses Projekt wird aus Mitteln des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft im Rahmen des Programms „Innovationstransfer Berufsbildung in der Wirtschaft“ gefördert. Zielgruppe sind Ausbilder, Weiterbildungspersonal und Auszubildende, Umschüler und Weiterbildungsteilnehmer des ÜAZ Waren sowie regionaler Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern, die im Umschulungs- und Fortbildungsbereich aktiv sind.

In den fünf neuen Ländern sind bisher bestehende kommunale Berufsschulen am 31. August 1990 aufgelöst und neu strukturiert worden. Zugleich ist das System der betriebsangehörigen Berufsschulen entflochten worden, wodurch die dort entwickelten Systeme für das betriebliche Bildungswesen gegenstandslos geworden sind. Jetzt kommt der beruflichen Weiterbildung wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitisch eine besondere Bedeutung zu.

Voraussetzung für eine zielgerichtete Aus- und Fortbildung in den fünf neuen Ländern zur Erledigung der zukünftig geforderten Qualifikationen ist jedoch eine schnelle und

effektive Auseinandersetzung mit den neu geschaffenen Rahmenbedingungen des Bildungswesens, die nicht zuletzt aus der Einführung des dualen Systems resultieren. Hier gilt es, eine technische und kaufmännische Ausbildung entsprechend der bundesrepublikanischen Gesetzgebung zu entwickeln und den betrieblichen regionalen Bedingungen anzupassen.

Ziele des Innovationstransfers

Um betriebsnahe Aus- und Fortbildung in Mecklenburg-Vorpommern zu praktizieren, sollen mit Hilfe einer neu einzurichtenden Qualifizierungsberatung Randbedingungen wie Branchenverteilung in der Region, realisierte Betriebsstrukturen und Produktionsprogramme analysiert werden. Auf der Basis dieses Materials werden Lehrmaterial und Lerninhalte des ÜAZ Waren mit Unterstützung des ÜAZ Elmshorn überarbeitet. Zur Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wird in diesem Zusammenhang im ÜAZ Waren ein ganzheitlicher Lernort eingerichtet, der zukunftsorientierten Lernzielen gerecht werden soll. Hierzu ist die Installierung vollständiger vernetzter Auftrags- und Fertigungsprozesse vorgesehen. So soll ein Lernort geschaffen werden, wo Ausbildungsteile unter Gesichtspunkten akuter betrieblicher Notwendigkeiten und Anforderungen sowohl in der beruflichen Erstausbildung als auch in der Weiterbildung umgesetzt werden.

Ziel ist es, in Kooperation mit den Kammern, der Wirtschaftsförderung, der Technologieberatung und anderen Multiplikatoren ein Dienstleistungsangebot unter Einbeziehung von Qualifizierungsberatung sowie über die Ausarbeitung von Lehrmaterial und Informationsmaterial ein modulares Ausbildungs- und Fortbildungskonzept zu entwickeln.

Das Transferprojekt läuft vom 1. Januar 1992 bis zum 31. Juli 1994.

Ansprechpartner sind:

Dr.-Ing. Martina Klocke, Tel. (0 41 21) 7 95-41

Mathias Klann, Tel. (0 41 21) 7 92-60.

Fachliche Betreuung im Bundesinstitut für Berufsbildung:

Christel Alt, Tel. (0 30) 86 43-23 50.

Leserbrief:

Neuordnungsverfahren Kaufmann/Kauffrau

In BWP 5/92 wird auf Seite 54/55 über den Beginn des Neuordnungsverfahrens Kaufmann/Kauffrau für Warenwirtschaft im Einzelhandel berichtet. Dabei wird leider in nicht zutreffender Weise über eine Zusatzvereinbarung informiert, über die die Sozialpartner des Einzelhandels sich zu verständigen haben, damit — wie zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften abgestimmt — der bestehende zweijährige Ausbildungsberuf Verkäufer/-in aufgehoben werden kann. Es geht dabei nicht um einen Maßnahmenkatalog zur Förderung von „Lernschwachen“. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat vielmehr der Aufhebung des Berufs Verkäufer/-in nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß die Sozialpartner einen „Maßnahmenkatalog zur Förderung der Berufsausbildung Jugendlicher mit Lernproblemen im Einzelhandel“ parallel zum Neuordnungsverfahren erarbeiten und einvernehmlich verabschieden. Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels hat diesem Vorschlag auch nur zugestimmt, weil der Begriff „Jugendliche mit Lernproblemen“ wesentlich offener ist als der Begriff „Lernschwache“ und daher viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet. Zudem wird durch die Begriffswahl der Eindruck vermieden, daß der Einzelhandel sich fast als einziger Wirtschaftsbereich besonders um „schwache“ Jugendliche kümmern soll. Die negativen Folgen für

die Attraktivität und das Image des Ausbildungsplatzes Einzelhandel kann man sich leicht ausmalen. Der Einzelhandel ist vielmehr an der Verbesserung seines Ausbildungsbildes interessiert, was nicht zuletzt aufgrund der in weiten Teilen des Handels sehr schwierigen Nachwuchssituation notwendig ist.

Wilfried Malcher

Hauptvorstand des deutschen Einzelhandels,
Köln

Tagungen/Kongresse/ Seminare

4. Berufspädagogisch-historischer Kongreß '93

Unter dem Thema „Berufsbildung und Gewerbeförderung. Zur Erinnerung an Ferdinand Steinbeis (1807—1893)“ findet der 4. Berufspädagogisch-historische Kongreß vom 6.—8. Oktober 1993 in Stuttgart statt. In Vorträgen und Arbeitsgruppen werden historische und aktuelle Beispiele behandelt, um Fragen des Verhältnisses von Pädagogik und Ökonomie sowie beruflicher Bildung und Wirtschaft zu erörtern.

Anmeldungen werden erbeten an:

Prof. Dr. K.-H. Sommer, Institut für Berufs-, Wirtschafts- und Technikpädagogik (BWT), Keplerstraße 17, 7. Stock, W-7000 Stuttgart 1, Tel.: (07 11) 1 21-31 81, Fax: (07 11) 1 21-31 30

Europäisches Symposium zu innovativen Berufsintegrationsprojekten für benachteiligte Jugendliche

Möglichkeiten zur Chancenverbesserung benachteiligter arbeitsloser Jugendlicher stehen im Mittelpunkt dieser Tagung, die vom 10.—13. März 1993 in Trier stattfindet. Veranstalter ist die Universität Trier.

An diesem Symposium sollen zwölf innovative europäische Projekte (u. a. eine dänische Produktionsschule, ein englisches Kulturprojekt für Arbeitslose, eine spanische Jugendwerkstatt, eine italienische Jugendkooperative) mit Blick auf ihre sozialpädagogische Konzeption hin bearbeitet werden.

Ausführliches Programm, weitere Auskünfte und Anmeldung: Universität Trier. Fachbereich I, Abteilung Pädagogik, Postfach 38 25, W-5500 Trier, Tel.: (06 51) 2 01-23 66/23 65, Fax: (06 51) 2 01-39 41

Europäische Konferenz: Qualifikationen und Kompetenzen im Europa der Zukunft

Eine Konferenz zu Fragen der Rolle der Sozialpartner in der beruflichen Aus- und Weiterbildung in Europa veranstaltet das Europäische Institut für Berufsausbildung/Institut Européen pour la Formation Professionnelle, Paris, vom 29.–31. März 1993 in Wien. Das Programm umfaßt Referate sowohl über die Situation in Europa allgemein als auch in einzelnen Ländern sowie Berichte über die Situation in Betrieben und Wirtschaftsbereichen.

Die Arbeitssprachen der Konferenz sind Deutsch, Englisch und Französisch mit Simultanübersetzungen.

Nähere Informationen über Kosten und Anmeldung der Tagung sind zu erhalten bei: Institut Européen pour la Formation Professionnelle, 91, rue du Faubourg Saint-Honoré, F-75370 Paris CEDEX 08, Fax: Paris 33-1-42 66 15 60.

Beratung und Verkauf im Einzelhandel der neuen Bundesländer

Fragen der Beratung und des Verkaufs im Einzelhandel, insbesondere die Führung kundenbezogener und situationsgerechter Verkaufsgespräche, stehen im Mittelpunkt eines Seminars, daß das Bundesinstitut für Berufsbildung vom 25.–27. Februar 1993 im Ausbilderqualifizierungszentrum für Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow veranstaltet.

Das Seminar wendet sich an Lehrer, Ausbilder, Ausbildungsleiter und Seminarleiter im Einzelhandel.

Nähere Auskünfte sind zu erhalten beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Fehrbelliner Platz 3, W-1000 Berlin 31, Irmgard Frank, Tel.: (0 30) 86 43-23 25.



Kurzbericht über die Sitzung 3/92 des Hauptausschusses am 28./29. Oktober 1992 in Mainz

Die dritte Sitzung des Hauptausschusses im Jahr 1992 fand am 28./29. Oktober 1992 in Mainz statt.

Erstmals in der Geschichte des Hauptausschusses nahmen an einer Sitzung gleichzeitig der **Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Prof. Dr. Ortleb**, der **Präsident der KMK, Kultusminister Prof. Dr. Breitenbach** und die **Kultusministerin des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Götte**, teil. Der Hauptausschuß diskutierte mit den beiden Ministern und der Ministerin sehr ange-regt die Themen „**Gleichwertigkeit** von beruflicher und allgemeiner Bildung“, „**Vor-schläge der Verfassungsreformkommission** zum Bildungs- und Berufsbildungsrecht“ und „**Memorandum der Kommission** über die europäische **Berufsbildungspolitik** der neunziger Jahre“.

Der Hauptausschuß diskutierte darüber hin-aus die Themen „**Programm Euroqualifikation**en, ordnungspolitische Grundsatzfragen am Beispiel von **Ordnungsqualifikationen**“ und „**Fremdsprachen** in der beruflichen Bil-dung“.

Die „**Empfehlung zur Förderung des Personals in der beruflichen Weiterbildung**“ ist vom Hauptausschuß beschlossen worden. Die Beauftragten der Arbeitgeber haben dazu ein Minderheitenvotum eingebracht.

Folgende Forschungsprojekte wurden in das Forschungsprogramm aufgenommen:

FP 1.903 — Strukturen und Entwicklungen des Ausbildungssystems — statistische Analysen und Aufbau von Datenbanken

FP 2.203 — Hochschulzugang Berufserfahrener ohne Abitur — ein Beitrag zur Diskussion der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung

FP 3.601 — Wirkanalyse zur Neuordnung der industriellen Elektroberufe

FP 3.926 — Grundlagen und Entscheidungsvorschlag für die Ordnung des Ausbildungsberufes Datenverarbeitungskaufmann/-frau

FP 3.928 — Erarbeitung von Grundlagen für die Neuordnung der Berufsausbildung zum Fotografen/zur Fotografin

Der Hauptausschuß wurde zum Verordnungsentwurf **3. Verordnung zur Änderung der Ausbildereignungsverordnung Hauswirtschaft** angehört und stimmte zu.

Es lagen dem Hauptausschuß Ergebnisse der Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Entwürfen der Rahmenlehrpläne für die folgenden Berufe zur Stellungnahme vor:

- a) Pharmazeutisch-kaufmännischer Angestellter/ Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte
- b) Bergvermessungstechniker/ Bergvermessungstechnikerin

Er stimmte allen Entwürfen zu, zu a) jedoch unter dem Vorbehalt, daß in einer weiteren Sachverständigensitzung festgestellt wird, daß der Rahmenlehrplan mit der Ausbildungsordnung abgestimmt ist.

Herr Dr. Leve von der Bundesanstalt für Arbeit berichtete im Verlauf dieser Hauptaus-

schußsitzung über die Beratungsdienste der BA und dem europäischen Binnenmarkt.

Am Ende der Sitzung wählte der Hauptausschuß die Vorsitzenden für das Kalenderjahr 1993:

Ulrich Gruber wurde zum Vorsitzenden (Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeber), **Ulf Fink** (Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer), **Prof. Dr. Hans Sehling** (Gruppe der Beauftragten der Länder) und **Dr. Alfred Hardenacke** (Gruppe der Beauftragten des Bundes) wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Die nächste Sitzung (1/93) des Hauptausschusses findet am 10./11. Februar 1993 in Bonn statt.

Personalien

Günter Cramer, Leiter des Zentralen Bildungswesens der AEG Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M., und als Beauftragter der Arbeitgeber Mitglied im Hauptausschuß der Bundesinstituts für Berufsbildung erhielt am 24. November 1992 die Ehrendoktorwürde der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld.

In den Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung wurden am 28./29. Oktober 1992 für die verbleibende Dauer der dritten Sitzungsperiode berufen:

Dr. Jürgen Bauer, Leiter des BDI-Büros, als Beauftragter der Arbeitgeber

Christian Sörensen, Referatsleiter im Ministerium für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, als Beauftragter der Länder

Dr. Klaus Warnke-Gronau, Leitender Ministerialrat im Ministerium für Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, als Beauftragter der Länder

Gisela Hammers-Strizek, Ministerialrätin im Bundesministerium für Wirtschaft, als Beauftragte des Bundes

Beachtliche Leistung des japanischen Bildungswesens

Hermann Schmidt

Bildung, Qualifikation und Arbeit in Japan
Mythos und Wirklichkeit

Prof. Dr. Joachim Münch,
Dr. Mikiko Eswein
mit einem Geleitwort von

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Albach
Erich Schmidt Verlag, Berlin — Bielefeld —
München, 213 Seiten, 56,— DM

Der Untertitel Mythos und Wirklichkeit signalisiert Aufklärung darüber, was denn von den sagenhaften Leistungen des japanischen Bildungssystems der kritischen wissenschaftlichen Analyse standgehalten hat. Der Untertitel hält, was er verspricht. Die Lektüre dieses Buches dürfte vor allen Dingen jenen die Argumente verderben, die den mehr oder weniger reformbedürftigen Bildungssystemen der übrigen Welt die Übernahme des japanischen Bildungssystems empfehlen. Münch und Eswein machen deutlich, daß das japanische Bildungs- und Berufsbildungssystem nur auf dem Hintergrund der landesspezifischen Kultur und Religion, des gesellschaftlichen Bewußtseins und der politisch-wirtschaftlichen Interessen entstehen

konnte. Als lebendiger Mechanismus lebt es nur in dieser Verankerung, was selbstverständlich auch für andere nationale Systeme, wie etwa das duale System der Berufsausbildung in Deutschland, gilt. Diese Feststellung bedeutet selbstverständlich nicht, daß man aus dem Buch von Münch und Eswein über die japanischen Beziehungen zwischen Wettbewerbssystem, Managementverhalten und beruflicher Bildung im Unternehmen gerade in Deutschland nicht auch Nutzen ziehen könnte. Besonders interessant dürfte es sein, die Entwicklungslinien der japanischen Berufsbildungspolitik nachzuvollziehen und ihren Einfluß auf die Bedingungen der Personalentwicklung in den japanischen Unternehmen mit unseren Erfahrungen zu vergleichen. Die Befragungen japanischer Experten, deren Ergebnisse einigen Kapiteln zugrunde liegen, verschaffen den Darstellungen von Münch und Eswein die Lebendigkeit und Authentizität, mit dem sich dieses Buch über vergleichbare Veröffentlichungen hinaushebt.

Beruf, Bildung und Berufsbildung in der Antike?

Bert Heinrich

Berufsbildung bei Platon

auf Gelderwerb gerichtete, vornehmlich handwerkliche Bildung

Willi Maslankowski

Verlag Thomas Hobein, Bergisch Gladbach 1991, 92 Seiten

Wer von uns denkt schon bei Begriffen wie moderne Berufsbildung, Allgemeinbildung, Art und Anzahl der Berufe, bei beruflichen Eignungskriterien und gesetzlichen Grundlagen der Berufsbildung ausgerechnet an die griechische Antike? Wer würde denn schon auf den Gedanken kommen, bei den alten Griechen nachzufragen, was sie zum Thema

Auslandsaufenthalte und internationaler Austausch von Fachkräften der Berufsbildung zu sagen haben? Und wenn schon, kann uns das heute noch berühren? Wer wollte ausgerechnet bei einem der bedeutendsten Philosophen der Antike, nämlich Platon, nachlesen wollen, was er zu den doch meist sehr pragmatischen Fragestellungen heutiger beruflicher Bildung zu sagen hat? So gesehen muß der Titel „Berufsbildung bei Platon“ Verwunderung wecken, die der Untertitel „auf Gelderwerb gerichtete, vornehmlich handwerkliche Bildung“ noch verstärkt. Nun, der Autor hat es unternommen, genau diese Fragen zu stellen und von einer ganz anderen Seite an den großen Philosophen und seine Dialoge heranzugehen. Dies ist ein neuer Ansatz in der Auseinandersetzung mit Platon, der bisher offensichtlich übersehen wurde. Der Autor hat damit der Berufsbildung eine neue Diskussionsebene, auch hinsichtlich ihrer bildungsphilosophischen Fundierung, erschlossen. Um es gleich vorweg zu nehmen: der Ansatz ist tragfähig, es ist überraschend, was der Autor nach intensiver Suche an verschiedensten Stellen in den Werken Platons wider Erwarten zutage fördert. Schon nach den ersten Seiten überträgt sich das Interesse des Autors auf den Leser, man fühlt sich hineingeführt in die Antike, in die Gedankengänge Platons, und aus dem Sog, den der Text ausübt, mag der Wunsch erwachsen, sich wieder mit der Antike zu befassen, Gelerntes aufzufrischen, Zusammenhänge zu finden.

Der Autor verliert durchaus nicht den kritischen Blick auf die Gegebenheiten. So weist er schon in seinen Vorbemerkungen auf Grundlegendes hin: „Die Welt war zur Zeit Platons so sehr viel anders als die von heute. Es lebten nur ca. 100 bis 200 Millionen Menschen in weitaus mehr und kleineren (Stadt-) Staaten oder weit verstreut, um auf nur zwei wichtige Unterschiede hinzuweisen“ (S. 20). Und „Berufsbildung im heutigen Sinn des Wortes gab es damals nicht. Die Bürger sollten lesen und schreiben können, Homer

und andere Dichter verstehen und gymnasisch ausgebildet werden, was zuletzt auch der Landesverteidigung dienlich war. Einen Beruf zu erlernen, war eine eigene Sache und stand nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Platon interessierte Erziehung (Paideia) ganz überwiegend als Hinführung zur Philosophie“ (S. 13). Für ihn hat Bildung ihren Zweck in sich selbst. Es geht ihm nicht um nutzbares Wissen, sondern um das Streben nach Weisheit und Wahrheit. Vor diesem Hintergrund ist es „das Ziel dieser Schrift, Gedanken aus den Dialogen Platons herauszustellen und zu kommentieren, die für die heutige Berufsbildung von Bedeutung sind“ (S. 15). Dabei ergibt sich, daß Berufsbildung in die Bildung überhaupt eingebettet ist, ja, daß sie nur auf der Basis der Allgemeinen Bildung zu entwickeln ist vor dem Hintergrund der Idee der Menschenbildung.

In welcher Fülle bei Platon Aussagen zu finden sind, die einen Bezug zur heutigen Berufsbildung haben, zeigt ein Blick ins Inhaltsverzeichnis. Behandelt werden Begriff und Bedeutung von Berufsbildung, Art und Anzahl der Berufe, Naturanlage zum Lebensberuf und die Unterrichtsfächer wie Mathematik, Arithmetik, Geometrie, Stereometrie sowie die Naturwissenschaften und die Elementenlehre. Schließlich wird über die Lehrer, deren Eignungskriterien und Bezahlung und über die Bedeutung von Auslandsaufenthalten für das Staatswesen berichtet. Die Kapitel über Unterrichtsmethodik, Verwaltungsgrundsätze und gesetzliche Grundlagen runden das Werk ab. Ein kenntnisreiches Geleitwort von Günther Böhme stellt die Arbeit in den größeren Zusammenhang allgemeiner Bildung.

Wenn der Autor in seiner Schlußbemerkung noch einmal darauf hinweist, daß es sich bei der Ausarbeitung des Themas um einen Versuch handelt, so ist zu sagen, daß es ihm gelungen ist, die zeitliche Distanz von über 2 000 Jahren, die zwischen Platon und uns liegen, zu überspringen sowie Nähe und Aktualität herzustellen. Der Wunsch des Rezen-

senten ist es, daß aus den umfangreichen und intensiven Studien des Autors weitere Arbeiten zum Thema hervorgehen, die dem philosophischen Hintergrund und der historischen Einbettung noch mehr Raum geben. Die an der Thematik interessierten Leser werden dankbar sein.

Wenn Berufspädagogen handeln . . .

Klaus-Dieter Höpfner

Wie wir handeln — was wir können

Walter Volpert

Roland Asanger Verlag, Heidelberg 1992,
167 Seiten, 29,80 DM

Der Psychologe Walter Volpert hat ein Buch geschrieben, das auch für Berufspädagogen interessant ist. Er verdichtet in einer sehr verständlichen Sprache (auch für Nichtpsychologen) seine Arbeiten zur und um die psychologische Theorie der Handlungsregulation und greift mit dem Thema „Wie wir handeln . . .“ ein für uns Berufspädagogen zentrales Anliegen auf:

Der Facharbeiter muß selbständig und verantwortungsbewußt handeln können und das auch mit anderen und für andere. Eine Vielzahl von pädagogischen Maßnahmen ist notwendig, um dem gerecht zu werden. Geht es um das Methodische, werden sie oft umrissen mit Projekt-, Leittext- und Teamarbeit. Den theoretischen Hintergrund (wenn vorhanden) für die methodischen Vorgehensweisen bilden hauptsächlich Handlungstheorien. Von diesen Handlungstheorien gibt es eine Vielzahl. In dem Buch werden die wichtigsten Aussagen unterschiedlicher psychologischer Erklärungsansätze und Modelle zum (gegenständlichen) Handeln durch die Klammer eines fiktiven Symposiums unterhaltsam zusammengefaßt. Es treffen sich Psychologen, Pädagogen, Philosophen und andere,

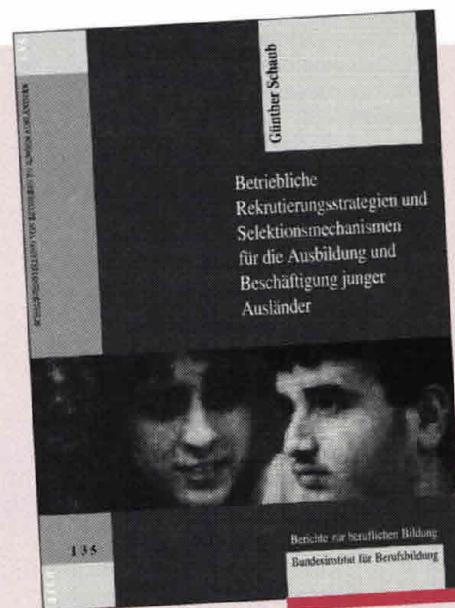
um zum Thema „menschliches Handeln“ zu diskutieren. Die Diskussion wird eingeschränkt auf jenes Handeln, „welches recht unmittelbar materielle Gegenstände verändert (oder doch die Beziehungen des Handelnden zu seiner materiellen Umwelt). Die engeren Themen für die einzelnen Diskussionsrunden sind

- das allgemeine Modell des gegenständlichen Handelns,
- die sozialen Aspekte des gegenständlichen Handelns,
- das Erlernen des gegenständlichen Handelns.

In der Diskussion werden Unterschiede der Theoriepositionen deutlich, aber es bewegen sich die unterschiedlichen Standpunkte in verschiedenen Aspekten auch aufeinander zu.

Im Kapitel „Handeln-Lernen und Meisterschaft“ nähern sich die verschiedenen Positionen zum Erwerb von Handlungskompetenz in der Aussage, daß der Ausgangspunkt dabei „... ein schwieriges kurzatmiges, teilweise mißlingendes Planen und Handeln“ ist, „bei dem der Lernende bereits bestehende Erfahrungen einzusetzen und andere zu übertragen versucht“. Hier knüpfen auch die kritischen Bemerkungen Walter Volperts gegen bestehende Ausbildungspraktiken an. Er warnt: „... man könnte aus dem Modell der hierarchisch-sequentiellen Handlungsorganisation auch die Vorstellung ableiten, der Lernprozeß entwickle sich gewissermaßen von unten nach oben; er beginne also mit Fertigkeiten, baue darauf etwas flexiblere Handlungsformen auf . . . im Leben ist das nicht der Fall (höchstens in der Schule, und da ist es auch falsch . . .).“

Für die große Aufgabe der Berufspädagogen, handlungsorientiertes Lernen als die wesentliche Lernform im Aus- und Fortbildungsprozeß zu initiieren, ist der Inhalt des Buches von Walter Volpert eine wichtige theoretische Fundierung.



Günter Schaub

BETRIEBLICHE REKRUTIERUNGSSTRATEGIEN UND SELEKTIONSMECHANISMEN FÜR DIE AUSBILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG JUNGER AUSLÄNDER

BERICHTE ZUR BERUFLICHEN BILDUNG, HEFT 135
Berlin, 1991, 230 Seiten, 25,00 DM;
ISBN: 3-88555-459-3

Die Studie hat zum Ziel, "die betrieblichen Entscheidungsprozesse hinsichtlich der Qualifizierung, Beschäftigung, aber auch innerbetrieblichen Weiterbildung zu analysieren, um Selektionskriterien zu bestimmen, die die berufliche Integration junger Ausländer erschweren". Ferner sollten "die unterschiedlichen Sichtweisen und Entscheidungskompetenzen erhoben werden, um den komplexen Vorgang der Personaleinsatzplanung und die betriebliche Rekrutierungspraxis zu rekonstruieren."

Sie erhalten diese Veröffentlichungen beim
Bundesinstitut für Berufsbildung -K3/Vertrieb
Fehrbelliner Platz 3
1000 Berlin 31

**Berufsbildung
in Wissenschaft
und Praxis**

**22. Jahrgang
Heft 1
Januar 1993**

HERAUSGEBER

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)
Der Generalsekretär, Dr. Hermann Schmidt
Fehrbelliner Platz 3, W-1000 Berlin 31, und
Friesdorfer Straße 151—153, W-5300 Bonn 2

REDAKTION

Henning Bau (verantwortl.), Karin Elberskirch
Berlin, Telefon (0 30) 86 43-22 40/22 19

BERATENDES REDAKTIONSGREMIUM

Dietrich Harke, Ursula Hecker,
Dr. Joachim Reuling, Rita Stockmann

GESTALTUNG

Hoch Drei, Berlin
Abdullah/Blaumeiser

VERLAG

W. Bertelsmann Verlag KG
Auf dem Esch 4, W-4800 Bielefeld 1

ERSCHEINUNGSWEISE + BEZUGSPREISE

Zweimonatlich
Einzelheft 14,— DM
Jahresabonnement 55,50 DM
Auslandsabonnement 64,— DM
zuzüglich Versandkosten

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrecht-
lich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung des Herausgebers.

MANUSKRIPTE, BEITRÄGE UND REZENSIONEN

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
der Redaktion als angenommen. Namentlich
gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt
die Meinung des Herausgebers dar. Un-
verlangt eingesandte Rezensionsexemplare
werden nicht zurückgesandt.

ISSN 0341—4515

TIBOR ADLER

DR. LASZLO ALEX
CHRISTEL ALT
DR. HERMANN BENNER
DR. GISELA DYBOWSKI
DENNY GLASMANN
DIETRICH HARKE
SASKIA KEUNE
HEINRICH KRÜGER
UTA LANDSBERG
DR. HERMANN SCHMIDT
DR. RUDOLF WERNER
Bundesinstitut für Berufsbildung
Fehrbelliner Platz 3
W-1000 Berlin 31

PROF. DR. ROLF ARNOLD

Universität Kaiserslautern
Pfaffenbergstraße/Gebäude 3
W-6750 Kaiserslautern

EDITH GAWLIK

Bundesinstitut für Berufsbildung
Friesdorfer Straße 151/153
W-5300 Bonn 2

ECKART KUHLEIN

Deutscher Bundestag
Bundeshaus
W-5300 Bonn 1

DR. DIETRICH PUKAS

Lahnast 40
W-3052 Bad Nenndorf

DR. FRITZ SCHAUMANN

Bundesministerium für Bildung und
Wissenschaft
Heinemannstraße 2
W-5300 Bonn 2

**PETER DEHNBOSTEL, HEINZ HOLZ,
HERMANN NOVAK (HRSG.)**

**LERNEN FÜR DIE ZUKUNFT
DURCH VERSTÄRKTES
LERNEN AM ARBEITSPLATZ**

**DEZENTRALE AUS- UND WEITERBILDUNGS-
KONZEPTE IN DER PRAXIS**

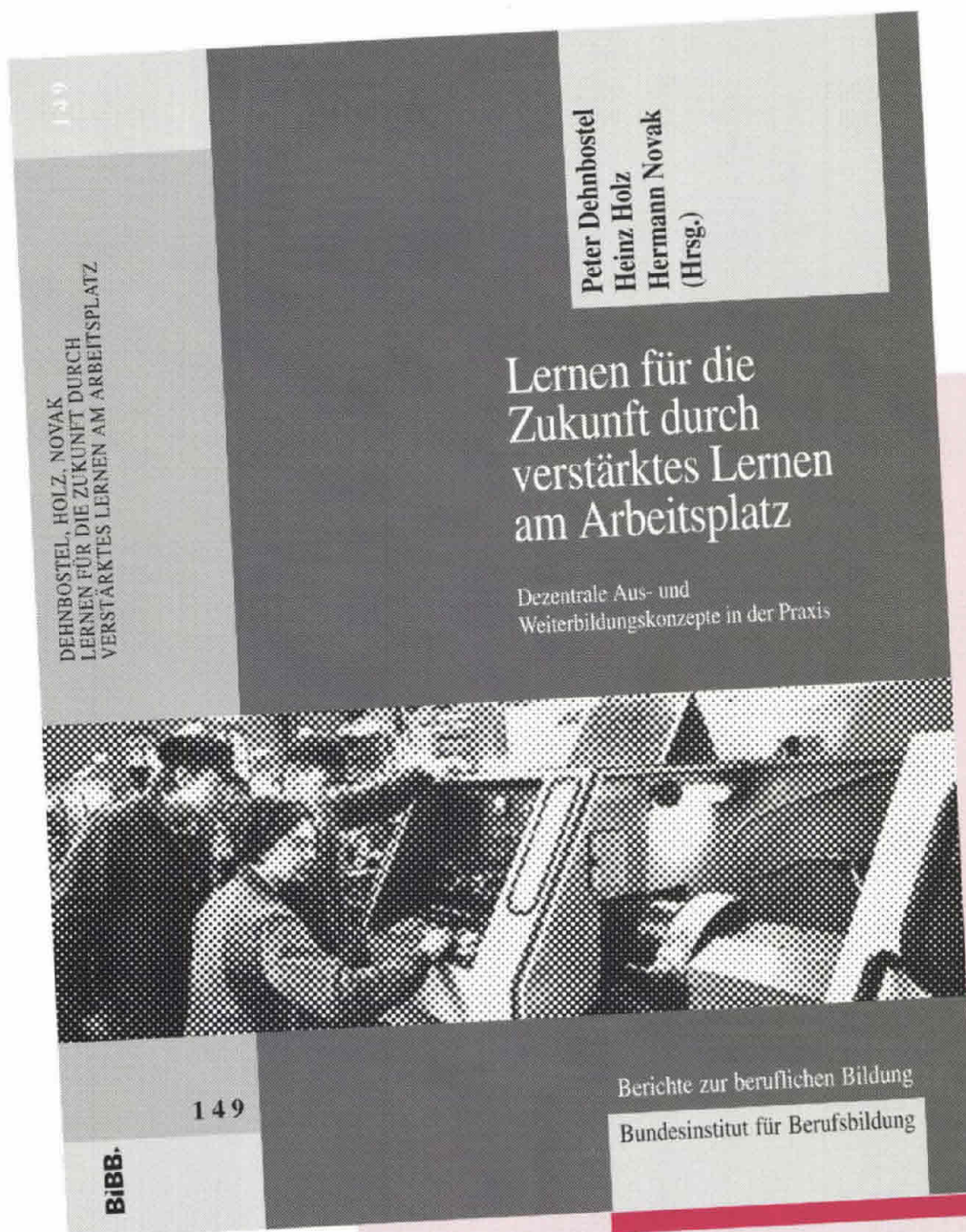
BERICHTE ZUR BERUFLICHEN BILDUNG, HEFT 149

Berlin, 1992, 404 Seiten, 25,00 DM
ISBN 3-88555-500-X

Durch neue Produktions- und Organisationskonzepte in vielen betrieblichen Bereichen sind erweiterte Lernmöglichkeiten am Arbeitsplatz und im Arbeitsprozeß entstanden. Sie eröffnen neue Lern- und Bildungsbereiche, deren Erschließung eine Dezentralisierung nach sich zieht.

Im ersten Abschnitt berichten die Autoren über die Entstehung und Entwicklung dezentraler Aus- und Weiterbildungskonzepte, im zweiten Teil werden das Thema "Lernen und Arbeiten" behandelt und die Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Lernens am Arbeitsplatz aus unterschiedlicher Sicht erläutert.

► Sie erhalten diese Veröffentlichung beim
Bundesinstitut für Berufsbildung
K3/Vertrieb
Fehrbelliner Platz 3
W-1000 Berlin 31
Telefon: 030-8643-2520/-2516
Telefax: 030-8643-2607



INNOVATIONEN IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

HERMANN SCHMIDT
ZUM 60. GEBURTSTAG

HERAUSGEBER: HELMUT PÜTZ

